Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 207 10. DEZEMBER 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

D 1870 CX

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

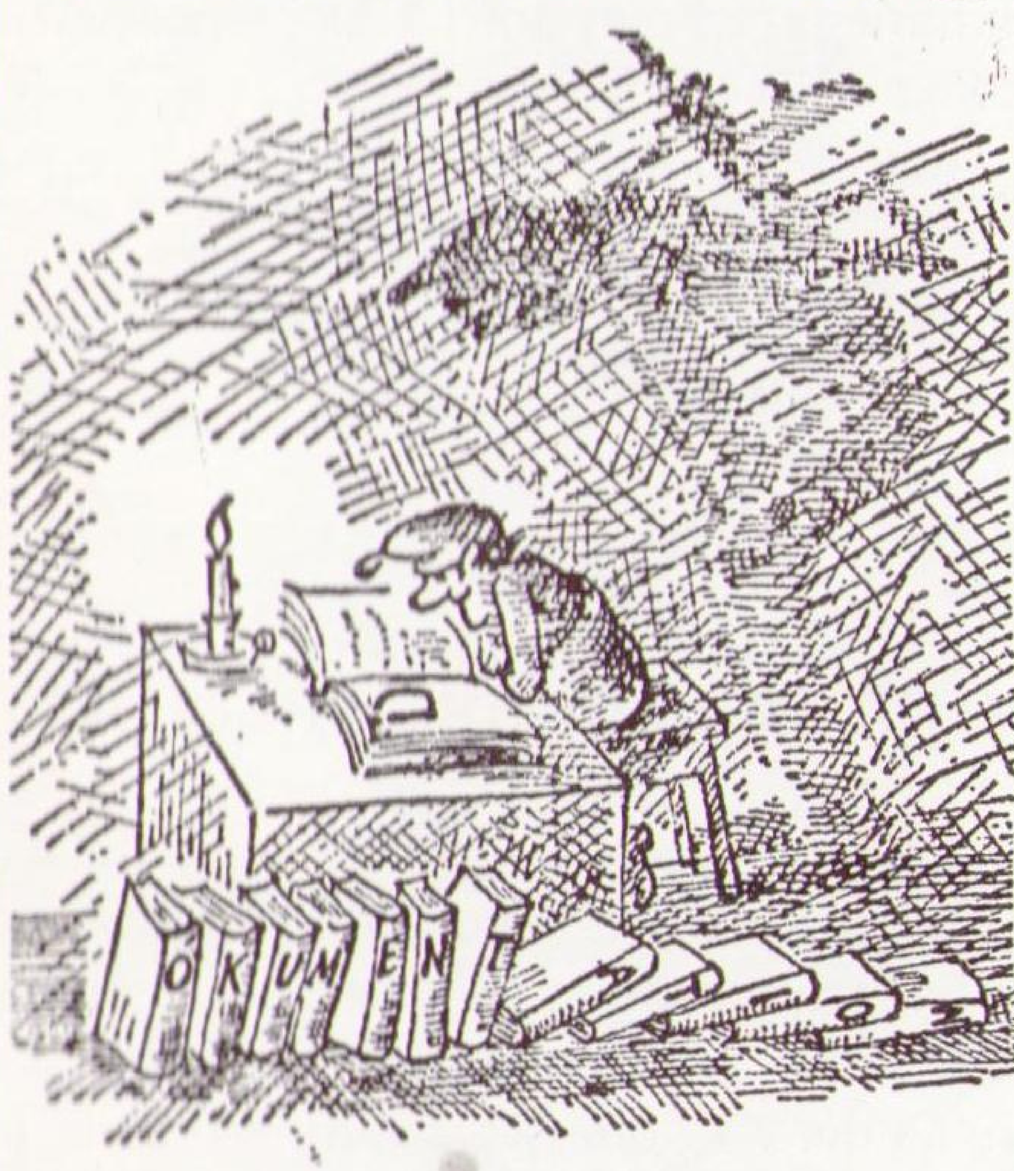
5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72



"Achte auf den Schatten!" (eine Lehre von Don Juan, n. C. Castaneda)

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf **postscheckkonto 52 52 28 – 602 postscheckamt frankfurt** (blz 500 100 60) bitte stichwörter angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.

HAUSMITTEILUNG

Der ID macht eine Pause.Wie zu erwarten war, wird das Weihnachts- und das Neujahrsfest zum Anlaß genommen, sich auszuruhen.Die letzte Nummer im alten Jahr erscheint am 22. Dezembär, die erste im neuen Jahr am 14. Jaguar. Wer sein Abo nicht bezahlt hat,der sollte dies schnell tun, denn mit Schulden ins neue Jahr ist nicht gut.
Auch diese Woche sind wieder Sachen liegengeblieben,die wir nicht mehr unterbringen konnten.
Hamburg: Gemeinsamer öffentlicher Widerspruch gegen die Leistungsbescheide des Landes Schleswig-Holstein **Mainz:** Briefwechsel zwischen Bürgerinitiative und Pro - Kernenergie - Betriebsräten. **Flensburg:** Dokumentation zu den Entlassungen bei einer Elektrofirma; **Franken:** Alternativzeitungstreffen in Mittelfranken **Mainz:** Selbstmord in der Bundeswehr; **Grossbritannien:** Die Feuerwehr streikt

INFORMATIONSVERANSTALTUNG ZUM RUSSELL – TRIBUNAL

FRANKFURT
8.Dezember

Am 16.12.1977 findet im Frankfurter Volksbildungsheim eine Diskussionsveranstaltung zur Vorbereitung des Russell - Tribunals statt.Am Wochenende soll in der Fachhochschule in der Nordweststadt in Arbeitsgruppen über eine mögliche Unterstützungs- und Öffentlichkeitsarbeit für das Tribunal gesprochen werden.

ZEUGEN GESUCHT !

KÖLN
2. Dezember

Der kürzlich zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte Gerd Schnepel bittet im Rahmen seiner Revisionsbegründung die Leute, die 1974 das "Anarchistische Kochbuch" in deutsch gedruckt und verkauft haben, sich klammheimlich mit ihm in Verbindung zu setzen. Eventuell gibt es einen Ausweg, der mit ihrer Hilfe beschritten werden könnte. Keine Angst! Euch passiert dabei nichts! Kontaktiert Gerd über irgendwelche linken Buchhandelsfirmen.

MIT KINDERTHEATER AUF TOURNEE

KÖLN
22. November

"Wir suchen schon furchtbar lang nach Schauspielern, die für und mit Kindern und Jugendlichen arbeiten wollen und auf den fragwürdigen Luxus des Stadttheaters verzichten wollen und außerdem noch so verrückt sind, sich mit uns darauf einzulassen, sogar das Kindertheater in Sri Lanka kennenzulernen. Leider gibt's davon sehr wenige. Das Kölner Volksblatt und die Stadt-Revue haben schon auf uns hingewiesen, auch weil wir mit Bürgerinitiativen zusammenarbeiten (wollen). Also seid bitte ebenso nett und drcukt bitte folgenden Hinweis gratis in der nächsten Nummer ab: Also:
Das Kinder- und Jugendtheater sucht weitere Mitarbeiter (Schauspieler) für lange, verrückte Auslandstournee ab Sommer 78.

Wenn ihr übrigens Leute kennt, die verzweifelt eine Theatergruppe fürein Gastspiel im nächsten Sommer suhcen, die unbedingt einen Rollenspielkurs veranstalten wollen, oder die gerne eine Literaturliste zur Theaterpädagogik hätten, sagt ihnen "schreibt mal der Theatergesellschaft"."

Kontaktadresse: Theatergesellschaft, Myliusstr. 24, 5 Köln 30, Tel. 0221/52 07 75

NOTWENDIGE ZEITUNG: NEUE ADRESSE

FLENSBURG
26. November

Die Notwendige Zeitung Flensburg hat eine neue Kontaktadresse. Auch die Freunde vom Chile-Komitee bitten, die Post an sie an die neue Adresse zu schicken. Hier ist sie:
notwendige zeitung für flensburg und umgebung,
c/o Anke Milz, Südergraben 65, 239 Flensburg

"Die nächste Nummer erscheint am 15. Dezember. Wir sammeln Informationen über die Kontaktsperre, um ausführlich darüber zu berichten. Wenn Ihr was wißt oder wissen wollt: schreibt doch mal!"

STROMBOYKOTT-BROSCHÜRE ERSCHIENEN

DORTMUND
7. Dezember

Eine Broschüre zur Stromzahlungsverweigerung (Rechtliche Aspekte, Organisationsvorschlag, Beispiele aus anderen Ländern usw.) und ein Erfahrungsbericht über die Teilnahme von Umweltschützern an der Aktionärsversammlung eines E-Werks können bestellt werden bei Theo Hengesbach, Große Heimstr. 66, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/104694. Die Broschüre kostet DM 2,50 und der Bericht DM 1,50, jeweils incl. Porto.

GROHNDE-PROZESSE IN HANNOVER!

HANNOVER
7. Dezember

Am 12. Januar '78 beginnt der erste Prozeß gegen Rüdiger Jörß wegen Widerstand, gefährlicher Körperverletzung, schwerem Landfriedensbruch in Hannover um 9.00Uhr vor dem Landgericht. Als weitere Termine sind der 16. und 19.1. vorgesehen. Es ist möglich, daß der 12. auf den 16.1. verschoben wird (ist beantragt).
Am 30.1. ist aus denselben Gründen der Prozeß gegen Helmuth Oldefest, der Prozeß gegen Christian Gerke aus Hannover soll im März stattfinden. Wolfgang Gießker wird "seinen" Prozeß wahrscheinlich etwas früher haben (Januar oder Februar).
Wir sehen uns wieder vor dem Landgericht in Hannover, Volgersweg 65 !

DER VDS-VORSTAND BESUCHT WILLY BRANDT

BONN
12. Dez.

Am 12. Dezember trifft sich der gesamte VDS-Vorstand um 18.00 Uhr mit einer Gruppe von Politikern in der SPD-Parteizentrale in Bonn. Für den VDS nehmen als Vertreter der Basis gruppen Axel Ickert, Ali Schneisner und Vertreter von MSB SHB, LHV und der Juso-Hochschulgruppe daran teil. Von seiten der SPD haben außer dem Parteivorsitzenden Brandt die Herren Rohde (Bundesminister für Wissenschaft und Forschung), Raue (Kultusminister von Nordrhein-Westfalen), Krollmann (Kultusminister von Hessen), Hartung (Bundesgeschäftsstelle der Jusos) und Baumann (Arbeitskreis der Juso-HG) ihre Teilnahme zugesagt. Die beiden Delegationen werden über die Lage an den bestreikten Universitäten diskutieren.

FRAUEN VERHINDERN FRAUEN--BOXEN

NEU-ISENBURG 8. Dezember 77 Durch ekelhafte sexistische Plakate erfuhren wir, daß am 5. und 6. 12. Frauenboxen oben ohne in Neu-Isenburg im Bürgerhaus stattfinden sollte. – Als wir für den Kongreß 'Frauen im Alltag' um die Räume in diesem Haus baten, wurden wir wochenlang hingehalten und dann abgewiesen. –
Nach einer Plenumsdiskussion im Frauenzentrum über Sexismus, Gewalt und ökonomische Ausbeutung haben wir uns entschlossen, diese Veranstaltung in einem öffentlichen Gebäude zu sprengen. Als erstes beantragten wir eine einstweilige Verfügung – ohne große Hoffnung auf Erfolg. Abschlägige Verwaltungsurteile in dieser gleichen Sache lagen an anderen Orten in der BRD schon vor. Eine Flugblattaktion mit Aufruf zum Ladenboykott eines Buchladens, der als Hauptverkaufsstelle in Neu-Isenburg diente, wurde in letzter Sekunde durch eine Zeitungsmeldung, in der sich der Buchladen vom Vorverkauf distanzierte, abgebremst. Leider zu Unrecht, wie sich später herausstellte.

6 Frauen besuchten unangemeldet den Bürgermeister in seiner Bürgersprechstunde und protestierten gegen die Veranstaltung im Bürgerhaus und gegen seine eigene lasche Stelungnahme in dieser Angelegenheit. Wir diskutierten eine Stunde lang und forderten die Absetzung. Frauen im Rathaus hatten einen offenen Protesbrief an den Bürgermeister geschickt, der von zahlreichen Mitarbeiterinnen (-ern) unterschrieben war. Der Bürgermeister informierte 2 Tage später persönlich das Frauenzentrum, daß die Stadt dem Veranstalter das Bürgerhaus fristlos gekündigt hat. Sie versuchte sich aus dieser sehr unbequem gewordenen Sache herauszuziehen (Proteste von allen Seiten rissen nicht ab), indem sie einen formellen Grund angab: der Bestuhlungsplan sei nicht genehmigt Uns war klar, das wir trotz allem mit dem Stattfinden der Veranstaltung rechnen müssen. Wir druckten Aufkleber für die Plakate, die ständig erneuert und vermehrt wurden: Fällt aus. Frauenfeindlich!

Beim nächsten Plenum nahmen Frauen aus Frankfurter Zentren und Frauengruppen aus der Umgebung teil; gemeinsam wurden Parolen ausgedacht und vervielfältigt:

Der Rat dieser Stadt, er weiß sich selber keinen Rat,
er ist ängstlich und stumm,
Denn die Frauen gehen um.
Stehn die Frauen davor,
Schließt der Rat schnell das Tor,
Doch er öffnet es gern,
Vielen lüsternen Herrn.

Männer ihr seid mies - - - und zu euern Frauen fies!
Männer, Männer Eure Frauen werden Euch nochmal verhauen!
Ihr Ochsen sollt Euch selber boxen!

Wenn die Faust am Busen klingt — — —
der Pimmel aus der Hose springt!

Montag Morgen gingen Frauen zu den angesetzten Gerichtsterminen wegen der fristlosen Kündigung, gegen die der Veranstalter eine einstweilige Verfügung beantragt hatte. Dieser einstweiligen Verfügung wurde vom Gericht stattgegeben, aber es war zu spät, um einen Gerichtsvollzieher, der die einstweilige Verfügung der Stadt hätte übergeben müssen, aufzutreiben. Das war aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen. So druckten Frauen in aller Eile Flugblätter für den Abend. Inzwischen war auch unsere einstweilige Verfügung gegen diese Veranstaltung abschlägig entschieden worden, das Gericht forderte uns in seiner Antwort auf, unsere "Ziele sonstwie in der Öffentlichkeit, nicht aber vor Gericht (zu) verfolgen."

Wir hatten verabredet, daß alle Frauen sich um 18 Uhr am Montagabend im Neu-Isenburger Frauenzentrum treffen sollten, um Informationen bekannt geben zu können und ein gemeinsames Vorgehen zu besprechen. Spalierbildend wollten wir ein Spießrutenlaufen für die Besucher durch Taschenlampen, Trillerpfeifen und Parolen hindurch herstellen; Verzicht auf individuelle Provokationen und keine Reaktionen auf Anpöbeleien - darauf einigten wir uns. Leider haben sich nicht alle Frauen an diese Verabredung gehalten, was das Spalier aufgebrochen und einzelne Frauen verunsichert hat, ob sie selbst im Spalier bleiben oder zu den anderen vor die Tür der Kasse gehen sollen. Trotz allem blieb das Spalier von gut 200 Frauen, die trillerten und ihren Protest san gen oder riefen, sehr eindrucksvoll. Zahlreiche Männer hatten sich dem Protest angeschlossen, leider war das nicht immer erkennbar, weil sie so oft vereinzelt herumstanden.
Kurz nach 20 Uhr - kein offizieller Vertreter der Stadt oder der Bürgerhauschef hatten es für notwendig erachtet, offiziell mitzuteilen, daß die Veranstaltung ausfällt - wurde es immer deutlicher, daß die Veranstaltung nicht stattfinden kann, und die Frauen verständigten sich, ihren Erfolg jetzt im Frauenzentrum zu feiern. Die ganze Zeit über waren 2 Bullen anwesend, die aber eher als Beobachter herumliefen. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings Verstärkung aus dem Nachbarort eingetroffen. Wir erbaten uns das Megaphon der Polizei, um unseren Vorschlag, jetzt ins Frauenzentrum zu gehen, allen bekannt zu machen. Die Frauen waren im Begriff zu gehen, als sich ein Trupp von ca 12 bis 20 Bullen blitzartig auf die Gruppe vor der Tür stürzte, in die Menge treten und losknüppeln – seit unserem Aufruf waren höchstens 20 Sekunden vergangen. Es entstand Panik unter den Frauen, obwohl einige versuchten, festgenommene Frauen zu befreien, zum Teil erfolgreich. Von einer Frau, die fast ohnmächtig war, ließen die Bullen ab, nachdem sie sie wiederholt auf eine frische Operationsnarbe am Knie getreten haben. Die Anwesenheit eines Arztes, der sich sofort dieser Frau annahm, befreite sie aus den Bullenhänden.
2 Frauen und ein Mann wurden festgenommen und auf die Wache gebracht. Vom Polizeieinsatz empörte ASF-Frauen veranlaßten sofort den 1. Stadtrat aus einer Sitzung heraus zur Wache zu gehen und für die sofortige Freilassung der Festgenommenen zu sorgen. Ihnen sollen Landfriedensbruch, Freiheitsberaubung, Nötigung, Beleidigung, und Körperverletzung zur Last gelegt werden.
Die Polizei gerufen hat der Bürgerhauschef Koudele, der seit Tagen im Kreuzfeuer der Kritik steht, und der sich auf diese Weise an den Frauen rächen konnte. Niemand weiß so gut wie er, daß der kleine Kassenraum noch einen weiteren Ausgang hat. Zurück im Frauenzentrum haben wir uns überlegt, am nächsten Tag wieder Spalier zu bilden. Am Dienstagmorgen verabredeten sich 6 Isenburgerinnen zu einem weiteren Besuch im Rathaus, diesmal beim ersten Stadtrat, um unsere Darstellung der Vorfälle zu berichten und auf eine Absetzung der Veranstaltung auch am Dienstagabend zu dringen. Während wir unangemeldet in eine ungheure Hektik empfangen wurden, mußten der Bürgerhaus- und Polizeichef vor der Tür eine halbe Stunde warten. Der 1. Stadtrat, der selbst etliche Stunden der vergangenen Nacht als 'Wache' im Bürgerhaus verbracht hatte aus Angst, der Veranstalter ließe die Halle zusammenschlagen, war so unter Druck gesetzt, daß er uns zusicherte, sich für das Nichtstattfinden der Veranstaltung einzusetzen. Um 17 Uhr 30 erfuhren wir definitiv, daß die Veranstaltung geplatzt war. Auf unserem Weg zum Frauenzentrum gingen wir im Jugendzentrum vorbei, um das bekanntzugeben. Das war vor allem wichtig, weil wir über eine Zeitung erfahren hatten, daß der Veranstalter eine Schlägerzruppe fürdiesen Abend organisiert hatte. Die Juzler beschlossen, sofort ein Fest zu machen.
Die Frauen blieben im Frauenzentrum, nur eine kleine Anzahl ging zum Bürgerhaus (Hugenottenhalle inzwischen umgetauft in Hugos Nuttenhalle) um den Neuankömmlingen Bescheid zu

sagen. Die Proteste haben es tatsächlich geschafft, an beiden Abenden die Veranstaltung zu sprengen. Die organisierten Schläger standen mit blaugefrorenen Fäusten arbeitslos im Schnee herum.

Frauen aus dem
Frauenzentrum Dreieich
6078 Neu-Isenburg
Buchenbusch 29

ZUM ANSCHLAG AUF DAS IG-BERGBAU-BÜRO IN DORTMUND

DORTMUND 30.11.77 *Wie der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 29.11. zu entnehmen ist, flog in der Nacht des 28.11. ein Molotow-Cocktail in ein Dortmunder Gardinenlager, über dem im zweiten und dritten Stock deas Dortmunder IG Bergbau-Büro untergebracht ist. Dazu bekamen wir die folgende Erklärung zugeschickt.*

"Zum Anschlag auf das IG Bergbau-Büro in Dortmund: Der IG-Bergbau-Leiter wußte genau, warum Sonntag nacht in seinem Büro die Lichter nicht mehr ausgehen wollten. Damit es auch die Leser wissen, unsere Erklärung: Mit wachsender Bitterkeit und "Wut" müssen wir die Lügen unserer Gewerkschaf hinnehmen, die auch mit 1000facher Wiederholung nicht glaubhafter werden: nämlich das sie Arbeitsplätze schaffen will, indem sie das Geschäft der Energie-Unternehmen betreibt! Warum verschweigt sie, daß die Arbeitsplätze im Berbau weiter verloren gehen, weil Auslandskohle billiger ist? Warum pfeift sie auf unsere Gesundheit und unsere Sicherheit beim Bau von Atomkraftwerken? Wir wollen ab jetzt unsere Verarschung nicht mehr unbeantwortet hinnehmen. Darum Gewerkschafter: laßt uns was einfallen, um gegen den Verrat unserer Vertreter aktiv zu werden!

Revolutionäre Gewerkschafter

Falls wir weitere Informationen bekommen sollten, erfahrt ihr sie über ID, Arbeitskreis "Gewerkschaften — Segen oder Fluch?"

5 JAHRE UNABHÄNGIGES JUGENDZENTRUM KORNSTRASSE

HANNOVER 21. November *Vom Jugendzentrum Kornstraße:*

Selbstverwaltete Jugendzentren sind anfällig gegen Zerstörungstendenzen ; nicht nur von außen, auch von innen. Natürlich haben wir vom UJZ Kornstraße derartige Krisen, ja Auflösungs- und Zerfallserscheinungen auch sehr dicht am eigenen Nerv erfahren.In unserer Dokumentation, die sehr viele Leute aus dem Jugendzentrum mit sehr großer Lust zusammen gemacht haben, steht von dieser Negativerfahrung nichts zu lesen. Wir hatten nicht den Anspruch, eine kritische Aufarbeitung von fünf Jahren UJZ zu machen, sondern wir wollten darstellen, warum wir im UJZ arbeiten und leben und lernen und kämpfen, warum wir immer noch dort leben. Und warum es uns Spaß macht, hier etwas zu machen. Wir haben in alten Veröffentlichungen, Fotos und Zeitungen gewühlt und Sachen ausgewählt, die für die Praxisansätze im UJZ Bedeutung hatten und wo Leute etwas wichtiges zu sagen haben. So ist es eine Art Lesebeuch geworden, mit vielen Fotos , Dokumenten,-Flugblättern,Siebdrucken, Liedern, mit Artikeln über uns über unsere eigenen Zeitungen sowie das, was in anderen Zeitungen über uns stand. Viele Ansätze werden dargestellt, die inzwischen gescheitert sind oder anders arbeiten. Viele Sachen laufen. Durchgängig auch heute, so wie dargestellt.

Die Dokumentation ist in sieben Teile gegliedert:

Im ersten Teil wird die Vorgeschichte und Nachgeschichte des UJZ geschildert. Ein paar Leute erzählen, warum sie im Zentrum sind und wie sie das sehen. Auch wird berichtet, was die Staatsfreunde und Helfer dazu meinen.

Der zweite Teil berichtet von unseren Werkstätten und Gruppen, vor allem den Selbsthilfegruppen. Auch kann man dort den Niedergang der Idee, im UJZ eine überbetriebliche Lehrwerkstatt im Elektrobereich einzurichten, studieren. Zwei weitere Teile handeln von unserem Kinderladen und den Aktivitäten der Frauengruppe, überhaupt, wie wir zu Kindern stehen und warum **Jugend**zentrum und **Kinder**laden sowie **Krabbel-laden** (für einjährige) sich nicht ausschließen. Überhaupt: die Tendenz aus dem Jugendzentrum ein Volkszentrum zu machen, wie die Spaltung zwischen Altersstufen, Geschlechtern usw. ein wenig aufgehoben werden kann.

Einen breiten Teil nimmt der Kampf gegen AKWs in unserem Zentrum augenblicklich und folglich auch in der Dokumentation ein. Schließlich geben wir noch einen Überblick über den Alltag im Zentrum: wie wir leben, kämpfen und all das zusammen organisieren. Das Verhältnis UJZ und Stadt Hannover bzw. deren Jugendpflege haben wir relativ kurz dargestellt: Unabhängigkeit heißt dauernd, den Kampf um ein bißchen politische Unabhängigkeit gegenüber dem Staat zu kämpfen. Das kann ganz schön auf die Nerven gehen, wenn eine Basisbewegung abgeschlafft ist.

Dies und noch viel mehr in unserer Dokumentation. Sie ist 98 Seiten stark in DIN A-4-Format, hat einen roten Kartonumschlag und kostet DM 6,--. Wenn wir 800 Stück verkauft haben, sind die Unkosten gedeckt. Wir können deshalb leider keinen billigeren Solidaritätspreis machen. Ab 10 Stück gibt's Rabatt. Zusendung nur gegen Vorauszahlung in bar oder Briefmarken.

UJZ Kornstraße, Kornstr. 28/30, 3 Hannover 1
Konto: Diemer, Stadtsparkasse Hannover, 23 392 193



JUGENDZENTRUM: FINANZEN GESTRICHEN

SCHUSSENRIED
3. Dezember

Als Mitglied des Aktionskomitees des selbstverwalteten Jugendzentrums Bad Schussenried (liegt in Oberschwaben) schicke ich euch ein Schreiben, dessen Veröffentlichung uns im Kampf gegen Erpressungsversuche durch Kreistagsausschüsse helfen kann (hoffentlich tut's das, Anm. der Red.).

Seit dem 22. August dieses Jahres erscheint in Bad Schussenried der "Motzer", eine Leserzeitung, in der jeder schreiben kann und soll, was er will. Das paßt im 70 %igen CDU-Kreis Biberach natürlich einiger Leuten nicht in den Kram. Und seit Motzer Nr. 4 "ist das Maß voll" (Kreisrat Hummler, CDU), das ist "eine Grand-Sauerei, was da geschrieben wird" (CDU Landrat Steuer) und sowieso: "Der Wind weht von ultralinks". Diese markigen Sprüche beziehen sich auf einen Artikel zur Schleyer-Entführung, in dem es u.a. heißt:"Doch diese politisch verwerflichen Taten sind eigentlich gar nicht so wesentlich wie die Folgen, die diese Ereignisse im politischen Klima der BRD nach sich zogen und ziehen: Hexenjagd auf alle Andersdenkenden, zunehmende Gesinnungsschnüffelei, kollektive Denunziation (man schaue sich das CDU/CSU-Zitatenmachwerk an), polizeiliche Beschlagnahmung von Presseorganen, die es wagen, Schleyers NS-Vergangenheit auszuleuchten; ... Wenn heute etwas nottut, dann ist das nicht klammheimliche Freude oder stille Trauer, sondern lauter Protest und offener Widerstand gegen die klammheimliche Einführung eines autoritären Polizeistaates."

Weil der "Motzer" im selbstverwalteten Jugendzentrum verkauft und anfangs auch dort hektographiert worden war, beschloß der Kreistagsausschuß für Verwaltung und Finanzen, daß dem JUZ DM 700 Zuschuß gesperrt werden, solange es sich nicht vom Motzer" distanziert.

Die Jugendzentrumsbesucher beschlossen am drauffolgenden Freitag, eine Stellungnahme in der Lokalpresse zu veröffentlichen. Sie wurde am 22.11. von der Schwäbischen Zeitung abgedruckt und hat folgenden Wortlaut:

"Der Motzer ist eine Leserzeitung, in der jeder seine persönliche Meinung in Artikeln, Kommentaren u.ä. darlegen kann. Der Motzer ist vom Jugendzentrum unabhängig und wird inzwischen auch außerhalb des JUZ gedruckt. Inhaltlich wurde er von der ersten Nummer an vom Jugendzentrum nicht verantwortet.
Wir Jugendzentrumsbesucher tolerieren, daß einige Jugendliche es für notwendig erachten, eine "Leser"zeitung als Alternative zur bürgerlichen Presse zu schaffen.
Wir Jugendzentrumsbesucher weisen die Erpressung des Verwaltungs- und Finanzausschusses des Kreistags entschieden zurück. Einigen Mitgliedern des Ausschusses dient der "Motzer" als willkommener Anlaß, die Bevölkerung gegen uns aufzuhetzen und auf eine Schließung unseres selbstverwalteten Jugendzentrums hinzuarbeiten. Wir betonen abschließend zum x-ten Mal: "Motzer" und Jugendzentrum sind voneinander unabhängig!"

Nach der Veröffentlichung dieser Resolution versuchte CDU-Steuer, die Motzer Schreiber zu kriminalisieren: Er behauptete zum Beispiel, der Schleyer-Artikel, erfülle "insbesondere auf dem Hintergrund" der Entführung und nach seiner "Tendenz" den § 189 (Verunglimpfung von Verstorbenen).
An dem Beschluß, dem selbstverwalteten Jugendzentrum die DM 700 zu verweigern, hält der Kreisausschuß fest.

Daraufhin beschlossen die Jugendlichen, eine Leserbriefaktion in der Lokalpresse durchzuführen. Außerdem wurde ein Aktionskomitee gewählt, das weitere Maßnahmen prüfen und vorbereiten soll. Inzwischen solidarisierten sich der "Dachverband der freien Jugendhäuser im Kreis Biberach" und der Tübinger Asta mit dem selbstverwalteten Jugendzentrum Bad Schussenried. Im Kampf gegen die Erpressungsversuche ist es für uns notwendig, eine breite Öffentlichkeit herzustellen. Diese Strategie kann aber nur dann wirksam sein, wenn uns so viele Leute wie möglich Solidaritätsgrüße oder ähnliches schicken.

Kontaktadresse: Selbstverwaltetes Jugendzentrum Bad Schussenried, c/o W.-Schussenstr. 68, 7953 Bad Schussenried

Wenn Ihr den neuen "Motzer" kaufen wollt, er enthält eine kleine Dokumentation unseres "Falles", schickt bitte DM 1 in Briefmarken an: "Motzer", c/o W.-Schussenstr. 66, 7953 Bad Schussenried



ZEITUNG PASSTE DEM DIREKTOR UND VIELEN LEHRERN NICHT

Jugendliche aus Sterkrade schreiben:

STERKRADE
4. Dezember

Eine ganze Reihe Schüler des Freiherr-vom-Stein Gymnasiums in Sterkrade haben eine Schülerzeitung herausgebracht (die Schüler sind 16-18 Jahre alt). Diese Zeitung passte dem Direktor und vielen (reaktionären) Lehrern nicht. Die Schüler haben in dieser Zeitung auf Lehrmethoden eines Lehrers aufmerksam gemacht, die ihrer Meinung nach nicht mehr tragbar sind (Liegestütze im Erdkundeunterricht und Aussagen wie: nun zeig doch mal was für ein Mann du bist, am laufenden Band erzählt er seine "Geschichten vom Bund" etc.). Das mit den Liegestützen konnte man ihm nicht weiter nachweisen, da die betroffenen Schüler Repressalien befürchteten, wenn sie gegen ihn aussagen würden. Deshalb drohte der Lehrer (und der Direktor) mit einer Zivilklage wegen "Rufmord" und Verleumdung.
Des weiteren wurde in der Zeitung ein "Malbild" abgedruckt (für die kleinen Leser), auf der die schwerbewaffnete Polizei von Kalkar zu sehen war, die auf beschlagnahmte Gegenstände (Koladosen, Lippenstifte, Schraubenschlüssel . . .) der Demonstranten zeigten. (Dieses Bild war auch im ID) Auch diese Seite passte dem Direktor nicht. Er warf der Redaktion vor, die Jüngeren manipulieren zu wollen. Ein dritter Artikel passte dem Direktor auch nicht und zwar ein "Radikalentest". In diesem wurde zum Beispiel die Frage gestellt: Was ist die Energie der Zukunft? Als Antworten gab es drei Möglichkeiten, die anzukreuzen waren: a) Juden, b)Kernkraft, c)Kohlekraft; für a) gabs 2 Punkte, für b) 0 und für c) drei Punkte. Derjenige, der die meisten Punkte hatte, war der Radikalste.
In diesen Antworten "Juden" als Alternative anzubieten war bestimmt nicht glücklich gewählt, aber die Reaktion vom Direktor und einigen anderen Lehrern war unwahrscheinlich. Der

Direktor drohte in einem Brief, der an die Eltern der gesamten Schülerschaft ging, schuldisziplinarische Maßnahmen oder gerichtliche Maßnahmen an, wenn sich die Zeitungsmacher nicht entschuldigen würden, wegen aller drei Artikel.
Seit diesem Elternbrief gab es an der Schule keinen ruhigen Tag mehr. Es wurden Flugblätter (die im Sekretariat gedruckt wurden) von Schülern gemacht, die sich gegen die Zeitung äußerten,und ausgeteilt, in Hülle und Fülle. Junge-Union-Schüler machten eine Unterschriftenaktion, die von zwei Drittel aller Schüler unterschrieben wurde (natürlich auch gegen die Zeitung.)Das schwarze Brett hing voll mit Distanzierungen von Lehrern und Schülern. Jetzt kommt die Krönung:
Positive Stellungnahmen zur Zeitung sind verboten! Acht Lehrer verfassten ein Flugblatt in dem stand, warum sie die Zeitung gut fanden. Das Flugblatt durfte nicht verteilt werden. Positive Stellungnahmen von Schülern wurden vom schwarzen Brett entfernt!
Die Eltern der Blattmacher wurden eingeladen, damit auch diese ihre Kinder unter Druck setzen, nicht wieder so ein "radikales Blättchen" harauszubringen (es wird trotzdem schon am nächsten gearbeitet.) Die Redakteure selbst wurden zum Direktor eingeladen; die hatten nach einer Woche die Nase so voll, daß sie sich bei dem Erdkundelehrer für die äußere Form des Artikels entschuldigten. Sie konnten nicht anders! Sie hatten überall Ärger (zu Hause, in der Schule . . .). Sie wußten nicht mehr wo ihnen der Kopf stand. Zu den beiden anderen Erklärungen haben sie dann noch eine Erklärung herausgebracht (auf Druck vom Direktor) in der sie aber nicht nachgegeben haben, nur zugegeben, daß das mit den Juden nicht gut gewählt war.

SPEKULATIONSPROZESS GEGEN DIE BHF-BANK GEWONNEN

DUISBURG 29.November

Im September 1976 hatten wir in einem Flugblatt geschrieben: Nachdem die Kun KG 1973 pleite ging, wurde die BHF-Bank Hauptgläubiger für unsere Siedlung. Ihre fehlgeschlagene Spekulation (hohe Gewinne bei Abriß und Neubebauung zu kriegen), wollen sie jetzt auf dem Rücken der Bewohner der Rheinpreußensiedlung austragen."

Die BHF-Bank bemühte sich durch Einschaltung der Gerichte, die Verbreitung dieses Flugblattes zu untersagen. Dies gelang ihr zunächst, da das Oberlandesgericht Düsseldorf – ohne unsere Anhörung – die oben zitierte Meinung als Kreditgefährdung der Bank ansah.

Das gleiche Gericht hat uns nun Recht gegeben – wie kam es dazu?

Wir konnten nachweisen,

- daß die BHF-Bank den Kredit nur gab, weil sie davon ausging, daß eine enorme Wertsteigerung der Rheinpreußensiedlung durch die Neubebauung eintreten würde,
- daß bei Kreditvergabe keine verbindlichen Bebauungspläne für den größten Teil der Rheinpreußensiedlung existierten,
- daß die BHF-Bank und die anderen Gläubiger seit dem Kun-Konkurs nichts unversucht lassen, um die Rheinpreussensiedlung abzureißen.

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat nunmehr in der rechtskräftigen Entscheidung vom 19.10.1977 seine frühere Auffassung aufgegeben und das jetzige Urteil u.a. wie folgt begründet:

„Die Antragstellerin (BHF-Bank) ist auch jetzt an der Neubebauung nicht nur interessiert, sondern kämpft um sie und hat z.B. eigene neue Bebauungspläne vorgelegt. Daß die Verwirklichung dieser Pläne mit Nachteilen für die jetzigen Siedlungsbewohner verbunden ist, ist in tatsächlicher Hinsicht zutreffend, es ist offensichtlich, daß die auch jetzt von der Antragstellerin (BHF-Bank) geplante Neubebauung mit Ein- und Zweifamilienhäusern für die Bewohner u.a. Auszug, höhere Mieten und Verlust sozialer Bezüge zur Folge haben würde."

Unter ausdrücklicher Berücksichtigung der verfassungsmäßig gewährleisteten Meinungsfreiheit führte dann das Gericht abschließend aus:

„Der gegen die Antragstellerin (BHF-Bank) geführte Angriff ist auch nicht unmotiviert, sondern Teil einer öffentlich geführten Auseinandersetzung, bei der Lebensinteressen der Bewohner der Rheinpreußensiedlung auf dem Spiele stehen. Der Angriff ist im Kern sachbezogen, und die Antragstellerin (BHF-Bank) ist auch der richtige Adressat, seit dem Zusammenbruch der Kun-Gruppe setzt sie (die BHF-Bank) sich selber aktiv für Abriß und Neubebauung der Rheinpreußensiedlung ein."

Der Prozeß hat klar gezeigt: Die Behauptung der BHF-Bank, sie habe nichts gegen die Rheinpreußensiedlung und wolle ja nur die Kredite zurück haben, sollte uns nur Sand in die Augen streuen. Die BHF-Bank weiß und hat es nunmehr im Prozeß zugeben müssen, daß sie diejenige ist, die den Abriß und die Neubebauung betreibt. Sie hat sich bisher in allen Gesprächen immer hinter der angeblich neutralen Kredithingabe und dem noch so verständigen Bestreben, diese Kredite zurückzubekommen, versteckt, Sie muß nunmehr zugeben,daß sie ihre Kredite nur dann zurückbekommen kann, falls ihre Pläne durchgesetzt werden.

Die Politiker müssen nunmehr einsehen, daß sie hier eine politische Entscheidung zu treffen haben, ob sie gewillt sind, diesem Streben der Bank nachzugeben oder sich mit allen Konsequenzen für die berechtigten Interessen der Bewohner der Rheinpreußensiedlung einzusetzen.

Über ein Jahr haben wir kämpfen müssen, bis auch das Oberlandesgericht anerkennen mußte, daß wir von Anfang an im Recht waren. Die Tatsachen sprachen für uns, so daß eine andere Entscheidung dem Gericht nicht möglich war.

Darüberhinaus hat uns der Prozeß klar gezeigt, daß die Gerichte nur allzuschnell bereit sind, den „Großen" – hier der Bank – zu glauben und unsere Interessen nicht ausreichend berücksichtigen. Über ein Jahr drohte uns bei jeder Äußerung ein neuer Prozeß und damit neue enorme Prozeßkosten. Trotz dieser Einschüchterungsversuche haben wir den Kampf verstärkt fortgesetzt und fordern weiterhin:

ERHALT DER RHEINPREUßENSIEDLUNG."

Kontaktadresse: Bürgerinitiative Rheinpreußen
4100 Duisburg 17, Südstraße 27 M

PROZESS GEGEN VERENA BECKER

STUTTGART 2. Dezember

Vor dem fünften Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart-Stammheim findet zur Zeit der Prozeß gegen Verena Becker statt. Über die ersten Prozeßtage bekamen wir folgenden Bericht:

Das erste, was man beim Eintritt in das Gerichtsgebäude in Stammheim zu spüren bekommt, ist das Abtauchen in erstickende Atmosphäre von gespenstischer und unwirklicher Zusammensetzung, ist das Ergriffenwerden vom ungesunden Zauber eines schrecklichen Beispiels, das Geschichte macht dadurch, daß es

Geschichte auslöscht, und ihre Bedeutung, und das Wissen um ihre Bedeutung, und mit diesem Wissen auch diejenigen, die es am besten wissen müssen, weil sie es am eigenen Leib erfahren haben, ...was es heißt, dieses Wissen bedeutend, wirksam werden zu lassen, diesmal nur von der anderen Seite der Barriere, gegen die Herrschenden, der Versuch ist tödlich, soll uns dieses Beispiel lehren.

Im „Namen des Volkes" wird hier gerichtet gegen die „mutmaßliche Terroristin" Verena Becker bezüglich des Tatbestands des a) sechsfachen Mordversuchs (begangen an sechs Polizeibeamten), b) des Raubes und c) der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

Das „öffentliche Interesse" läßt sich soziologisch folgendermaßen aufschlüsseln: Als Vertreter der institutionalisierten Öffentlichkeit sind am ersten Prozeßtag immerhin 26, am zweiten Prozeßtag nur noch 6 Berichterstatter anwesend. Die Anzahl bürgerlicher Individuen beläuft sich am ersten Prozeßtag auf ca. 30 Personen, am zweiten auf allenfalls 8 Personen.

Am häufigsten und konstant vorhanden sind die Vertreter der uniformierten Polizei und anderer Sicherheitsdienstbehörden, etwa 60 an der Zahl. Trotzdem sollte man nicht irrtümlich rückschließen, jeder zweite Deutsche sei ein Sicherheitsbeamter, es zeigen sich hier lediglich unterschiedliche Interessenkonstellationen.

Ein Prozeß kann natürlich sinnvollerweise nur dann eröffnet bzw. geführt werden, wenn der/die Angeklagte physisch und psychisch unverletzt und subjektiv in der Lage ist, diesen selbst zu führen und ihre Verteidigung zu bestimmen.
Die Haftbedingungen von Verena Becker sind hinlänglich bekannt (siehe ID 2)4), ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Funke, ist also in der Lage zu begründen, warum Verena Becker nicht verhandlungsfähig ist.

Verena Becker hatte sich geweigert, am Prozeß teilzunehmen. Einer der beiden Vertreter der Anklagebhörde, der Bundesanwaltschaft, Bundesanwalt Lampe, stellt fest, ob Verena Becker entschuldigt (dies läge vor im Falle der Verhandlungsunfähigkeit) oder unentschuldigt fehle, um die Frage der Zwangsvorführung zu klären. Hierzu wird der Anstaltsarzt, Dr. Henck, als „Sachverständiger" gehört: Er kenne Verena Becker seit dem 3.5.77, in der Zeitspanne bis heute könne er keine Veränderung ihrer Wesenshaftigkeit feststellen. Ihm gegenüber sei sie immer sehr verschlossen gewesen, habe sich von ihm auch nicht untersuchen lassen.... sie sei jedoch durchaus in der Lage, innerhalb und außerhalb des Prozesses ihre Interessen wahrzunehmen.

Bundesanwalt Lampe meint, Verhandlungsfähigkeit bestünde darin, „daß sie verständlich macht, was sie vorbringen will, wenn sie überhaupt etwas vorbringen will" - im übrigen beziehe Verena Becker verschiedene Zeitungen, und ihre Fähigkeit, Briefe zu schreiben, politische und Hungerstreikerklärungen abzugeben, zeige, daß sie verhandlungsfähig sei.

Somit beantragt er ihre zwangsweise Vorführung.

Rechtsanwalt Funke hält die Ausführungen von Henck und Bundesanwalt Lampe für eine abschließende Beurteilung der Verhandlungsfähigkeit von Verena Becker für nicht ausreichend. Er wiederholt die Einzelheiten ihrer Haftbedingungen (siehe ID 204) und deren Auswirkungen, sie könne sich z.B. über einen längeren Zeitraum nicht konzentrieren.

Rechtsanwalt Funke stellt Antrag auf Feststellung der Verhandlungsfähigkeit von Verena Becker allgemein und bezüglich der Zeitdauer, in der sie an der Verhandlung teilnehmen kann. Er fordert hierzu ein Gutachten der Professoren Rasch und Müller (Verena Becker hatte sich von Henck nicht untersuchen lassen, da sie zu ihm als beamtetem Anstaltsarzt kein Vertrauen hat), ferner die Aussetzung des Verfahrens, bis diese Gutachten erstellt sind.

Der Senat lehnte diesen Antrag ab, mit der Begründung, andere Gutachter seien nicht notwendig, Henck sei ein erfahrener Arzt, das Gutachten sei in sich nicht widersprüchlich, außerdem hätten die anderen Gutachter wohl kaum bessere Forschungsmöglichkeiten.

Wie absurd diese Begründung in sachlicher Hinsicht ist, kann man daran feststellen, daß Henck real überhaupt keine Forschungsmöglichkeiten hatte, da er sie nicht untersucht hat und Forschungsmöglichkeiten wohl doch nur dort anwendbar sind, wo sie in einer durchgeführten Untersuchung angewendet werden.

Nachmittags wird Verena Becker dem Gericht vorgeführt - sehr bleich, abgespannt, gezeichnet von der Haft. Sie gibt lediglich an, sie wolle an der Verhandlung nicht teilnehmen, bevor sie nicht selbst etwas sagen will. Alles geht seinen formalen Gang, denn bevor sie vom Gericht ausgeschlossen werden kann, muß sie schließlich gestört haben, also formales Geplänkel zwischen dem Vorsitzenden Richter Wolfgang Fischer und Verena Becker („Setzen Sie sich hin" ... „nein, ich will nicht" ... usw...) Daran anschließend wird Verena Becker bis nach Verlesung der Anklageschrift des Saales verwiesen, „da sie sagt, daß sie stören will".

Daraufhin stellt Rechtsanwalt Funke Antrag auf Ablehnung des Gerichts aufgrund der Besorgnis der Befangenheit: es gehe dem Senat lediglich um die schnelle Durchführung des Prozesses, der Gerichtsbeschluß vom Vormittag stütze sich lediglich auf das Gutachten von Henck, der jedoch lediglich Blickkontakte mit Verena Becker gehabt, allen falls kurze Fragen gestellt, sich von eigenen Gutachtern untersuchen zu lassen, diese natürlich andere Forschungsmittel. Weiter könne Henck, da die Haftbedingungen, denen Verena bisher ausgesetzt war, einmalig seien, auch Henck, dessen medizinische Qualifikation er nicht in Frage stelle, nicht aus Erfahrung wissen, welche Auswirkungen diese haben können.

Diesen Antrag kontert Bundesanwalt Lampe lediglich formal, jedoch mit vollem Geschütz: Der Befangenheitsantrag, schon am ersten Sitzungstag gestellt, könne nicht überraschen - er stehe in der Tradition der Verteidigung der Gefangenen aus dem terroristischen Bereich!
Der Befangenheitsantrag habe keine Gründe für die Befangenheit der Richter genannt, sondern richte sich lediglich gegen einen Gerichtsbeschluß, der unanfechtbar sei. Gemeint ist die Zwangsvorführung.

Der Befangenheitsantrag wird natürlich abgelehnt: Es sei unzulässig, das Kollegialgericht als ganzes abzulehnen.

Ein zweiter Befangenheitsantrag, diesmal gestellt gegen die Person des Vorsitzenden Richters, Fischer, wird nach 70-minütiger (!) Beratung abgelehnt: die Ablehnung des Richters sei unbegründet.

Vordergründig kann man die Unterstellung des Bundesanwalts Lampe, Rechtsanwalt Funke betreibe Prozeßverschleppung, nur als Unverschämtheit werten, da es ja gerade eben die der Stammheimer Anstalt gegenüber weisungsbefugten Instanzen, wie Bundesgerichtshof, Bundeskriminalamt usw. sind, die die Haftbedingungen, in diesem Fall die Isolationshaft, bestimmen und somit bezüglich der Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten vollendete Tatsachen schaffen.
Rechtsanwalt Funke hat die Folgen der Sonderbehandlung, der Isolation, bei seiner Mandantin selbst festgestellt, miterlebt. Insofern hätte er wider besseres Wissen gehandelt, hätte er die unmenschliche, gesundheitszerstörende Sonderbehandlung nicht als Kriterium zur Bewertung der Verhandlungsfähigkeit seiner Mandantin herangezogen.

Abgesehen davon, daß Verena Becker formal noch nicht verurteilt ist, daß auch bei Untersuchungsgefangenen grundsätzlich das Recht der freien Arztwahl besteht, kann Rechtsanwalt Funke natürlich sehr einfach in die Rolle des Prozeßverschleppers gedrängt werden, wenn man sich die bundesanwaltliche Bewertung der Funktion der Verteidigung offensichtlich lediglich die formale Ableitung eines „Prinzips Verteidigung", wobei der/die Angeklagte selbst die Rolle des Statisten spielt.

Diese Auffassung des Angeklagten als Statist bestätigt Rechtsanwalt Klemner, Verteidiger des Nebenklägers Werner Seliger, des Polizeibeamten, der bei der Schießerei in Singen verletzt wurde, indem er bezüglich der Verhandlungsfähigkeit von Verena Becker feststellt, Verena Becker „habe doch einen sehr verhandlungsfähigen Eindruck gemacht, insofern sehe er nicht ein, warum überhaupt noch ein Gutachter herangezogen werden sollte !"

Vor der Verlesung der Anklageschrift legt der Richter Fischer zwei Briefe vor. Der eine ist von den Angehörigen von Verena Becker, indem sie die unmenschlichen Haftbedingungen feststellen, denen ihre Schwester ausgesetzt ist, darauf hinweisen, diese habe erklärt, sie werde niemals Selbstmord begehen, weiter darauf hinweisen, daß die ständige Überwachung, die angeblich dazu diene, „suizid-Gefährdete zu schützen", im Gegenteil eher dazu dienten, eine solche Kurzschlußhandlung herbeizuführen.
In seinem Antwortbrief erklärt der Vorsitzende Richter, es sei ihm unverständlich, weshalb man diese Maßnahmen als gegen Verena Becker gerichtet sehen könne.

Als Abschluß der ersten Sitzung wird dann die Anklageschrift verlesen.

DER ZWEITE PROZESSTAG

Der zweite Prozesstag beginnt wiederum mit der Zwangsvorführung Verena Beckers, die aber kurz darauf "wegen Beschimpfung des Richters" für vier Tage von der Verhandlung ausgeschlossen wird.
Rechtsanwalt Funke stellt Antrag auf Aussetzung des Verfahrens, da er nicht ausreichend Möglichkeit gehabt habe, sich mit seiner Mandantin auf den Prozess vorzubereiten. Funke hatte im Juli das Mandat von Verena Becker übernommen, und hatte wegen der am 6. September verhängten Kontaktsperre nicht ausreichend Gelegenheit, sich mit Verena Becker auf den Prozess vorzubereiten. Funke begründete weiter, der Zustand seiner Mandantin sei nach Aufhebung der Kontaktsperre erschreckend schlecht gewesen, desweiteren sei ihr während einer Zellendurchsuchung am 12.11.77 ein Teil der Prozessunterlagen entzogen worden.
Bundesanwalt Lampe erwidert hierauf, Funke selbst habe jedoch ausreichend Zeit gehabt, sich mit dem Material auseinanderzusetzen!

Nach zweistündiger Beratung erfolgt der Senatsbeschluss: Funke seien die Akten am 20.8.77 zugeführt worden, er habe Verena Becker 20 mal besucht und ausreichende Möglichkeit gehabt, Verteidigergespräche zu führen. Es sei nicht ersichtlich, inwiefern die Vorenthaltung einiger Zeitungen oder die Einbehaltung von Teilen zur Zensur (!) die Verteidigung behindert. Bezüglich der Behauptung, Verena Becker seien teilweise Verteidigerunterlagen entzogen worden, sei festzustellen, es habe am 12.11.77 keine Zellendurchsuchung stattgefunden, sondern am 15.11.77 eine Zellenverlegung, wonach Verena Becker aber sämtliche Unterlagen zurückgegeben worden seien.

Kleines Zwischenspiel: Viel Fleiß wurde mit Hilfe von "Sachverständigen" des Bundes- und Landeskriminalamts aufgewendet, um die Identität der Person Verena Becker vom 21.7.72 mit der vom 3.5.77 anhand von Fingerabdrücken festzustellen — zuviel der Ehre für einen Statisten.

Bezüglich der Zellendurchsuchung vom 12.11.77 bzw. des 15.11.77 wurden später als Zeugen der kommissarische Anstaltsleiter Jung vernommen, der natürlich von nichts wußte! Bei der Vernehmung des Vollzugsbeamten Brugger stellte sich jedoch heraus, daß am 15.11.77 eine Zellenverlegung bei zwei Gefangenen praktiziert wurde (Sabine Schmitz und Verena Becker), weiterhin, daß es am 12.11.77 nachts eine Zellendurchsuchung gegeben habe, bei der Brugger allerdings nicht anwesend war, weiter, daß bei der Zellenverlegung vom 15.11.77 Verena Becker nicht alle Unterlagen zurückgegeben worden seien.

Brugger erklärt dies damit, er habe auf Verena Beckers Bitten ihr die Unterlagen zurückgegeben, ihr die Leitz-Ordner und die Lose-Blatt-Sammlungen zurückgegeben — daraufhin habe sie nichts mehr gesagt und er sei dann der Meinung gewesen, diese anderen Unterlagen seien keine Unterlagen.

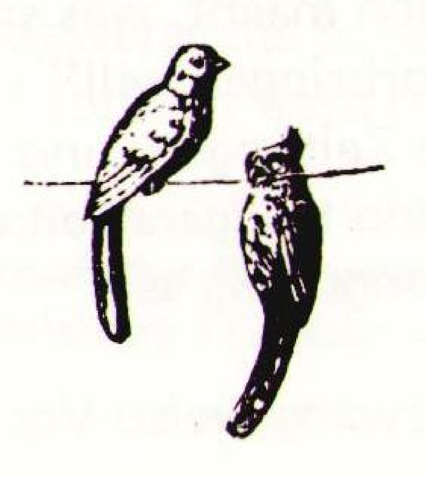
Richter Fischer schickt Brugger fort, diese Mappen zu holen, damit "bei einer groben Durchsicht zu überprüfen sei", ob es sich hierbei um Verteidigerunterlagen handele.

Später entdeckt der vorsitzende Richter mit dem Satz "da ist ja etwas, was einigen Herren gar nicht angenehm sein wird", verschiedenen Aktenteile betreffs Andreas Baader, Jan-Karl Raspe, Detlev Schulz.

Der vorsitzende Richter ist sichtlich erregt, Bundesanwalt Lampe, sehr cool, trägt vor, die Bundesanwaltschaft ermittle gegen Verteidiger (nicht gegen Sie, Herr Funke), beteiligt zu sein an der Aufrechterhaltung des Infosystems, eines "strafbaren Kontakts zwischen Untersuchungsgefangenen". Lampe bittet deshalb, diese Unterlagen nicht weiter zu untersuchen, sondern der Bundesanwaltschaft zur Überprüfung zuzuschicken, da es sich hierbei um Beweismittel in anderen Verfahren handeln könne, Rechtsanwalt Funke könne im übrigen bei der Untersuchung zugegen sein, und zu jedem Blatt Stellung nehmen.

So kommt es also dazu, daß diese Unterlagen nicht weiter untersucht werden ("es könnte gefährlich sein" Fischer), der Senatsbeschluß bezüglich des Antrags von Funke auf Aussetzung des Verfahrens lautet: der Antrag werde abgelehnt. Die Vernehmung von Brugger habe ergeben, daß Verena Becker die Unterlagen zurückgegeben worden seien, und sie danach Brugger nicht wieder angesprochen habe. Die grobe Durchsicht der Mappen habe ergeben, daß hier keine fallbezogenen Unterlagen vorlägen.

So schwierig ist das.



TEUFEL OHNE VERTEIDIGUNG: SPANGENBERG VON STRAFVERFAHREN AUSGESCHLOSSEN

WESTBERLIN 2.Dezember *Vom Anwaltsbüro Eschen, Ströbele, Spangenberg erhielten wir folgenden Bericht:*

„Rechtsanwalt Henning Spangenberg aus Berlin, der in Kaiserslautern, Stammheim und Düsseldorf Gefangene aus der RAF verteidigt hat und der Fritz Teufel im „Lorenz-Prozeß" verteidigen sollte, darf in Strafsachen nicht mehr als Anwalt arbeiten. Am 23.11. erhielt er einen Beschluß des Ermittlungsrichters des Kammergerichts Berlin, der das teilweise Berufsverbot angeordnet hat.

Gegen Spangenberg läuft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Irgendwann wird gegen ihn vor dem Kammergericht ein Prozeß stattfinden, in dem ihn neben einer Strafe ein vollständiges Berufsverbot droht.

Die Staatsanwaltschaft hatte gegen Spangenberg sogar ein vollständiges Berufsverbot beantragt. Sie wirft ihm vor: *„Seine Eigenschaften als Verteidiger von Fritz Teufel, dem vom Generalbundesanwalt beim BGH in dem Verfahren 1 B Js 20/75 zur Last gelegt wird, gemeinschaftlich mit anderen Angehörigen der ‚Bewegung 2.Juni' am 10.November 1974 den Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann ermordet, am 27.Februar 1975 den Landesvorsitzenden der CDU in Berlin, Peter Lorenz, entführt und durch dessen Geiselnahme die Freilassung anderer Bandenmitglieder u.a. von Verena Becker, erpreßt sowie zahlreiche bewaffnete Banküberfälle begangen zu haben, hat der Beschuldigt in dem Bemühen und mit der Zielrichtung mißbraucht, den inneren Zusammenhalt und Fortbestand der terroristischen Vereinigung ‚Bewegung 2.Juni' und damit die Fortsetzung ihres auf Mord und Geiselnahme abzielenden „bewaffneten Kampfes" – auch aus der Zelle heraus – zu unterstützen."*

Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft besteht die Gefahr, daß Spangenberg, wenn er kein Berufsverbot bekommt, *„...auch künftig nicht vor unlauteren Mittel zurückschrecken wird, um Verfahren gegen Angehörige oder Unterstützer terroristischer Vereinigungen zu sabotieren."*

Spangenberg wird vorgeworfen, am 6.April eine Hungerstreikerklärung von „Gefangenen aus der Bewegung 2.Juni" an die Presse verschickt zu haben, die mit den Worten endet: „Gegen Faschismus und bürgerliche Gewalt – Bewaffneter Kampf". In der Erklärung sind die Forderungen der Gefangenen aufgezählt, die sie stellten, als sie im April und Mai dieses Jahres im Hungerstreik waren.

Außerdem wird Spangenberg beschuldigt, er habe „auch nach außen die von seinem Mandanten Fritz Teufel und anderen inhaftierten Terroristen in Fortsetzung ihres „revolutionären Kampfes durchgeführte Hungerstreikkampagne" mitorganisiert. Dies soll durch Vorträge bei öffentlichen Veranstaltungen, durch einen Beitrag in einer Broschüre und durch einen Leserbrief an den ‚Stern' geschehen sein, in dem Spangenberg Zustände in den Gefängnissen hierzulande mit den Berichten des ‚Stern' über Folter in anderen Ländern der Erde verglichen hatte.

Gestört fühlt sich die Staatsanwaltschaft auch dadurch, daß Spangenberg öffentlich behauptet hatte, die Gefangenen, die der ‚Bewegung 2.Juni' zugerechnet werden, seien im Mai dieses Jahres im Berliner Polizeipräsidium mit Knebelketten gefoltert worden; und dadurch, daß die Verteidiger, die die Hauptangeklagten im ‚Lorenz-Prozeß' verteidigen, versucht hatten, das vorgezogene Unterstützerverfahren gegen Siepert und Doemeland zu verhindern – durch einen Antrag, in dem sie klar machten, daß ihre Mandanten in dem vorweg durchgeführten Unterstützerverfahren schutzlos vorverurteilt würden.

Der Ermittlungsrichter des Kammergerichts erließ das teilweise Berufsverbot mit fast derselben Begründung, wie sie die Staatsanwaltschaft in ihrem Antrag vorgegeben hatte. Da heißt es u.a.:
„Die Gesamtwürdigung des Beschuldigten und der Tat lassen schon jetzt die Gefahr erkennen, daß der Beschuldigte bei weiterer Ausübung des Berufs erhebliche rechtswidrige Taten unter Mißbrauch seines Berufs und unter grober Verletzung der mit seinem Beruf verbundenen Pflichten begehen und damit die Allgemeinheit gefährden wird.
Insgesamt muß befürchtet werden, daß der Beschuldigte, motiviert von seiner offenbarten rechtsfeindlichen Gesinnung, weitere Straftaten begehen wird."

An dem Tag, an dem der Beschluß gegen Rechtsanwalt Spangenberg erging, ordnete das Kammergericht Fritz Teufel zwei Zwangsverteidiger als Pflichtverteidiger bei. Fritz Teufel ist jetzt ohne einen Verteidiger für den kommenden Prozeß.

Die Bundesanwaltschaft, die im ‚Lorenz-Prozeß' die Anklage vertritt, bereitet diesen Prozeß offenbar ebenso vor wie den Stammheimer Prozeß. Spangenberg ist nicht der erste, sondern der sechste Verteidiger, der nicht mehr verteidigen darf. Die anderen waren wegen angeblicher verbotener Mehrfachverteidigung gemäß § 146 der Strafprozeßordnung ausgeschlossen worden.

Daß der Bundesanwaltschaft das noch nicht genug ist, zeigen die Durchsuchungen in den Kanzleien dreier weiterer Verteidiger im ‚Lorenz-Verfahren' am 17.11. Man muß nach diesen Durchsuchungen damit rechnen, daß weitere der noch verbliebenen Verteidiger wegen des Verdachts der Unterstützung ausgeschlossen werden.

Gleichzeitig geht ein Agent der Berliner Anwaltskammer in der Stadt umher und wirbt junge Rechtsanwälte als Pflichtverteidiger für den kommenden Prozeß an. Verteidigt werden soll nach dem Willen des Staates im ‚Lorenz-Prozeß' jedenfalls nicht.

Kontakt: Rechtsanwälte Eschen und Kollegen,
Meierottostraße 1, 1000 Berlin 15

BENDER, SCHIESS, SCHÜLE UND HERRN CROISSANTS KINDESENTFÜHRUNG

FRANKFURT 8.Dezember

Am Rande der übrigen Stammheimer Ereignisse ist eine kleine Meldung fast lautlos untergegangen. Schade.
Der Stuttgarter Generalstaatsanwalt Erwin Schüle hat am 7.November 1977 ein Ermittlungsverfahren wegen "Abhörmassnahmen" eingestellt. Abgehört wurden, wie Erwin Schüle schreibt, Gespräche zwischen den "inzwischen verstorbenen Anführern der sogenannten Baader-Meinhof-Bande, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und ....Ulrike Meinhof" und angeblich insgesamt 16 ihrer "sogenannten Vertrauensanwälte" - darunter auch Rechtsanwalt Dr. Croissant.

Abgehört wurde - so Schüle – zum ersten Mal während zehn Tagen zwischen dem 25.April 1975 und dem 9.Mai 1975 - also nach dem Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm am 24.April 1975. Zum zweiten Mal abgehört wurde während zwölf Tagen zwischen dem 6.Dezember 1976 und dem 31.Januar 1977 - also nach der Festnahme der (sogenannten?) Terroristen Siegfried Haag und Roland Mayer am 30.November 1976.

Diese Abhör- (eigentlich Ablausch-)massnahmen wurden vom damaligen, jetzt 'früheren' Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Dr. Traugott Bender, und dem damaligen, auch jetzigen, Innenminister Baden-Würtembergs, Karl Schiess, begründet mit "Notstand im Sinne des § 34 des StGB. "Nach dem gescheiterten Anschlag auf die Stockholmer Botschaft und nach der Verhaftung der (sogenannten?) Haag-Mayer-Bande mußten die für Stammheim verantwortlichen Minister damit rechnen, daß die inhaftierten sogenannten Terroristen in Gesprächen mit ihren sogenannten Vertrauensanwälten neue "Terrorakte erörtern würden".

Trotz dieser Notstandslage wurden die Ablauschmassnahmen auf ein Minimum gegrenzt. Es wurden nur Verteidigergespäche - nur in den Besucherzellen und nur während dieser 22 Tage abgehört (oder abgelauscht). "Weitere Abhörmassnahmen ..... wurden nicht durchgeführt". "In den Haftzellen waren keine Mikrofone".

Diese Abhörmassnahmen waren nicht nur "rechtsmäßig" (so Schüle), sie waren auch - zum Teil - erfolgreich: mindestens ein "geplantes Terroristenverbrechen" konnte - vielleicht nur durch diese begrenzte Verletzung des (niedrigeren) Rechts des "garantierten freien Verkehrs zwischen Beschuldigten und Verteidigern" - verhindert werden: Wenn auch 22 Tage des Lauschens nichts nennenswertes brachten, so wurde doch am 29.April 1975 in einem abgehörten Gespräch zwischen Dr. Croissant und Ulrike Meinhof "von beiden Teilnehmern die Möglichkeit der Geiselnahme eines Kindes 'vom Spielplatz weg' erörtert".

Generalstaatsanwalt Schüle (der in französichen Zeitungen zu Unrecht als 'SS' bezeichnet wird - er war nach eigenen Angaben nur Mitglied der SA und der NSDAP) hat sich bisher gegenüber Journalisten nicht zum Inhalt seiner Verfügung geäußert. Dagegen bestätigt Oberstaatsanwalt Herrmann, (Schüles Pressesprecher und Sachbearbeiter der Todesursachenfeststellung von Baader, Ensslin, Raspe) als ganz sicher, daß Croissant und Meinhof die "erpresserische Geiselnahme" eines x-beliebigen Kindes besprochen hätten. Keineswegs, so Oberstaatsanwalt Herrmann, hatten Croissant und die sogenannte Terroristin sich über die Furcht Ulrike Meinhofs unterhalten, daß ihre Kinder als Geisel genommen werden könnten. Herrmann sagte, daß er nichts davon weiß, daß seit einiger Zeit die Kinder der Gefangenen und die Kinder der Rechtsanwälte bedroht werden - Herrmann bezeichnet sich als hierfür "nicht zuständig".

Einige Fragen sind noch offen:

1) Warum wurde diese Verfügung, die vom 7.November 1977 datiert ist, erst am 30.November veröffentlicht? Diese Verspätung ist umsomehr zu bedauern, als das Auslieferungsverfahren gegen Croissant, das erst am 16.November 1977, also 9 Tage nach dem 7.November entschieden wurde, ja um ein Haar gescheitert wäre. Croissant wäre fast als politischer Häftling in Frankreich anerkannt worden und dort geblieben! Natürlich wäre es dem Pariser Gericht leichter gewesen, diesem (in Frankreich höchst kontrovers empfundenen) Auslieferungsantrag stattzugeben, wenn Croissant als schon seit zweieinhalb Jahren überhörter "Kinder-Entführungsplaner" bekannt gewesen wäre.

2) Die Oberstaatsanwälte Herrmann und sein Kollege Heissler bestätigen, daß bis jetzt keine Anklage, auch kein Ermittlungsverfahren, wegen erörterter Kindergeiselnahme gegen Crossant eröffnet ist. (Theoretisch könnte solch eine Anklage noch folgen, sie müßte aber zuerst über das Pariser Gericht laufen, es sei denn, daß Croissant vorher 30 Tage "unbelangt" auf freiem Fuß gewesen wäre. Eine solche Freilassung wäre aber in den nächsten Monaten "unwahrscheinlich", so Oberstaatsanwalt Heissler.

   Es bleibt bis jetzt unklar, wieso Minister Schiess und der damalige Minister Bender so ein Verfahren - oder mindestens Ermittlungen - nicht eingeleitet haben.

3) Wenn aus Generalstaatsanwalt Schüles Verfügung die Gründe für das Anfangen dieses notwendigen, rechtsmäßigen Abhörens klar wären (höheres Rechtsgut), bleibt es noch ungeklärt, warum dieses Abhören so eng zeitlich und räumlich begrenzt blieb. Schließlich war die Planung weiterer Terrorakte noch nach dem 9.Mai 1975, bzw. noch nach dem 31.Januar 1977 - möglich. So etwas bleibt - für die Minister - sicher auch noch mit anderen, noch nicht verstorbenen Terroristen ja auch heute vorstellbar! Und wäre nicht das Ablauschen der Gespräche der sogenannten Terroristen untereinander - in ihren Haftzellen - eine geringere Verletzung eines niedrigeren Rechtsgutes als das doch rechtsmäßig unternommene Abhören der Verteidigergespräche? Trotzdem wurden solche Abhörmaßnahmen "nicht durchgeführt" (Schüle).

Auch der am 5.Dezember in einer Stammheimer Zelle gefundene Apparat ist ein Mini-Lautsprecher und kein Abhörmikrofon! Dieser Apparat muß ja von den sogenannten Vertrauensanwälten eingeschmuggelt worden sein und dann von den inzwischen verstorbenen sogenannten Terroristen Baader, Ensslin, Raspe, die zu Zeiten diese Zelle belegten, eingebaut worden sein. So wie die Pistolen, der Sprengstoff, die gesamten Stammheimer Gefängniseinrichtungen.

"ANLASS, UM DAS LEBEN UNSERER MANDANTEN ZU FÜRCHTEN"

Pressemitteilung von Peter Tode und Franziska Pionteck

HAMBURG 29.11.77 Von den bis 12.8.77 in der JVA Stuttgart-Stammheim zusammengelegten acht Gefangenen aus dem politischen Zusammenhang der RAF sind außer Irmgard Möller nur noch drei Gefangene am Leben. Dies sind Wolfgang Beer, Werner Hoppe und Helmut Pohl, die zur Zeit in der U-Haftanstalt Hamburg einsitzen. Als Verteidiger von Werner Hoppe und Helmut Pohl geben uns verschiedene Vorgänge der letzten Zeit Anlaß, um das Leben auch unserer Mandanten zu fürchten. Werner Hoppe hat am 24.11.77 bei seinem ersten Verteidigergespräch nach den Todesfällen von Stammheim folgendes berichtet: drei oder vier Tage nach dem 18. Oktober 1977 hat er gegen mitternacht leise Geräusche vor seiner Zelle bemerkt. Kurz darauf hat er vor seinem Zellentürfenster ("die Beobachtungsklappe war wegen vermeintlicher Selbstmordgefährdung 24-stündig ununterbrochen geöffnet") baumelnd eine Schlinge in der Art eines zum Erhängen geknüpften Strickes entdeckt. Circa zwei stunden später ist die Schlinge entfernt worden, ohne daß Werner Hoppe jemanden erkennen konnte. Ca.. zwei Wochen später fand Werner Hoppe in der Zollstocktasche einer ihm von der Anstalt ausgehändigter Blauhose eine 10cm lange, abgebrochene Stahlklinge mit geschliffener Spitze und scharfer Schneidefläche. Er hat das Stichwerkzeug zu seinem eigenen Schutz aus dem Zellenfenster geworfen, da die nach der Kontaktsperre fortdauernde Totalisolation eine Übergabe an einen Anstaltsbediensteten in Zeugengegenwart eines anderen Gefangenen verhinderte. Seit den Todesfällen von Stammheim werden unsere Mandanten wie auch Wolfgang Beer durch Anstaltsbedienstete mit Aussagen konfrontiert "Häng dich doch endlich auf." "Allein tut er es doch nicht, da muß man schon nachhelfen." "Mach das doch wie die Stammheimer, ihr habt doch sonst alles nachgemacht." In die Zelle von Helmut Pohl ist mehrfach das Wort 'Genickschuß' gerufen worden. Die Haftbedingungen unserer Mandanten sind seit jüngster Zeit mit der Begründung verschärft worden, es gebe Informationen bzw. konkrete Hinweise von außen, daß sie den Selbstmord planten. Dazu erklären wir als Verteidiger von Werner Hoppe und Helmut Pohl: Helmut Pohl hat außer zu seiner Ehefrau und seiner Mutter und seiner Verteidigerin keinerlei Kontakte zur Außenwelt. Werner Hoppe ist seit seiner Rückverlegung von Stuttgart-Stammheim nach Hamburg bis zu seinem ersten Verteidigergespräch von der Außenwelt total isoliert gewesen. Nach Kenntnis der Mutter und der Ehefrau des Gefangenen Pohl wie auch nach unserer Kenntnis besteht nicht der geringste Anschein einer Suizidabsicht. Die Gefangenen selbst haben wiederholt erklärt, daß sie sich niemals selbst töten würden. Wir richten daher vor der Öffentlichkeit die besorgte Frage an die Hamburger Justiz, worauf die uns bekannt gewordenen Vorgänge zielen und vorbereiten sollen.

Es gab auf diese Pressemitteilung sehr aufgeregte Dementis durch die Anstalt (man wisse ja auch nicht, ob die Gefangenen nach der langen Isolation hallu zinierten).

STAMM -HEIMLICHES

STUTTGART
1. Dezember

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, den der Baden-Württembergische Landtag zum Skandal in Stammheim eingerichtet hat, heißt Schieler. In einem Gespräch am 30. November 1977 hat er u.a. berichtet, daß nach der "Schlägerei" am 8. August dieses Jahres den Gefangenen sämtliche elektonischen Geräte — inklusive Plattenspieler — abgenommen worden seien.
(Im ID 204 berichten die Gefangenen detailliert über den Überfall des Stammheimer Wachpersonals).
Diese "Hausstrafe" wurde teilweise wieder aufgehoben. Schieler: "Nach Inkrafttreten der Kontaktsperre (bereits einen Tag nach der Schleyer-Entführung am 6. September, offiziell allerdings erst Anfang Oktober) wurden die Plattenspieler wieder ausgehändigt."
Die Plattenspieler waren deshalb mindestens 3 Wochen in den Händen der Gefängnis- bzw. Staatsschutzbehörden. Es ist also nur noch im Reich deutscher Justiz anzusiedeln, wenn solches der staunenden Öffentlichkeit als Waffenversteck — in allem Ernst — präsentiert wird. Die andere Möglichkeit wird allerdings immer mehr zur Wirklichkeit: die Anstaltsrasierklinge in Croissants Spind in Stammheim und die scharfe Klinge in der frischen Anstaltshose von Werner Hoppe in Hamburg verweisen auf die wahren Täter.
Schieler — in besagtem Gespräch — redet von dem Plattenspieler als "möglichem Waffenversteck" und erwähnt die Klammer zum Festhalten der Waffe. Verdient gemacht hat sich deshalb vorletzte Woche der STERN, als er mit dem Titel-Foto unübersehbar die Vermutungen von Schieler zu Tatsachen frisierte.

—

"Der Todeszeitpunkt in Stammheim ist nicht festzustellen" (FR, 6.12.77). Dieses Resultat von fast zwei Monate dauernden Untersuchungen wurde vom zuständigen Sachverständigen Gerichtsmediziner Prof. Mallach/Tübingen, mit einer Unverfrorenheit verkündet, die schon witzig ist. Derselbe Mallach scheint seit dem 26.10. seiner medizinischen Qualifikation völlig verlustig gegangen zu sein. An diesem Tag hat er gesagt (ID 202), er könne die Todeszeit aufgrund seiner Berufserfahrungen bis auf eine (in Zahlen: 1, höchstens 2) Stunde bestimmen.

IRMGARD MÖLLER IM HUNGERSTREIK

WESTBERLIN
3. Dez. 77

In einer Presseerklärung informiert Rechtsanwalt Frommann, Verteidiger von Irmgard Möller, über ihren Hungerstreik und über ihre Ladung vor den Untersuchungsausschuß des Landtages von Baden-Württemberg.

"Seit dem 8. August 1977, d.h. seit 4 Monaten (mit Unterbrechung von 4 Tagen Anfang Sept.) befindet sich I. Möller in absoluter Einzelhaft, isoliert von Mitgefangenen – ohne Teilnahme an einer Gemeinschaftsveranstaltung, mit Einzelhofgang. Seitdem hat sie außer einem Gespräch mit ihrer Mutter am 25.11.77 (bisher ist lediglich noch ein Gespräch mit ihrer Schwester bewilligt worden) nur mit Beamten, Ärzten und Rechtsanwälten sprechen können. Seit dem 18.10.77 befindet sich I. Möller unter Dauerbewachung: bis zum 18.11.77 war in ihrer (Krankenhaus-) Zelle Tag und Nacht eine Beamtin anwesend; seit dem 19.11.77 wurde sie ununterbrochen durch die geöffnete Zellentürklappe beobachtet; z.Z. wird sie alle 5 Minuten durch die mit einem Tuch vehängte Klappe beobachtet.

Um ihrer physischen und psychischen Zerstörung durch diese Haftsituation zu begegnen, sah sie sich gezwungen, trotz ihres Gesundheitszustandes, zum letzten Mittel eines Gefangenen zu greifen: seit dem 19.11.77, also seit 2 Wochen befindet sie sich im Hungerstreik. Sie will erreichen, daß ihr ermöglicht wird, mit der ebenfalls in Stammheim untergebrachten Verena Becker zusammenzusein:

- I. Möller hatte bereits in den Wochen vor dem 8.8.77 häufig Umschluß mit Verena Becker;
- Die Strafkammer 6 des Landgerichts Heidelberg hat durch Beschluß vom 20.11.77 die Teilnahme von I. Möller an den Gemeinschaftsveranstaltungen angeordnet – mit der Maßgabe, daß ein Zusammentreffen mit Personen, die gemäß § 129, 129 a StGB beschuldigt werden, ausgeschlossen ist;
- Die Leitung der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim führt diese Anordnung nicht aus.
- Dies führt dazu, daß sich für Irmgard Möller nichts ändert
- oder aber, daß sie eventuell in eine andere Anstalt verlegt wird. Dies aber würde bedeuten, daß die früher bereits praktizierte und heute bereits von der Vollzugsanstalt wieder geübte, bzw. auch für Irmgard Möller angestrebte Möglichkeit einer gemeinsamen Haft mit Verena Becker für unabsehbare Zeit zugeschüttet werden würde.
- Irmgard Möller lehnt eine Verlegung ab und ist entschlossen, notfalls zusätzlich noch in den Durststreik zu treten, wenn der von der Vollzugsanstalt angestrebte gemeinsame Strafvollzug mit Verena Becker nicht durchgeführt werden sollte.

In dieser Situation hat der Untersuchungsausschuß "Vorfälle in der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim" des Landtags von Baden-Württemberg Irmgard Möller als Zeugin zum 5.12.77 geladen – zur Vernehmung in nicht-öffentlicher Sitzung in den "Räumen der Besuchsüberwachung der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim".

Irmgard Möller sieht darin eine Fortsetzung ihrer Abschirmung von der Außenwelt. Die Verteidigung ist der Auffassung, daß die 'Geheimniss von Stammheim' ausgerechnet durch eine geheime Sitzung in Stammheim nicht aufgeklärt werden können.

Irmgard Möller erklärt, daß sie nicht bereit ist, in einer nichtöffentlichen Sitzung auszusagen.

Irmgard Möller erklärt jedoch gleichzeitig, daß sie bereit ist, umfassend zu den ihr bekannten Tatsachen und Umständen als Zeugin auszusagen, wenn die Öffentlichkeit der Sitzung gewährleistet ist."

(Frommann)
Rechtanwalt

gez. Alexandra Goy, Rechtsanwältin

3.12.1977

TRENNSCHEIBEN IM KNAST

HAMBURG
8.Dezember

"Die Trennscheibe ist das Maximum an Abschottung von Verteidigern und Angeklagten", äußerte am 1.12.77 Generalbundesanwalt Rebmann. Dieses "Maximum an Abschottung" ist jetzt in der Hamburger U-Haftanstalt für die Strafgefangenen Hoppe, Pohl, Beer, Eckes und Stachowiak und die Untersuchungsgefangenen Inga Hochstein und Geburtig eingeführt. In den letzten Wochen ist in der U-Haftanstalt eine solche Trenn-

scheibe eingebaut worden. Zwischen zwei Zellen wurde die Wand eingerissen, stattdessen teilweise eine Plexiglasscheibe eingebaut. Neben der Glasscheibe befindet sich ein durch vier Netzgitter "gesicherter" Sprechkanal. Eine solche Zelle unterbricht jeden menschlichen Kontakt zwischen Anwalt und Mandanten, man kann dem Mandanten nicht einmal die Hand geben, keine Zigarette anbieten und so weiter. Die gemeinsame Besprechung von Verteidigerunterlagen ist praktisch verunmöglicht, da Akten nicht mehr gemeinsam durchgesehen werden können. Die Übergabe von Verteidigerunterlagen für den Zeitraum der Besprechung wird unmöglich gemach. Beim Sprechen kann man sich nicht einmal mehr in die Augen sehen, da man sich zur Seite wenden muß, um durch den Sprechkanal zu sprechen. Diese Zelle soll nach Auskunft der Strafvollzugsbeamten verhindern, daß Verteidiger Kassiber schieben. Dr. Weinert vom Strafvollzugsamt bestätigte aber, daß irgendein konkreter Verdacht, einer der Unterzeichnenden hätte jemals einen Kassiber geschoben, nicht besteht. Praktisch läuft die Einrichtung dieser Zelle auf die Fortsetzung der Kontaktsperre hinaus. Zur Zeit haben die oben genannten Gefangenen eine Stunde pro Monat Besuch, eingeschränkt auf nahe Angehörige, gemeinsamen Hofgang (nämlich 45 Minuten) und Umschluß von 2 Stunden täglich mit je einem weiteren Gefangenen(seit 10 Tagen nach über 3 1/2 Monaten Totalisolation). Wir lehnen es ab unter Bedingungen Besprechungen mit unseren Mandanten durchzuführen, wo die Besprechung die Isolation nicht mindert, sondern in qualvoller Weise deutlicher macht. Die psychischen und physischen Konsequenzen der Isolation sind bekannt. Die Verantwortung dafür, daß wir eventuell wochenlang unsere Mandanten nicht besuchen, trägt die Justizbehörde."

Eberhard Reinecke, Peter Tode, Franziska Pionteck, Manfred Bödeling Rechtsanwälte

Bereits in Stammheim und bei Ronald Augustin in Hannover wurde versucht, Trennscheiben einzubauen, was aber per Gericht als unmenschlich abgelehnt wurde (und weil ein gemeinsames Arbeiten zwischen Verteidiger und Mandant nicht mehr möglich ist). Auch in Frankfurt-Preungesheim wurde die Trennscheibe wieder rausgebaut (ohne Gerichtsbeschluß).

ZUR SITUATION IM KNAST BERLIN-MOABIT

BERLIN 6.Dezember — *Nachfolgenden Brief erhielten wir Ende November. An der Haftsituation von Hans-Jürgen Bäcker und den drei anderen hat sich bis heute noch nichts geändert.*

„An Betroffene!

Im Oktober dieses Jahres wurde nach Aufhebung der Kontaktsperre für politische Gefangene verfügt, daß mein Mann Hans-Jürgen Bäcker aus dem normalen Strafvollzug in der Strafanstalt Tegel in die Untersuchungshaftanstalt Moabit zurückzuverlegen sei. Die gleiche Maßnahme wurde für Horst Mahler, Eric Grusdat und Willi Räther angeordnet, die ebenfalls rechtskräftig verurteilte politische Gefangene sind, bisher ebenfalls in der Strafanstalt Tegel.

Ich möchte in diesem Brief noch einmal darlegen, von welcher Tragweite diese Entscheidung für die betroffenen Gefangenen ist und dies an der Geschichte und Situation meines Mannes, dessen Haftbedingungen ich am besten kenne, klar machen, in der Hoffnung, daß von Ihnen irgendwelche Initiativen oder Berichterstattungen ausgehen, die diese Entscheidung rückgängig machen.

Mein Mann wurde 1974 wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung und Bankraub zu 9 Jahren Gefängnis verurteilt. Vom Februar 1971 – seiner Verhaftung – bis zum April 1976, also mehr als 5 Jahre, wurde mein Mann in Untersuchungshaft gehalten, 1 Jahr davon in Köln-Ossendorf und 4 Jahre lang in Berlin-Moabit. Die lange Untersuchungshaft ergab sich daraus, daß der Prozeß gegen ihn erst drei Jahre nach seiner Verhaftung endete und nach seiner Verurteilung Revision eingelegt wurde, über die erst fast zwei Jahre später negativ entschieden wurde.

Eine dermaßen lange Untersuchungshaft ist vom Gesetzgeber weder vorgesehen – noch ist sie üblich. Es gab damals nur vier Gefangene in Moabit, die ähnlich lange Untersuchungshaftzeiten in Kauf nehmen mußten. Einer davon war Eric Grusdat, der in derselben Sache verurteilt wurde wie mein Mann, ein weiterer Häftling war Horst Rakow, der sich inzwischen aufgrund der langen Untersuchungshaft umgebracht hat.

Man muß dazu wissen, daß Untersuchungshaft grundsätzlich einen ganz anderen Charakter hat als Strafhaft. Da man bis zum Gerichtsurteil befürchtet, daß die Straftat verschleiert werden könnte und man davon ausgeht, daß die Untersuchungshaft 1/2 Jahr nicht überschreitet, werden die Gefangenen im Prinzip voneinander getrennt gehalten und es werden auch wenig Anstrengungen gemacht, die den Gefangenen die Haftzeit erleichtern könnten oder die in Richtung „resozialisierender Strafvollzug" gehen. Es gibt in Moabit so gut wie keine Gruppenveranstaltungen, kaum gemeinschaftlichen Sport, keine regelmäßigen Zusammenschlüsse, keine gemeinsamen Fernsehabende, keine offenen Zellen. Dies alles gibt es nur für rechtskräftig verurteilte Strafgefangene in der Strafanstalt Tegel. Es gibt keine Möglichkeit, Arbeit zu bekommen und keine Möglichkeit, eine Ausbildung zu machen in der Untersuchungshaft.

Die Gefangenen sehen sich beim gemeinschaftichen Hofgang, der in der Regel eine Stunde am Tag währt, beim Kirchgang, und für Strafer – also rechtskräftig verurteilte Gefangene – besteht die Möglichkeit, Sport zu machen. Aber selbst von diesen Gemeinsamkeiten wurde mein Mann immer wieder über längere oder kürzere Zeit ausgeschlossen und zeitweise total isoliert aufgrund seiner Verurteilung als Mitglied einer kriminellen Vereinigung, nicht jedoch aufgrund von aggressivem Verhalten oder von Ausbruchsplänen. So zur Zeit von den Sportveranstaltungen für Strafer.

Seine Haftbedingungen waren so beschaffen, daß sich sogar einige Richter, nämlich Herr Selle, Herr Franke und Herr Zelle in einem Schreiben vom 17.Dezember 1975 dahingehend geäußert haben, daß seine „Untersuchungshaft lang und recht streng gehandhabt worden sei."

Wir führten damals eine umfassende politische Kampagne zur Situation meines Mannes durch, während der vielleicht auch einige von Ihnen bereits angeschrieben wurden, die viele Reaktionen zeigte. Vielleicht dadurch beschleunigt erreichten wir kurz vor seinem Zusammenbruch, daß die Revisionsablehnung bekanntgegeben wurde. Damit wurde sein Urteil rechtskräftig, und er konnte nach Tegel in den normalen Strafvollzug verlegt werden nach Haus III.

Er erholte sich dort zusehends durch die Kontakte mit den Mitgefangenen und wurde von ihnen so gut wie einstimmig als Interessenvertreter und Gruppensprecher gewählt. Er war sehr beliebt unter den Mitgefangenen, beteiligte sich an der dortigen Gruppenarbeit in konstruktiver Weise und arbeitete in der Gefängnisbibliothek. Mein Mann stand nie auf einer Liste zu befreiender Häftlinge und unternahm auch nie Anstrengungen, zu flüchten. Hätte er jemals auf einer Liste auszutauschender Gefangener gestanden, so wäre dies gegen seinen Willen geschehen, und er hätte einen Austausch abgelehnt. Er äußerte wiederholt, daß er seine Zeit absitzen wolle, und für ihn ein Leben im Untergrund kein Leben sei.

Mein Mann verbrachte seine Zeit im Knast hauptsächlich damit, zu lesen, Studien zu machen und anderen Gefangenen zu helfen.
Ich schreibe dies, weil eine gängige Argumentation in der Öffentlichkeit ist, daß die isolierten Gefangenen eben ein Sicherheitsrisiko seien. Abgesehen davon, daß ich der Meinung bin, daß man selbst bei Gefangenen, bei denen man Ausbruchsversuche fürchtet, Sicherheit nicht durch absolute Isolation erkaufen kann, und daß es sehr gut möglich ist, Sicherheit und humane Behandlung miteinander zu verbinden, müßte es doch bei meinem Mann erst recht möglich sein, ihm normale Haftbedingungen zu ermöglichen. Denn mein Mann ist kein Sicherheitsrisiko und das ist auch allgemein bekannt. Er hat während seiner gesamten Strafzeit niemals jemanden angegriffen, keinen Ausbruchsversuch gemacht, etwas in seiner Zelle versteckt etc.

Noch deutlicher wird dies bei Herrn Mahler. Er hat ja sogar einen Austausch gegen Herrn Lorenz abgelehnt, warum sollte er dann jetzt versuchen, auszubrechen? So kann man nur annehmen, daß seine Behandlung aufgrund der ihm zur Last gelegten Straftat erfolgt, also aus einer Art Rache heraus, oder, daß nach dem Prinzip gehandelt wird: „wo gehobelt wird, fallen Späne".

Nach der Verlegung nach Moabit im Oktober dieses Jahres lebt mein Mann jetzt noch unter schlechteren Bedingungen als während seiner damaligen 4jährigen Untersuchungshaft in Moabit. Ich muß davon ausgehen, daß die Verlegung nach Moabit eine Maßnahme von Dauer ist, beziehungsweise, daß ihn in anderen Haftanstalten ähnliche Haftbedingungen erwarten. Das heißt, daß er von den 9 Jahren seiner Haft über 7 Jahre in Einsamkeit verbringen wird.
Ich mag den Ausdruck „Folter" eigentlich nicht, weil nach gängigem Sprachverständnis damit körperliche Qualen gemeint sind, aber ich weiß mir zur Zeit kein anderes Wort für das, was mit ihm dort passiert. Er schreibt in einem der letzten Briefe: „Das Gefühl des Alleinseins ist atemberaubend und schier unerträglich, und erst heute wird mir so recht bewußt, was es doch auch für mich bedeutet haben muß, 63 Monate in Untersuchungshaft gesessen zu haben. Und ebenfalls heute beginne ich restlos zu begreifen, daß es keineswegs außergewöhnlich ist, wenn ein Mensch in einer derart vollzogenen Haft psychisch oder physisch kaputtgeht. Meine damalige Zellenbibliothek steht in gar keinem vergleichbaren Verhältnis zu den mir heute bewilligten 20 Büchern (einschließlich Nachschlagewerke, die eigentlich allein schon 20 Bände umfassen würden!) — Immer häufiger habe ich das Gefühl, dem Wahnsinn nahe zu sein, nicht nur rein geistig, auch körperlich fühle ich mich dan ganzen Tag wie gerädert, leide unter ständigen Kopfschmerzen und einem permanenten Druck in der Schläfengegend."

Man sieht, daß hier körperliche Qualen aufgrund von Isolierung von anderen Menschen nicht mehr zu trennen sind von der Zufügung direkter körperlicher Qual.
Nach 5 Jahren Untersuchungshaft äußerte mein Mann mir gegenüber bereits einmal, daß ihm die Gefangenschaft in einem KZ lieber wäre als in Moabit. Ich glaube, dieses Gefühl wird er auch jetzt haben: nur unter Menschen sein, egal unter welchen Bedingungen.

Dieser Zustand ist nicht nur inhuman, sondern meiner Meinung nach auch ungesetzlich. Jeder rechtskräftig verurteilte Gefangene hat nach dem Strafgesetzbuch Anspruch auf einen resozialisierenden Strafvollzug, auf einen Strafvollzugsplan. Ein solcher Strafvollzug kann mit ihm gar nicht durchgeführt werden. Außer einer zweistündigen Lichtverlängerung und einem einmaligen Zusammenschluß mit Horst Mahler wurden ihm alle bisherigen Anträge abgelehnt mit der Begründung, daß die anderen Gefangenen diese Privilegien ja auch nicht hätten. Bei diesem an und für sich richtigen Gleichbehandlungsprinzip wird nur unberücksichtigt gelassen, daß auch kein anderer Gefangener das Privileg hat , über 5 Jahre in Untersuchungshaft gewesen zu sein.

Zu befürchten ist für mich noch, daß aufgrund der Sicherheitserwägungen mein Mann in ein Gefängnis nach Westdeutschland verlegt wird, womit dann auch meine Besuche nur noch unter großen Opfern zustande kämen.

Mein Mann hat in den beiden letzten Jahren, die er in Tegel verbrachte, nie Selbstmordabsichten gehabt. Sollte er sich in dieser Situation etwas antun, so wäre das ganz eindeutig auf seine erneute Isolierung zurückzuführen. Es erscheint mir zynisch, daß ich, wenn ich die Zeitung aufschlage, sehen muß, daß der Öffentlichkeit mitgeteilt wird, diese Isolierung sei notwendig aufgrund der Selbstmordgefahr, wo es doch in Wirklichkeit gerade umgekehrt ist, nämlich, daß durch die Isolierung die Selbstmordgefahr heraufbeschworen wird.

Mein Mann ist in dieser Beziehung kein Ausnahmefall. Das Schicksal der anderen politischen Gefangenen ist zur Zeit nicht besser. Ich kenne jedoch ihre Haftbedingungen nicht so detailliert, wie bei meinem Mann. Da die Haftbedingungen jedoch ähnliche Reaktionen auslösen werden, sehe ich den Tod anderer politischer Gefangener unausweichlich voraus, sollte es keine Reaktion der Öffentlichkeit geben.

Ich bin in der Hoffnung, daß etwas geschieht."

Monika Bäcker, Knesebeckstraße 91
1000 Berlin 12; Tel. 030 / 313 64 22

RAUSCHGIFT IM KNAST

BERLIN
1. Dezember

Der folgende Artikel über die Drogenszene im Gefängnis Tegel ist einem Sonderdruck der Gefangenenzeitschrift "Der Lichtblick" entnommen. "Der Lichtblick" erscheint einmal im Monat, ist kostenfrei (Herausgeber, Verlag, Redaktion: Redaktionsgemeinschaft, Seidelstr. 39, 1 Berlin 27) und von der Knastleitung abgesegnet; dies unterscheidet ihn vom "Durchblick", einer weiteren Tegeler Knastzeitung.

Gerade erst durch das Strafvollzugsgesetz fixiert, besteht die Gefahr, daß der behandlungsorientierte Vollzug, in der TA IV und I praktiziert und in der TA III zumindest angepeilt, durch den Riegelvollzug wieder abgelöst wird. Durch andere Mittel, so hat es den Anschein, kann die Justiz der Drogenszene in der JVA nicht Herr werden.

"Rauschgift hat Stellenwert bekommen", räumt der oberste Sicherheitsbeamte der JVA Tegel, Regierungsrat Arnold, ein. Bisher knabbert man nur Dezimalstellen an, anstatt in die Vollen zu greifen. Eine nächtliche Filze, im August in der TA III durchgeführt, brachte nicht viel ein. Außer Spesen nichts gewesen. Trotz Unterstützung des Rauschgiftdezernats der Kripo und Einsatz von Spürhunden, war die Aktion desorganisiert und bestand nur aus Leerlauf. Lange Zeit ehe die Zellen gefilzt wurden, bellten schon die Hunde. Das Ergebnis war dementsprechend mager.

Auch eine weitere Razzia, am 12.9.77 gestartet, wirbelte viel Wind, aber keinen "Stoff" auf. Am Frühnachmittag fiel ein Heer von Bediensteten in die Druckerei und Setzerei der Anstalt ein und forderte die Insassen auf, die Arbeit niederzulegen. um dann erst mal eine halbe Stunde im Nichtstun zu verharren. Klar, daß jeder Insasse wußte, was Sache war. Da half dann später weder, daß jeweils zwei und zwei nach unten in den zugigen Flur geführt und zum totalen Strip-tease aufgefordert wurden noch das darauffolgende Kommando:"Arschbacken auseinander

der!" Auch die in die intimsten Öffnungen leuchtenden Taschenlampen vermochten die Sache nicht ins rechte Licht zu rücken. Auf der Wahlstatt blieb dann auch nur das verletzte Schamgefühl der betroffenen Insassen, die sich alle, ohne Ausnahme, vor 25 Augenpaaren präsentieren mußten.

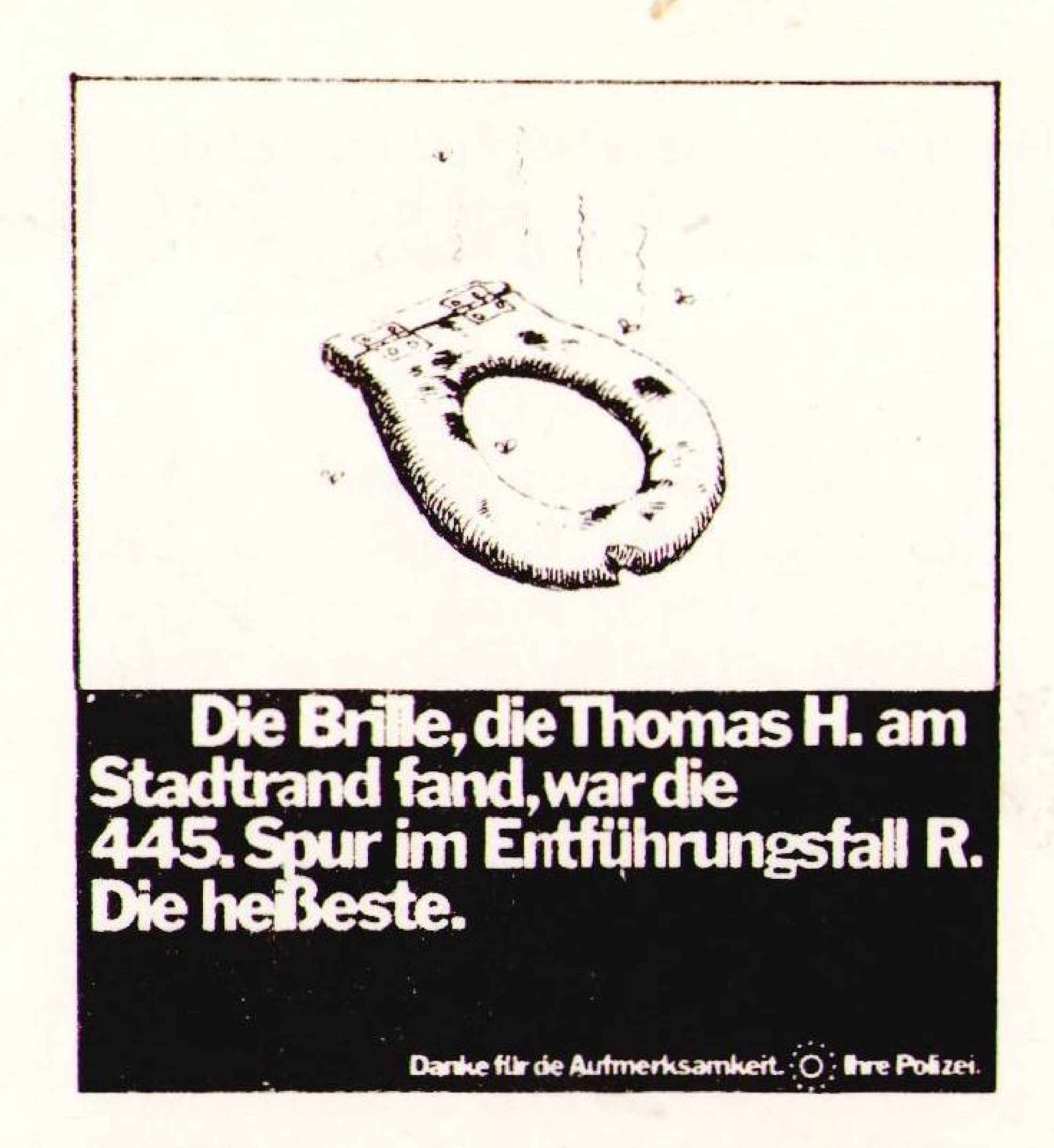
"Die Hälfte der Inhaftierten ist drogensüchtig", wirft Dr. Kremer, ehemaliger Leiter der TA IV und jetziger Vrositzender des "Arbeitskreis Soziales Training" dem Justizsenator vor. Dieser aber weist den Vorwurf entschieden zurück und spricht von nur 10% Drogensüchtigen. Der Leiter der JVA Tegel, Wilhelm Glaubrecht, will sich da lieber nicht festlegen. Eine genaue Zahl könne er nicht nennen, aber es gäbe eine Dunkelziffer, die er nicht zu umreißen vermag.

Ob der eine übertreibt oder der andere verniedlicht, läßt sich nicht mit letzter Sicherheit feststellen. Tatsache ist, daß nicht wenige Tegeler Insassen "auf der Spritze stehen" und die Dealer keine schlechte Kasse machen. Zwischen 300 und 400 DM zahlt der Endverbraucher für 1 Gramm Heroin, das auf ca. 10 "Schuß" gestreckt werden kann. Was ein richtiger "Giftie" ist, der braucht seine 5 - 6 Meter (Spritzen) am Tag, was bei ihm mit ca. 180 DM zu Buche schlägt. Schon nicht einfach für einen "Fixer" draußen, diese Summe zu beschaffen, wird er hinter Gittern vor schier unüberwindbare Probleme gestellt. Und dennoch: der Markt floriert. – Was aber nicht ohne Folgen für andere Insassen bleibt. Das, was "draußen" unter dem Begriff 'Beschaffungskriminalität' abläuft, wird – zwangsläufig – auch in der Anstalt praktiziert.: Da wird geklaut und in Zellen eingebrochen (!), alles, was Geld bringt, wird verhökert. Tausende Mark an Schulden werden gemacht und es gibt "Fixer", die sich schon gar nicht mehr aus der Zelle trauen vor Angst, ihren Gläubigern über den Weg zu laufen. Und in letzter Konsequenz hält der Dealer den "Giftie" mit "Nulltarif" bei der Stange, damit der nicht etwa das Maul aufreißt, wenn er "trocken" ist.

Der Möglichkeiten, Drogenabhängige der Spritze zu entziehen, bestehen nicht sehr viele. Wohl werden bei Ankunft in der Anstalt erkannte Süchtige in die Drogenstation TA I verlegt, aber diejenigen, die erst nach ihrer Einlieferung zum weißen Pulver greifen, werden nur ausgemacht, wenn sie kraß auffallen. Dann werden sie für einige Tage in die Psychiatrisch-Neurologische Abteilung (PN) verlegt und beruhigt, um anschließend wieder in die Szene eingeschoben zu werden. Von Entziehungsbehandlung kann da keine Rede sein. Hier hat das Strafvollzugsgesetz seine Grenze.

Daß sowohl die Anstaltsleitung als auch die Senatsverwaltung dem Drogenproblem ziemlich hilflos gegenüber stehen, kann nicht geleugnet werden. Um die Situation in den Griff zu kriegen, müßte erst einmal die Szene ausgetrocknet, das heißt: das Einschleusen der Ware, so weit wie möglich unterbunden werden; was aber wiederum voraussetzt, daß die Anstalt von der Außenwelt hermetisch abgeschirmt wird. Das aber ist nicht mit dem Strafvollzugsgesetz in Einklang zu bringen. Besucher, Freigänger, Vollzugshelfer, Dozenten, Urlauber, Ausgänger und Anstaltspersonal gehen jeden Tag zu Dutzenden ein und aus. Hunderte von Briefen, Zeitungen, Paketen kommen täglich in die Anstalt. Obwohl schon mal – rein zufällig – einige Gramm abgefangen werden, ist mit den bisher praktizierten Kontrollmethoden ein durchschlagender Erfolg nicht zu erwarten. Der würde sich auf lange Sicht nur dann einstellen, wenn zumindest alle bekannten Süchtigen in 100prozentig abgeschottete Bereiche verlegt, unter Kontrolle kommen und auch wirklich behandelt würden.

Den Händlern ist so gut wie gar nicht beizukommen, es sei denn, sie werden auf frischer Tat ertappt. Das aber ist nur möglich, wenn sie "verpfiffen" werden. Doch auch diese Karte wird nicht stechen, wenn die Anstalt bzw. die Justizverwaltung nicht garantieren kann, daß der Tipgeber – und evtl. seine Angehörigen – vor Repressalien und Racheakten geschützt wird.



So wird man sich in Zukunft darauf beschränken müssen zu versuchen, mit überraschend angesetzten Razzien gezielt Unsicherheit in die Szene zu bringen. Doch auf Erfolge darf man dabei keine allzu großen Hoffnungen setzen, zumal es so aussieht, als sei der Zeitpunkt derartiger Aktionen nicht immer geheimzuhalten.

Ohne Frage ist "Rauschgift im Knast" für die Justizverwaltung und für den Senat ein peinliches Thema, – und Wasser auf die Mühlen derjenigen, die schon immer wußten, daß liberaler Strafvollzug den Anfang vom Ende bedeutet. So kann man beim Senat eigentlich nur froh darüber sein, daß noch kein Wahlkampf vor der Tür steht, die Sache jetzt schon akut wird und eine Galgenfrist bleibt, in der man wenigstens versuchen kann, sie in den Griff zu bekommen.

Schlimm für die Insassen in Tegel und im Berliner Strafvollzug überhaupt wird es dann werden, wenn der Senat Ende 78, wenn langsam der Wahlkampf für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Frühjahr 1979 anläuft, unter Erfolgszwang steht und bis dahin nicht nachweisen kann, daß die Rauschgiftszene im Knast zumindest eingedämmt ist. Dann kann wirklich das passieren, was heute schon befürchtet werden muß, nämlich der Weisheit letzter Schluß: Rein in die Zellen! Riegel vor! Feierabend!

ZUR SITUATION VON GÜNTER SONNENBERG

Hohenasperg 9.Dezember 77

"Seit seiner Verhaftung im Mai 1977 – bei der er schwer am Kopf verletzt wurde – befindet sich G. Sonnenberg in Isolationshaft. Wie alle Gefangenen aus der RAF unterlag auch er der Kontaktsperre. Auch nach deren offiziellen Aufhebung verbesserte sich seine Situation lediglich hinsichtlich der Besuche. Der Entzug von Radio und Fernsehen sowie Zeitschriften wurde einige Zeit über die Kontaktsperre hinaus aufrechterhalten. Zeitungen erhält er bis heute nur zerschnitten (Zensur), was heißt, daß außer dem Sportteil praktisch nichts mehr vollständig ist. "Spiegel" und "Stern" werden ihm trotz Genehmigung nicht ausgehändigt.
Um Günter Sonnenberg von allen aktuellen Informationen abzuschneiden – d.h. die Isolation weiter zu verschärfen – hat sich Holzapfel, Richter am OLG Stuttgart, eine weitere Schweinerei einfallen lassen. Jeder Besuchsgenehmigung wird folgender Beschluß angehängt:

" 3) Zur besonderen Beachtung:
a) Informationen über Aktivitäten in der Terroristenszene oder in diese unterstützenden Gruppen dürfen nicht zum Inhalt der Gespräche gemacht werden.
Im Falle der Zuwiderhandlung ist das Gespräch durch den Aufsichtsbeamten sofort abzubrechen.

b) Körperliche Kontakte zwischen dem Angeschuldigten und dem Besucher sind – mit Ausnahme jeweils eines kurzen Händedrucks zu Beginn und am Ende des Besuchs – untersagt.

4)

Gründe:

Die Beschränkungen unter 3a – b sind aus Sicherheitsgründen erforderlich. Günter Sonnenberg gehört mit zu denjenigen Gefangenen, welche durch die Geiselnahme des Dr. Hanns Martin Schleyer und die Entführung der Lufthansamaschine freigepresst werden sollten. Er wurde von den Geiselnehmern des Dr. Schleyer als Gefangener aus der "RAF" bezeichnet. Mit weiteren Freipressungsversuchen muß gerechnet werden. Unter diesen Umständen muß verhindert werden, daß der Angeschuldigte über Aktivitäten in der Terroristenszene oder in der diese unterstützenden Gruppen auf dem laufenden gehalten wird. Ein solches Wissen könnte im Falle eines erneuten Freipressungsversuches für ihn von wesentlicher Bedeutung sein. Aus Sicherheitsgründen muß verhindert werden, daß der Angeschuldigte nach Art eines "Info-Systems" Informationen über die Terroristenszene erhält, zumal ihm in der Anklage gerade die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zur Last gelegt wird.
Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die Versorgung des Angeschuldigten mit Informationen aus dem genannten Bereich unter den Tatbestand des § 129 StGB fallen kann, wenn sie mit einer bestimmten Zielrichtung verbunden ist.

gez. Holzapfel Richter am OLG"

Damit wird G. Sonnenberg auch die Vorbereitung seiner Verteidigung unmöglich gemacht, da er ja die Informationen, Berichte, die über ihn verbreitet werden oder z.B. über den Prozeß von Verena Becker (V. Becker und G. Sonnenberg wurden zusammen verhaftet) nicht erhält, er also keine Stellung beziehen kann.
Sofortige Aufhebung der Informationssperre!
Behandlung der politischen Gefangenen nach den Mindestgarantien der Genfer Konvention, d.h. Freilassung von Schwerkranken."

WAS BEI EINER TERRORISTEN–HATZ HERAUSKOMMEN KANN

Eine Frau aus Berlin schreibt:

BERLIN 7. Dezember Am Mittwoch (2. November) ging ich zum Friseur um mir mal wieder die Haare schneiden zu lassen. Adresse: RENATE ZIESEMER, 1 Berlin 36, Oranienplatz 1. Danach noch Einkaufen und zurück nach Hause zum Moritzplatz. Kaum 20 Minuten später hielten drei Streifenwagen vor unserem Haus. Kurze Zeit darauf trafen weitere Wagen ein. Polizeibeamte mit Maschinenpistolen liefen nervös und hektisch vor dem Haus herum und fixierten die Fenster. Mehrere betraten schließlich das Haus und postierten sich im Hof. Unsere Hauswartsfrau, die gerade das Haus verließ, wurde festgehalten und durchsucht. Inzwischen waren noch mehr Beamte eingetroffen (Zivile) und kurz darauf klopfte es an unsere Tür. „Wohnt hier eine Frau mit kurzen Haaren, die gerade beim Friseur war? " Ich ging zur Tür. Ein halbes Dutzend Beamte (zivile und uniformierte) starrten mich durchdringend an. „Kommen Sie mal raus". Ich weigerte mich. „Papiere!" „Sie waren beim Friseur? " ich nickte. „Wir haben aus dem Friseurladen einen Hinweis erhalten, daß sie Juliane Plambeck sein könnten. Sie können von Glück sagen, daß ich hier bin, denn ich kenne Fr. Plambeck persönlich!" Stolz kam dieser Satz über seine Lippen. Ein anderer äußerte: „Ich kenne Sie nicht, ich hätte Sie mitgenommen!"

Nach Kontrollieren und Notieren meiner Personalien zogen sie wieder ab und ließen mich reichlich durcheinander zurück. Die „Junks" vom Mobilen Einsatz Kommando (MEK), die mit Stahlhelmen und Maschinenpistolen etwas versteckt auf ihren Einsatz warteten, konnten wieder beruhigt das Weite suchen.

Meine wahnsinnige Ähnlichkeit mit Juliane Plambeck - nach einem Vergleich mit dem Fahndungsfoto und den Angaben auf dem Steckbrief - besteht darin: Ich bin 5 Jahre jünger, fast 10 Zentimeter kleiner, habe weder „spitze" Nase, „spitzes" Kinn noch „lückenhafte" Zähne, und sehr schlank bin ich leider auch nicht. Bleibt übrig: wir beide haben blaue Augen.



FRANZ JOSEF STRAUSS – UNTERSTÜTZER EINER TERRORISTISCHEN VEREINIGUNG?

Strafanzeige wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und Billigung von Straftaten (§§ 129a und 140 StGB) gegen Franz-Josef Strauss stellten am 24.11.1977 eine Chile-Gruppe aus Dortmund sowie die Studentenpfarrer der ESG in Bochum und Essen. Anlaß waren die Äußerungen von Strauss während seiner Chile-Reise über die Militärjunta des Landes sowie über den Militärputsch im Jahre 1973. Zahlreiche Organisationen und Einzelpersönlichkeiten, darunter der ehemalige Rektor der Ruhruniversität Bochum, Prof. Dr. Ewald, die Theologen Dr. Brakelmann und Dr. Benedikt, die Internationale katholische Friedensbewegung PAX CHRISTI, Bistumsstelle Paderborn, DFG/VK, ESG Dortmund stellten sich hinter die Anzeigenden oder schrieben selbst an die Staatsanwaltschaft.
In den inhaltich gleichlautenden Anzeigen an die Staatsanwaltschaften in Dortmund, Bochum und Essen hieß es wörtlich: "Bei der Militärjunta der Republik Chile handelt es sich um eine terroristische Vereinigung i.S.d. § 129a StGB. Die Vereinigung gründete sich mit dem Ziel des Sturzes der Regierung der "Volkseinheit" unter Salvator Allende im Jahre 1973. Infolge des blutigen Militärputsches, den diese Vereinigung im September 1973 durchführte, wurden etwa 20- 30.000 Personen getötet und zehntausende verhaftet und gefoltert. Hierbei handelte es sich nicht etwa um eine ungewollte Nebenerscheinung im Plan der Vereinigung, sondern um eine vorausberechnete Aktion der Militärs, da der Widerstand gegen ihre Machtübernahme nicht anders als durch die Ermordung zahlreicher politischer Gegner zu brechen war....

Der Abgeordnete Strauss hat für die terroristische Vereinigung der Militärjunta geworben und sie dadurch unterstützt. Seine Äußerungen beschränken sich nicht etwa darauf, die Lage in Chile wertungsfrei darzustellen, sie waren als Werbung um Verständnis für den Militärputsch und für das Fortbestehen der Diktatur in den nächsten Jahren zu verstehen und auch so beabsichtigt."

In Dortmund, Essen, Bochum wurden Anzeigen wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gegen Franz-Josef Strauss gestellt.
Die Anzeige wurde von insgesamt 7 Organisationen und 16 Einzelpersonen getragen.

Kontaktadresse:

Chile-Gruppe, Westkamp 47, 46 Dortmund 12

DENUNZIATIONSALLTAG IN EINEM DEUTSCHEN MIETSHAUS

BIELEFELD 1.Dezember

Liebe Genossen!
Anbei ein kleiner Brief, enstanden durch die Zustände in dieser Republik. Die Hetze in den Medien gegen Studenten und andere nicht unbedingt ‚ordentliche' Leute hat bei unseren Nachbarn offensichtlich gut gewirkt! Wie sonst ist es zu erklären, daß häufiger Besuch (unser Freundeskreis ist nun mal etwas größer) sowie die Verhaftung von 2 Betrügern in der Nähe unserer Wohnung uns zu Terroristen werden lassen?

Übrigens, unsere Vermieterin hat uns allen Ernstes gebeten, ihr doch nun mal ehrlich zu sagen, ob wir denn so etwas wie Terroristen seien – fügte dann aber gleich hinzu, daß wir ihr, wenn das der Fall sei, sowieso keine ehrliche Antwort geben würden – auf jeden Fall würde sie uns jetzt mal ein wenig beobachten. Die Drohung, zur Polizei zu gehen, hat sie bis jetzt noch nicht wahr gemacht. Zur Entschuldigung ihrer Anschuldigungen brachte sie folgendes: „Die Studenten sind ja nun die Prügelknaben der Nation". – Gut, daß das westdetusche Kapital für den Volkszorn immer wieder Prügelknaben findet – das stabilisiert!

Hier der Brief, den die Wohngemeinschaft an die Nachbarn und an die Vermieterin verschickte:

Sehr geehrte Familie X
Sehr geehrte Familie Y,

Am Donnerstag, den 17.11.77 ist zum 2.Mal unsere Vermieterin bei uns gewesen. Sie bat uns um Stellungnahme zu folgenden Vorfällen bzw. Behauptungen, die ihr von den Nachbarn und Mitbewohnern dieses Hauses mitgeteilt worden sind:

1. Es würden bei uns regelmäßig 3.Personen nächtigen, die häufig um 6.oo Uhr das Haus verließen.
2. Wir hätten unverhältnismäßig viel Besuch, der sich in der Regel im Treppenhaus sehr laut verhalten würde, als besonders störend werde von den übrigen Mietparteien häufiger Besuch nach 22.oo Uhr sowie das Verlassen des Hauses in den frühen Morgenstunden empfunden.
3. Wir würden nicht näher bezeichneten Personen für die Nacht „Unterschlupf" auf dem Dachboden gewähren,dort sei auch ein „Matratzenlager" eingerichtet.

Dazu kommt, daß unsere Vermieterin bei ihrem ersten Besuch am 30.10.77 uns mitgeteilt hat, daß aufgrund der Berichte nicht näher bezeichneter Nachbarn sie fast annehmen müßte, wir seien „Terroristen" oder zumindest deren Helfershelfer. Es ging sogar so weit, daß sie mir mitteilte, sie werde eventuell zur Polizei gehen, um genaueres zu erfahren!
Als Begründung nannte sie die Festnahme von 2 Personen im Nachbarhaus, die laut Beobachtung der Nachbarn zu uns gewollt hätten; sowie häufiger – auch nächtlicher – Besuch und ständig wechselnde Dauergäste.

Wir waren schon damals sehr erstaunt über diese über uns kursierenden Geschichten, entbehren sie doch offensichtlich jeder Grundlage und verfolgen einzig und allein das Ziel der Verleumdung und üblen Nachrede.

Es ist eigentlich müßig, darauf hinzuweisen, daß es nach den geltenden Mietgesetzen unser gutes Recht ist, 3.-Personen als Gäste zu beherbergen, das kommt in jedem Hause vor und verhält sich auch bei uns nicht anders.

Und für die Geschichte mit dem Matratzenlager – unsere Vermieterin nannte uns als Quelle zwei Nachbarinnen; genau wollte sie sich da nicht festlegen – haben wir wirklich nur ein müdes Lächeln übrig, wie weit die Phantasie der Hausbewohner doch reicht.

Erstaunt hat uns auch die Form der Auseinandersetzung in diesem Hause. Es geht Ihnen, liebe Nachbarn, offensichtlich nicht darum, ein gutes Zusammenleben mit uns zu erreichen, sondern ihr sofortiger Gang zur Vermieterin läßt nur den Schluß zu, daß es Ihnen darum geht, uns nach dem zur Zeit gültigen Motto „alle Studenten sind Terroristen" zu verteufeln und so unsere Kündigung zu erwirken.

Wir haben es bisher zumindest nicht als notwendig angesehen, uns aufgrund der lauten Musik nach 1.oo Uhr oder aufgrund des häufigen Kinderkraches bei der Vermieterin zu beschweren; ebenso stört uns die laute Rock-Musik, die häufig Sonntags aus der Wohnung von Nachbarn dringt und uns am arbeiten hindert, nicht so sehr, daß wir deswegen gleich zur Vermieterin laufen. Wir finden immer noch, daß sich solche Kleinigkeiten innerhalb des Hauses mit einigem guten Willen in Ruhe regeln lassen – so wie es bisweilen schon einmal geschehen ist. Sollte dieses Ihrer Meinung nach nun nicht mehr möglich sein, so bitten wir Sie zumindest, die oben genannten Verleumdungen in Zukunft zu unterlassen. Sollte dies nicht der Fall sein, behalten wir uns weitere Schritte vor!

Mit freundlichem Gruß!

P.S. Wir würden uns freuen, wenn es zu einem klärenden Gespräch über diese Sachverhalte kommen würde, da unter anderem die Angaben der Vermieterin über die Urheber der Gerüchte etwas ungenau waren. Außerdem sind wir weiterhin an einem ruhigen Zusammenleben mit den Mitbewohnern dieses Hauses interessiert!

NAZI–TREFFEN UNTER POLIZEISCHUTZ

UELZEN 30. November

Neonazi Roeder ist vor wenigen Tagen in Uelzen zu einer Freiheits- und Geldstrafe verurteilt worden.

Nun hat er eine Veranstaltung gemacht, auf der er sein Gedankengut unters Volk bringen wollte. Anhand des von den Nazis zum Volkshelden aufgebauten Leo Schlageter wollte er das erzählen, was er in der von ihm gestörten Theatervorstellung (ID 172/73) nicht erzählen durfte.

Die guten Leute in Uelzen erfuhren am 29., daß Roeder diese Sache machen will, die Uelzener Zeitung hatte ihm Anzeigenraum gewährt. ...

Obwohl die Veranstaltung schon am 30. war, wurden alle erreichbaren Leute zusammengetrommelt, um einen einigermaßen wirkungsvollen Protest zustande zu bringen.

Die Szene am 30. abends: Im Uelzener Hotel "Stadt Hamburg" hatte Roeder – wie so oft schon – einen Saal gemietet. Ab 19.15 Uhr sammelten sich die aus Uelzen und Lüneburg zusammengekommenen Leute vor dem Hotel und versuchten den Eingang zu blockieren. Es kam dabei zu den ersten Rangeleien mit den Nazis, die ihre Gesinnungsgenossen mit Gewalt in den Saal holen mußten.
Kurz vor acht hält der erste Polizeiwagen. Nun werden auch die Leute aus den umliegenden Kneipen mobil, man sammelt sich auf der Straße und will was erleben. Die vom KBW skandierten Sprechchöre "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, vorwärts zum Sozialismus" rufen die antikommunistischen Gefühle der umstehenden und gaffenden Leute wach, sie fangen an zu brüllen, wir sollten doch arbeiten und rüber gehen, was man so hört ...

Ziemlich schnell kommen weitere Sheriffs angebraust, jetzt stehen fünf Autos der Polizei vor dem Hotel. Ein Polizist geht rüber und fordert uns nach einer Weile auf, die Treppe zu räumen. Als wir dem nach dreimaliger Aufforderung nicht nachkommen, wechseln die in den Autos sitzenden Sheriffs blitzartig ihre Verkleidung – stülpen die sattsam bekannten Helme auf den Kopf und beginnen zu räumen. Die ersten aus der Reihe werden festgenommen und zu den Autos gebracht, die anderen laufengelassen. Um die Autos rum kommt es zu einem Gerangel, die ehemals festgenommenen können weglaufen - andere werden geschnappt. Und zwar auf präzise Anweisung des Uelzener Kripochefs, der seinen Mannen jeweils die zu Verhaftenden zeigt. Es sind dies zwei Leute vom KBW und zwei vom provisorischen Jugendzentrum. Die Zahl der auf der Straße wirkenden Sheriffs ist mittlerweile auf ca. 15 gestiegen, der Verkehr ist gestoppt, die Nazis können inzwischen ungestört zu ihrem Führer.

Anschließend formieren sich von den etwa 50 aktiven Anwesenden (da waren etwa nochsoviele Zuschauer, die ihre Freude über den Polizeieinsatz ausdrückten) 30 zu einem Zug zur Polizeiwache, um zu versuchen, daß die Verhafteten freigelassen werden. Eine Delegation von drei Mann wurde heftig von den Stufen des Gebäudes vertrieben, sonst geschah nichts. Um den [illegible]nen Festgehaltenen noch Mut zu machen, wurden noch eine Weile Sprechchöre gerufen und dann auf der Straße der Plan zur Aufbereitung der Vorfälle ausgeknobelt. Man kam überien, daß die Uelzener Bürger und vor allem die Schüler bereits am nächsten Morgen von den Vorfällen per Flugblatt erfahren sollten. Die 30 Leute zerstreuten sich dann allmählich – die Veranstaltung von Roeder wurde bis zu ihrem Ende von fünf Polizeikräften beschützt.

Zu den Verhaftungen: Wie oben schon erwähnt, wurden die Verhafteten aus der Menge von 50 Leuten, die um den Polizeiwagen standen, herausgegriffen. Dabei redete Kripo-Chef Regge sie jeweils persönlich an – er kannte sie schon länger. Und zwar die beiden KBW-Leute von ihren Aktionen und Ständen in der Fußgängerzone, die schon öfter Polizeibesuch hatten und die beiden Leute aus dem provisorischen Jugendzentrum wegen ihrer vielseitigen Aktivitäten in Uelzen. Dabei muß sich der Verdacht aufdrängen, daß Regge seine persönlichen Differenzen mit den Leuten ausgespielt hat. Gerade bei den beiden aus dem JZ, die zwar bei vielen Aktionen dabeiwaren, aber nie in irgend einer Weise dabei Kontakt zu der Polizei hatten. [illegible]erdings war vor anderthalb Jahren mal in Uelzen eine viel[illegible]achtete Podiumsdikussion zum Thema JZ, nachdem es von der Presse und der Polizei ungerechtfertigt ins öffentliche Interesse gezerrt worden war. Regge war an diesem Abend bei der Diskusion auf dem Podium dabei und machte sich in erster Linie Gedanken darüber, was wohl mit den Matratzen passiert, die im JZ auf dem Boden liegen. Er hinterließ bei den Anwesenden auf alle Fälle einen etwas schwachen Eindruck – unfähig zu verstehen, wozu ein Jugendzentrum dient.

Nun hat er für die damals erlittene Schmach endlich seine Rechtfertigung erhalten. ...

Die vier Festgenommenen wurden an diesem Abend also bis 23 Uhr vernommen, dann hatten sie ihre Anezigen weg: Widerstand gegen die Staatsgewalt, in einem Fall kommen noch Sachbeschädigung (er hatte gegen 'nen Polieziwagen getreten) und Verstoß gegen das Versammlungsrecht (er hatte ein Messer in der Tasche) dazu. Am selben Abend wurden auf alle Fälle noch Anwälte verständigt. ...

In Uelzen bereitet man zur Zeit die Aktion nach.

Kontaktadresse: OGRO-Buchladen, Bahnhofstr. 3, 3110 Uelzen 1, Tel.: 0581/16 826

NEUERLICHE BESCHLAGNAHMEAKTION GEGEN DAS BOMMI BAUMANN BUCH

MÜNCHEN 8.12.77 am 8.12.77 suchte ein größeres Aufgebot der Polizei unter Leitung von StA Dr. Gierek wiedereinmal nach dem Buch von Bommi Baumann "Wie alles Anfing". Durchsucht wurden der Trikontverlag, die Wohnung der Geschäftsführerin des Verlages und die Basisbuchhandlung in München.

Die Ausbeute: 13 Exemplare der alten Auflage, 8 Exemplare der von über 300 Personen und Verlagen herausgegebenen Neuauflage, sowie 9 Exemplare der italienischen, 2 der holländischen, eins der schwedischen, eins der englischen und ein Exemplar der französischen Auflage.

Grundlage der Durchsuchung und neuerlichen Beschlagnahme war ein Beschluß des OLG München vom 24.11.77. Erst kürzlich hatte die 5. Strafkammer des LG München 1 vor der am 24.1. - 30.1. der Prozeß wiederholt werden muß, eine erneute Beschlagnahme abgelehnt, weil "der Ausgang des Prozesses völlig offen sei".

Die Beschwerde der STA gegen diesen Beschluß hatte nun am 25.11. Erfolg. Obwohl sich der Beschlagnahmebeschluß des OLG nur auf die Erstausgabe bezieht, beschlagnahmte die StA eigenmächtig auch die in Frankfurt erschienen Neuherausgabe für die über 300 Personen und Verlage als Herausgeber zeichneten.

Die StA Frankfurt hatte das Verfahren gegen dieses Buch schon 1976 eingestellt. Wir sehen in dieser neuerlichen Zensur ein weiteres Anzeichen für die restaurative Phase in der BRD und einen Versuch auf das Gericht, das im Januar diesen Fall endgültig verhandeln muß, Druck auszuüben.

Jürgen Arnold Rechtsanwalt, München

BUBACK-URTEIL: SECHS MONATE FÜR "VOLKSVERHETZUNG"

GÖTTINGEN 8.Dezember Verlauf und Ergebnis des ersten "Buback-Nachruf"-Prozesses in Göttingen lassen Böses für die noch bevorstehenden erwarten:

Verhandelt wurde am 6.12. nicht der wohlbekannte Mescalero-Artikel. Mit der üblichen Spaltungstaktik wurde ein drei Wochen später erschienenes KBW-Flugblatt vorgezogen, in dem es unter der Überschrift 'Buback erschossen - Gründe gibts genug, aber was nützt das schon? ' - unter anderem heißt:

" Gründe, einen Staatsanwalt, einen Richter, einen Regierungspräsidenten oder Polizeipräsidenten zu erschießen, ach herrieh. Gründe gäb's genug und auch gute .... Buback ist jetzt erschossen. Aber die Brüder wachsen nach. Das weiß jeder. Diejenigen, die sich die Mühe gemacht haben, den Buback zu erschießen, die hätten geradesogut auf eine Pappscheibe schießen können. Die wird auch immer neu wieder aufgezogen. Der Mist, auf dem diese Volksunterdrücker nachwachsen, ist der Mehrwert, den die die Kapitalisten aus den Arbeitern herauspressen. Von diesem Mehrwert kann die Kapitalistenklasse immer Existenzen einkaufen, die den staatlichen Unterdrückungsapparat bilden."

Belangt wurde der für das Flugblatt presserechtlich Verantwortliche. Es handelte sich um einen Nachdruck (!) aus der (dafür nicht belangten) KVZ. Anklage wurde erhoben nach § 130 (Volksverhetzung, früher Anreizung zum Klassenkampf): Die mit der Aufklärung und Ahndung von Rechtsbrüchen befaß-

ten "Funktionsträger" würden in einer den öffentlichen Frieden störenden Weise verächtlich gemacht. Alle Anträge der Verteidigung wurden abgelehnt: Trotz öffentlicher Vorverurteilung durch Landesregierung und Presse (BILD: "Aufruf zum Mord") wurde der Prozeß nicht eingestellt, und der Richter erklärte sich für nicht befangen, obwohl er selbst es war, der die Beschlagnahme des Flugblatts mit der Begründung, es erfülle den Tatbestand des § 130, angeordnet hatte; von "Unschuldsvermutung" also nicht die Spur. Und als die Verteidigung den Antrag stellte, ein sprachwissenschaftliches Gutachten einzuholen, um zu beweisen, daß der Artikel nicht zum Individualterror aufrufe, diesen vielmehr kritisiere und den bewaffneten Volkskampf propagiere, fand das Gericht auch eine Erklärung zur Ablehnung: Es gehe nicht darum, was ein Wissenschaftler dazu meine, es gehe ausschließlich darum, wie ein "unbefangener Leser" den Artikel auffasse. Und als solche betrachteten sich anscheinend Richter und Staatsanwalt.

Nachdem sie dem Angeklagten freundlicherweise die Möglichkeit gegeben hatten, eine Erklärung abzugeben, schritten sie ohne jegliche Befragung zu Plädoyer und Urteilsverkündigung, mit nahezu identischer Begründung und Strafzumessung: 6 Monate Gefängnis. Natürlich ohne Bewährung, denn: "Der Angeklagte denkt gar nicht daran, das Strafbare seines Handelns einzusehen". Er hatte in seinem Schlußwort den Artikel offensiv verteidigt und sich für Meinungs- und Pressefreiheit eingesetzt.

Genauso beschämend wie dieses Urteil die Reaktion der Göttinger Linken: Obwohl Asta, verschiedene Fachschaftsräte und politische Gruppen zu diesem Prozeß mit Präzedenzcharakter aufgerufen hatten, kamen nur ca. 200 Leute, um die Einstellung dieses Prozesses zu fordern. Sollte die schlimme Saat der Spaltung schon so gut aufgegangen sein?

Kontaktadresse: ASTA Uni Göttingen z.zt. Fachschaftsrat Medizin, Kreuzbergring 22, 34 Göttingen

KÖLNER STADTREVUE GEGEN BILD

KÖLN
11. November

Mitteilung der Stadt-Revue Verlags-Gmbh, Chlodwigplatz 1, 5 Köln 1

Gegen die BILD-Zeitung wurde von den Herausgebern der Kölner Stadtzeitung STADT-REVUE und von Unterzeichnern eines Leserbriefes STrafanzeige wegen Beleidigung und übler Nachrede erstattet. In der Ausgabe vom 9.11.77 berichtete BILD, die Staatsanwaltschft Köln habe gegen STADT-REVUE ein Verfahren wegen Verunglimpfung Verstorbener eingeleitet. In der Novemberausgabe der Zeitschrift sei ein"Schleyernachruf" erschienen, der die Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten "in widerlicher Weise" kommentiert habe. Diese Meldung ist falsch. Wie der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Dr. Gerling, den Herausgebern mitteilte, ist in dieser Sache kein Ermittlungsverfahren anhängig. Im übrigen gibt es in der STADT-REVUE keinen "Schleyernachruf", sondern einen Leserbrief unter der Überschrift "Gegendarstellung", der die nationalsozialistische Karriere des Arbeitgeberpräsidenten ins Gedächtnis ruft. Dieser Brief ist von mehreren Kölner Literaten, Journalisten und Filmern unterschrieben.

GEGENDARSTELLUNG

„Wir neigen uns vor dem Toten. Wir alle wissen uns in seiner Schuld. Im Namen aller deutschen Bürger bitte ich Sie, die Angehörigen von Hanns-Martin Schleyer , um Vergebung." (Bundespräsident Walter Scheel beim Staatsakt für H.M. Schleyer)
Wir neigen uns nicht vor dem Toten. Wir wissen uns nicht in seiner Schuld. Wir, deutsche Bürger, bitten die Angehörigen von Han s-Martin Schleyer nicht um Vergebung.
Warum?
Weil wir wissen, daß Hanns-Martin Schleyer, geb. am 1. Mai 1915 in Offenburg/Baden, 1931 mit 16 Jahren der Hitlerjugend beitrat.
Weil wir wissen, daß der 19-jährige Hanns-Martin Schleyer sich 1934 als „Alter Kämper" bezeichnen durfte und als SS-Oberscharführer (Mitgliedsnummer 22 7014), das „Goldene Ehrenzeichen" trug.
Weil wir wissen, daß er die deutschen Universitäten in „Forschungs- und Erzeihungsanstalten nationasozialistischer Prägung" verwandeln wollte, daß er Leiter des „Reichsstudentenwerks" in Heidelberg, Innsbruck und Prag war.
Weil wir wissen, daß Hanns-Martin Schleyer 1937 vom „SS-Rasse- und Siedlungshauptamt" als „Schulungsleiter" an die 13. SS-Reiterstandarte überwiesen wurde, und daß er zur gleichen Zeit den Rektor der Universität Freiburg, Prof. Dr. Me[illegible] wegen angeblich „nazifeindlichem Verhalten" denunzierte.
Weil wir wissen, daß Hanns-Martin Schleyer nach der Annektion der Sudetengebiete und der Rest-Tschechoslowakei folgenden Brief an den „Reichs- und preußischen Innenminister" schrieb: „Ich bin alter Nationalsozialist und SS-Führer und darf für mich in Anspruch nehmen, daß mich keine äußerlichen Beweggründe hier (in Prag) festhalten... Die uns in jungen Jahren in der Kampfzeit anerzogene Bereitschaft, Aufgaben zu suchen und nicht auf sie zu warten, haben uns früher als sonst üblich in Verantwortung gestellt. Diese Aufgabe glaube ich hier im Protektorat gefunden zu haben. ...Heil Hitler! gez. Dr. Hanns-Martin Schleyer."
Wir wissen, daß Hanns-Martin Schleyer bis kur z vor der Kapitulation Chef des Präsidialbüros im „Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren" war, und nunmehr eine „kriegswichtige" Aufgabe im Interesse der deutschen Rüstung gefunden hatte.
Wir wissen, daß Hanns-Martin Schleyer als SS-Führer mit langjährigen besonderen Aufgaben im Hochschulbereich und in der Kriegswirtschaft nach rund dreijähriger alliierter Gefangenschaft seine Karriere in der bundesrepublikanischen Wirtscha[illegible] fortsetzte.
Wir wissen, daß Hanns-Martin Schleyer u.a. bundesrepublikanischen Unternehmen vorstand, deren Vermögen von todgeweihten KZ-Insassen erschuftet wurde.
Wir wissen, daß Hanns-Martin Schleyer Präsident der „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" und des „Bundesverbands der deutschen Industrie" war. Einer Industrie, in deren Führungsetagen der Mord an Salvador Allende mit Sekt gefeiert wurde, engste Beziehungen zum rassistischen Südafrika unterhalten werden, Massenarbeitslosigkeit und Aussperrung als Voraussetzung einer „ ... freien Wirtschaftsordnung, deren Früchte allen zugute kommen sollen", verstanden werden.
Wir wissen, daß Hanns-Martin Schleyers „Soziales Modell" (Titel seines 1973 erschienenen Buches) auf 13.000 Selbstmorden im Jahr, Alkoholismus und Drogensucht, Jugendarbeitslosigkeit, Numerus clausus, Berufsverboten, Verweigerung der Mitbestimmung, § 88a, Neutronenbome, Atomkraftwerken, Umweltverseuchung, Arbeitsinvaliden, Isolationshaft, auf Kirche, Kaserne, Gefängnis und Irrenhaus und der Unterdrückung der freien Meinung basiert.

„Tatsache ist, daß man uns in so und so vielen Fällen das Leben nimmt, ohne auch nur einen Schuß abzufeuern." (Charles Bukowski)

„Ausgebrochen der Wahnsinn / ganz öffentlich und ganz normal / da dringt die Stimme / der Vernunft aus einer Latrine / es hatte der da sang / seine Zweifel / aber er sang / und sei es aus Angst/" (P.P. Zahl)

Unterzeichner:

W. Adler	C. Keppler	B. Schmitz
M. Becker	T. Koch	M. Schmitz
U. Jahnke	M. Nopens	C. Treuling
K. Kren	A. Pommer	L. Werner
(alle in Köln)		

IST DAS ZDF NOCH ZU RETTEN?

FRANKFURT
4. Dezember

Eine Erklärung zu Bestrebungen beim Zweiten Deutschen Fernsehen, die Programm-Einfalt zu gewährleisten:

ERKLÄRUNG DES REDAKTEURSAUSSCHUSSES IM ZDF

"Die Redakteure Jutta Szostak und Joachim Gerloff dürfen das Jugendmagazin "direkt" nicht weitermachen. Damit ist die einzige ZDF-Sendung, in der Zuschauer selbst Programm machen können, im Kern getroffen. Denn Entwicklung und Gesicht von "direkt" sind untrennbar mit dem Engagement der beiden versetzten Redakteure verbunden.

Der Redakteursausschuß im ZDF fordert die Öffentlichkeit und die Kolleginnen und Kollegen auf, sich nicht mit der Pressemeldung des ZDF vom 25.11.77 ("Veränderung bei direkt") zufriedenzugeben. Das ZDF muß gefragt werden:

1. was wird hinter der offiziellen Formulierung "Meinungsverschiedenheiten über Programmbeiträge" verborgen?
2. was wird hinter dem Satz versteckt, "daß die Grundlage einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Redaktion und Redaktionsleiter/Hauptredaktionsleiter für die Zukunft nicht mehr gegeben ist"?
3. Warum werden wieder einmal die Programmacher ausgewechselt und nicht die Vorgesetzten?
4. Da den "direkt"-Machern keine Pflichtverletzung vorgeworfen werden: müssen sie aus politischen Gründen gehen?

Was das ZDF verharmlosend "Veränderungen bei direkt" nennt, ist ein Schlag gegen eine Sendung, die unbequem war, weil sie die Interessen ihrer Zuschauer vertrat. Diese und andere "Veränderungen" in allen Sendern schränken die Programmvielfalt ein. Zuschauer und Programmacher können das nicht hinnehmen, weil jede Sendung die nächste sein kann, bei der es "Veränderungen" gibt.

Mainz/Wiesbaden, 1.12.1977'"

BERUFSVERBOTE IN DORTMUND

DORTMUND
30. November

In einem offenen Brief informiert die Dortmunder Initiative gegen Berufsverbote. Wir veröffentlichen Auszüge:

Wir möchten Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Berufsverbote in Dortmund lenken:

Barbara Finke, Lehrerin für Deutsch und Geschichte, hat seit einem Jahr Berufsverbot. Ihre Klage wurde kürzlich vom Verwaltungsgericht Münster zurückgewiesen. Das Berufsverbot gegen Frau Finke - sie ist alleinstehend und hat eine Tochter - wurde u.a. deshalb verhängt, weil sie einen Artikel zur Reform des § 218 StGB in einer Stadtteilzeitung der DKP veröffentlicht hatte. Maßgeblich für ihr Berufsverbot war auch ihr Engagement für die Mitsprache von Mietern bei Stadtteilsanierungen.

Ulrike Schröter, ebenfalls Lehrerin für Deutsch und Geschichte, hat seit 2 Jahren Berufsverbot. Ihr wurde von der Einstellungsbehörde die Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen der DKP vorgeworfen. Die "Erkenntnisse" der Behörde fußen eindeutig auf Spitzelberichten, da parteiinterne Beratungen aufgeführt sind.

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen sprach im Fall von Frau Schröter ein offenes Gesinnungsurteil aus, berücksichtigte in keiner Weise die Gesamtqualifikation. „Wer politischen Auffassungen huldigt, wie es die Klägerin tut, bietet nicht die Gewähr dafür, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Er bietet im Gegenteil die Gewähr dafür, ein Feind des Grundgesetzes und der Freiheit zu sein."
Trotz gerichtlich festgestellter Verfahrensmängel (im Kölner Raum wurden Ablehnungsbescheide wegen eben dieser Mängel aufgehoben) lehnte der Kultusminister Ulrike Schröters Antrag auf Aufhebung ihres Ablehnungsbescheides ab.

Hermann Daldrup, Sprecher der Lehramtswärter des Seminars Unna I und Kreisvorsitzender des Ausschusses Junger Lehrer und Erzieher in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in den Jahren 1975/76 erhielt trotz hervorragender Gutachten seiner Ausbilder Berufsverbot. Vorgeworfen wurde ihm die Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen der DKP seit 1971. (Weitere Informationen über die Berufsverbotsfälle senden wir Ihnen gerne zu.)

Obwohl Kultusminister und Schulkollegium Münster der Einstellung von Annette Bömer-Wulff als Studienrätin zur Anstellung zustimmten, wartet sie seit Februar 1977 darauf, ihren Beruf ausüben zu können. Es fehlt bisher das Einverständnis des Innenministeriums. Frau Bömer-Wulff war während ihrer Referendarzeit vom Schulkollegium Münster gedroht worden, keine Informationen über ihre Anhörungen an Dritte weiterzugeben."

Dortmunder Initiative gegen Berufsverbote, c/o Karl-Heinz Kammertöns, Karl-Zahnstr. 5, 46 Dortmund, Tel.: 1224 65 oder 524 241.

BETRIEBSRAT SOLL GEKÜNDIGT WERDEN, DA ER KEINER KÜNDIGUNG ZUSTIMMTE

FRANKFURT
30. November

Schon seit zwei Jahren sollte das Betriebsratsmitglied Günther Jost aus dem Hessischen Betriebsrat des Internationalen Bundes für Sozialarbeit Jugendsozialwerk e. V. (kurz: IB) auf Betreiben des Hessischen Betriebsratsvorsitzenden Wißdorf mit der Begründung „Verletzung der Schweigepflicht" hinausgeklagt werden (vgl. ID 105). Der Antrag wurde damals abgewiesen.

Günther ist der einzige Betriebsrat, der sich in den letzten zweieinhalb Jahren konsequent für die Interessen der Kollegen eingesetzt hat, der sich u.a. auf Betriebsversammlungen für die Arbeitnehmer und bei zahlreichen Kündigungen innerhalb des IB für die Gekündigten stark gemacht hat (siehe ID 167, 188, 205). Nun - fünf Monate vor den nächsten Betriebsratswahlen - soll er wieder einmal aus dem Betriebsrat ausgeschlossen und damit aus dem IB geschmissen werden. Seine sauberen Betriebsratskollegen, allen voran wieder Wißdorf und die Gesamtbe-

ratsvorsitzende Leisinger, haben zusätzlich seiner am 17.11. von der Hauptgeschäftsführung ausgesprochenen Suspendierung vom Dienst einstimmig zugestimmt. Die Geschehnisse im Förderlehrgang Offenbach (mit angeschlossenem Internat), wo sich Jugendliche gegen die dortigen Mißstände zur Wehr gesetzt haben, bilden den aktuellen Hintergrund. Dazu schreibt Günther:

„Seit sechs Jahren bin ich in einem sogenannten „Förderlehrgang" zur Erlangung der Berufsreife in Offenbach als Heim- und Werkerzieher. Im Laufe der Jahre hat sich diese Fördermaßnahme immer mehr zur Abrichtungsstätte für jugendliche Hilfsarbeiter verwandelt. Wurden noch vor drei bis vier Jahren unter kräftiger Bezuschussung der SPD-Stadtverwaltung solche Projekte wie der Bau von Abenteuerspielplätzen als „Berufsfindung" ausgegeben und durchgeführt, so blätterte der Reformlack nach und nach ab; was zum Vorschein kam, war „Einüben von Arbeitstechniken, an Arbeitsabläufe gewöhnt werden, Pünktlichkeit, Ordnung, Sorgfalt usw." als Vorbereitung auf die Fabrikarbeit. Das geht nicht ohne Widerstand der Jugendlichen ab, da muß Druck ausgeübt werden auf die Jugendlichen mit allen Mitteln.

Seit zwei Jahren verschleiert man nichts mehr. Bei den geringsten Vergehen gegen die Heim- und Lehrgangsordnung, die Autorität der Lehrer, Sauberkeit, Pünktlichkeit und Disziplin wird rigoros vorgegangen. Nachsitzen, Reinigungsdienste, Briefe an die Eltern, Rausschmiß aus dem Lehrgang, Drohung, keine Lehrstelle zu bekommen, Rückerstattung eines Teils der Lehrgangsgebühren usw. sind an der Tagesordnung. Vor allen Dingen wird der Hauptschulabschluß, der unbedingt für eine erfolgreiche Lehrstellensuche erforderlich ist, fast unmöglich gemacht. Im letzten Lehrgangsjahr erreichten von 140 Lehrgangsteilnehmern 26 den Hauptschulabschluß. Mit Zwischenprüfung und Notengebung wird laufend ausgesiebt. Dieses Geschäft wird von mir als Lohnabhängiger im Jugendsozialwerk verlangt. Durch die Drohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, versucht die Dienstaufsicht, den in Offenbach beschäftigten Kollegen den Erziehungsauftrag des Arbeitsamtes und des IB durchzusetzen. Als Betriebsrat soll mir die Aufgabe zufallen, dies im Sinne der Friedenspflicht aktiv einzubringen und zu unterstützen. Sowohl als lohnabhängiger Erzieher gegenüber den Jugendlichen, als auch als Betriebsrat gegenüber den Kollegen. Dazu bin ich nicht bereit."

Die Jugendlichen wehren sich gegen diese Zustände:

„Als wir durchschaut hatten, was im „Förderlehrgang" wirklich abgeht, haben wir uns zusammengeschlossen und gewehrt und mehrere Warnstreiks durchgeführt. Die Leiter sahen keine andere Möglichkeit mehr, als den Lehrgang zu schließen und zwei Betreuer (*der zweite ist ein Kollege Günthers, der noch in der Probezeit ist)* zu feuern, die uns unterstützen, um unseren Widerstand zu zerschlagen. Wir fordern die sofortige Wiedereröffnung des Lehrgangs, weil wir dort den Hauptschulabschluß bekommen wollen. Sonst haben wir große Schwierigkeiten, eine Lehrstelle zu bekommen und müssen jede Arbeit annehmen zum Hungerlohn, so wie es einer ganzen Reihe aus dem letzten Lehrgang passierte."

Die Jugendlichen, die sich gegen die Entlassung der beiden Betreuer aussprechen, fordern Hauptschulabschluß für alle, mehr Kleidergeld und die Absetzung der Heimleiter Astor und Wilczek.

Günther, der die Jugendlichen in diesem Konflikt zusammen mit zwei von 20 Kollegen unterstützt, steht nun auch noch unter Beschuß seiner eigenen Mitarbeiter: Diese haben nicht zum erstenmal Unstimmigkeiten innerhalb der Arbeit dadurch zu lösen versucht, daß sie versuchen, dem Arbeitnehmer Kündigungsgründe zu liefern. Aufgrund eines neunseitigen Papiers zu einer Unterschriftensammlung, wobei Einrichtungsleiter Kollegen persönlich unter Druck setzten, wird ein Arbeitsgerichtsverfahren eingeleitet, um ihn aus dem Betriebsrat herauszubekommen. Das Papier erweckt den Anschein von Seriösität, unterstellt Günther aber auf perfide Weise, daß er 1.) krankhaft boshaft sei, 2.) Angriffe Jugendlicher auf Kollegen zugelassen und geduldet habe (scheinbar hat Günther einen solchen Einfluß auf 140 Jugendliche, daß sein Eingreifen laufend nötig wäre), 3.) seine Pflicht als Betriebsrat vernachlässigt und 4.) Jugendliche politisch extrem indoktriniert habe. Der einzige Vorwurf, der sich auf seine Tätigkeit als Betriebsrat und nicht als Angestellter des IB in Offenbahc bezieht, ist der, daß er Einrichtungen und Kollegen besucht hätte, für die er nicht 'zuständig' sei, und andere, für die er 'zuständig' sei, nicht oft genug besucht hätte.

Auf der Betriebsversammlung am 17.11. versteigt sich Gesamtleiter Astor in der These: „Bei solch einer Charakterstruktur (gemeint ist Günther) ist ja nichts anderes zu erwarten". In der gleichen Front von Kollegen stehen noch - das sollte nicht unerwähnt bleiben - DKP-Mitglieder, die keine Schwierigkeiten dabei haben, das dreckige Geschäft der Hauptgeschäftsführung des IB aktiv mitzubetreiben, um den einzigen fortschrittlichen Betriebsrat aus dem Verband rauszuschmeißen.

Arbeitsgerichtsverhandlung in Frankfurt

Am 30.11. fand dann vor dem Arbeitsgericht Frankfurt [illegible] Fortsetzung der Verhandlung vom 23.11. statt: Der Betriebsrat will Günther durch eine einstweilige Verfügung aus dem Betriebsrat heruasklagen.

Diesmal sind mehr Jugendliche aus dem Förderlehrgang Ofanbach da (etwa 40 ; neu ist die Präsenz der Polizei - drei Mannschaftswagen), und neben einigen Kollegen viele maßgebliche Aufpasser aus der Hauptgeschäftsführung des IB. War in den letzten Verhandlung schon ersichtlich, daß Günther vom Betriebsrat keine erheblichen Pflichtverletzungen vorgeworfen werden konnten, so ist es schon der Gipfel, daß in einem nachgereichten Schriftsatz des Betriebsrats Günther als Verfehlung vorgeworfen wird, daß er während seiner Betriebsratstätigkeit keiner einzigen Kündigung zugestimmt habe.

So lehnt das Gericht in seiner Entscheidung auch den Antrag ab, Günther aus dem Betriebsrat zu entfernen. Die Hauptgeschäftsführung hat durch ihre Anwältin Moka erklärt, daß sie jetzt die fristlose Kündigung von Günther betreiben werde. Gescheitert ist erstmal der Versuch, durch den Betriebsrat die Interessen der Hauptgeschäftsführung betreiben zu lassen. N[illegible] war die Küngelei zwischen Betriebsrat und Hauptgeschäftsfü[illegible]rung offensichtlicher.

DOZENT DER FACHHOCHSCHULE VOM BERUFSVERBOT BEDROHT

FRANKFURT 5.Oktober

Ende Oktober erhielt der Fachhochschullehrer Rainer Roth einen Brief des hessischen Kultusministers. Die Verbeamtung auf Lebenszeit wurde ihm vorerst versagt.
Erst soll eine Prüfung seiner verfassungsmäßigen Eignung stattfinden. Folgende Gründe werden angeführt:

- weil er im November 1976 Kontaktadresse der Gesellschaft der Freunde Albaniens war,
- weil sein Auto im September 1976 in der Nähe eines Lokals in Ludwigshafen parkte, in dem eine Veranstaltung der KPD/ML stattfand.

(Rainer Roth hatte GFA-Literatur zu einem Buchtisch der GFA auf die Veranstaltung gebracht.)
Die GFA (Gesellschaft der Freunde Albaniens) wurde bisher

nicht einmal im Verfassungsbericht näher erwähnt. Zum ersten Mal wird die Mitgliedschaft in der GFA Gegenstand einer Anhörung. Rainer Roth ist am Fachbereich Sozialarbeit einer der beliebtesten Dozenten, und er hat sich bisher immer auf die Seite der Studenten geschlagen.
Diese „eindeutig einseitigen" Stellungnahmen müssen der Verwaltungsbürokratie verdächtig vorgekommen sein, man will ihn wohl einfach absägen, egal wie.
Am Fachbereich jedoch hat sich Widerstand organisiert.
Eine Unterschriftensammlung gegen die Berufsverbotsandrohung ergab in den ersten Tagen schon 400 Unterschriften (ca. 50 % der Studenten am Fachbereich).
Unter der fortschrittlichen Dozentenschaft hat man einen befristeten Streik in Erwähgung gezogen.

MASCHINENPISTOLEN STATT ARGUMENTE

F...NKFURT
6. DEZEMBER

Bei Redaktionsschluß brachten uns Schüler des Abendgymnasiums Frankfurt diese skandalöse Meldung:

„Am 1.12. hatten wir eine Vollversammlung, auf der wir beschlossen haben, unsere Forderungen an die Schulwand der Eschersheimer Landstraße zu pinseln. Fünf Minuten nach unserer Malaktion, die sehr viel Spaß gemacht hat und die wir wichtig finden (das Kunstwerk ist noch zu bewundern), drangen zwei Bullen mit Maschinenpistolen im Anschlag in den Verwaltungsbau ein. Es kam noch ein Mannschaftswagen mit Hunden und Überfallkommando vom 3. Revier. Unser Verwaltungsbau wurde durchsucht, fotografiert und ein Schüler des Abendgymnasiums festgenommen.

Lehrer und Schüler protestierten gegen diese faktische Macht der Maschinen

der maschinenpistolenbewehrten Uniformen. Beim Hinterfragen dieser Maßnahme wurde einem Lehrer die Verhaftung angedroht - er störe eine Amtshandlung - (Beamter Dienstnr. 2..3).
A.. dem Revier wurde der Schüler zwangserkennungsdienstlich behandelt und später wieder freigelassen.

Wo der Kultusminister nicht bereit ist, die Auseinandersetzung zu führen, schickt er seine Bullen. (Krollmann: „Ihr könnt streiken bis ihr schwarz werdet.) Das war der zweite offizielle Bulleneinsatz an unserer Schule. Am Montag, dem 28.11., als sich aus der Uni-Vollversammlung spontan eine Demonstration zum Hessischen Rundfunk gebildet hatte, riegelten die Bullen unsere Schule ab. Niemand im Abendgymnasium hatte diesen Schutz vor der Demonstration verlangt.
Der einschneidende Bruch des Hausrechts, die empörende Tatsache, daß in eine Schule mit gezogenen Maschinengewehren eingedrungen wurde, ist weniger wichtig als die Tatsache, daß unser Kampf gegen die geplante Schließung der Schule, die Erschwerung und Einschränkung des Zweiten Bildungswegesvom Staat her mit polizeilichen Mitteln beendet werden soll. Demgegenüber steht die pauschale Verweigerung der Behörden zu sachlichen Verhandlungen über das Abendgymnasium.
Zu den zwei Schulleitern, die wir seit nunmehr fast drei Wochen dank der Kapriolen des Kultusministers haben, scheint eine dritte Schulleitung in Polizeiuniform zu treten.

Zu all den bisherigen Maßnahmen kam zudem noch dieser TAge die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen eine Lehrerin und Personalrätin, weil sie in der Gewerkschaftspresse ihre Meinung offen gesagt hat.

Die Kriminalisierung durch Polizeieinsätze, dauernde Beobachtung durch Polizeispitzel, der Einsatz von Maschinenpistolen zur Suche von Farbtöpfen und beginnende Berufsverbote, sollen einmal das positive Interesse der Öffentlichkeit, das wir mühsam erreicht haben, vernichten, damit die Schule reibungslos geschlossen werden kann, wenn die bestehenden Kurse auslaufen; zum anderen soll Lehrern und Schülern deutlich gemacht werden, daß sie falsch handeln: Gegen Eier, Maschinenpistolen, gegen Wandmalerei Maschinenpistolen."

UNIPRÄSIDENT KRUPP DRÄNGT ES NACH ESKALATIONEN

Frankfurt
8.Dezember 1977

Die Frankfurter Studenten befinden sich seit Montag, 5.12.77 im Streik. In der Urabstimmung war das gesetzte Quorum von 30% Ja-Stimmen mit 32% erreicht bzw. überschritten worden. Seit gestern stehen die Aktivitäten der Studenten besonders im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften unter dem permanten Eindruck von Polizeieinsätzen. Gestern auch hatte der Uni-Präsident über die Frankfurter Rundschau wissen lassen, er wolle einen ungestörten Vorlesungsbetrieb garantieren und u.U. auch zum Mittel des Polizeieinsatzes gegen die Streikenden greifen.
Er warnte die Studenten den Konflikt zu eskalieren. Allerdings sieht es so aus, als sei diese Form der Auseinandersetzung gerade von ihm indentiert.
Die Begründung fürdie gestrige und heutige nunmehr drei malige Räumung des Hörsaals i im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften war: Die Studenten des Fachbereichs hätten rechtswidrig diesen Raum als Streiklokal besetzt und überdies die Wände mit rosa Farbe und Gemälden verunstaltet. Dies wurde als Sachbeschädigung deklariert.
Die Studenten jedoch fordern diesen Raum als Kommunikationszentrum für den Fachbereich und halten darin nach wie vor, unterstützt von Studenten anderer Fachbereiche, ihre Treffs ab.
Heute morgen um 9.30 Uhr wurden 15 Studenten von 15 Polizisten aus dem Raum vertrieben. Eingeschaltet in den Konflikt hatte sich währenddessen der Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften, der den Polizisten vorschlug mit den sich mittlerweile in großer Anzahl eingetroffenen Studenten über das Verhältnis Polizei – Studenten zu diskutieren. Daraufhin zogen erstere sich lieber zurück. Der Dekan hatte dann den Hörsaal i mit der Beantragung eines Seminars formal von der dauernden Bedrohung bis 14 Uhr sichern können. Um 14 Uhr war der Raum dann von ca. 400 Studenten diskutierend und singend besetzt.
Drei Mannschaftswagen samt grünem Inhalt fuhren vor und warteten auf ihren Einsatzbefehl. Der wird laut Krupps Aussagen gegenüber der Presse solange nicht erfolgen wie der Raum so massenhaft verteidigt wird. Im Moment findet in und um das Kommunikationszentrum der Wirtschaftswissenschaftler ein Fest statt. Krupp beharrt weiter auf seine formalrehctliche Argumentation und läßt sich in keiner Weise auf die Bedürfnisse und Forderungen der Studenten, die dieses Kommunikationszentrum als Diskussions- und Erholungsmöglichkeit brauchen, ein.



EXAMENSKONFLIKTE AN DER PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULE GÖTTINGEN

GÖTTINGEN 30. November

In den Fächern Kunst und Politik haben je 4 Studenten Examensklausuren geschrieben, die jetzt von unserem stellvertretenden Vorsitzenden des Prüfungsamts, Herrn Ehrenfeuchter angefochten und nach Hannover ans Kultusministerium geschickt worden sind. Dort sollen sie neu begutachtet und eventuell aberkannt werden. Als Gründe gibt Herr Ehrenfeuchter gleichlautende Teile in den Klausuren an. Außerdem sagt er zu den Kunstklausuren, sie seien "unwissenschaftlich"."Man müsse sich schämen, daß so etwas an der Pädagogischen Hochschule mit 2+ bewertet wird."

Um die ganze Sache etwas verständlicher zu machen, werden wir die Entstehungsgeschichte der Kunstklausuren näher beschreiben:
Die 4 Studenten haben im Frühjahr ihre Examensarbeit angefertigt und dabei die Erfahrung gemacht, daß die Examensarbeit eine große psychische Belastung mit sich bringt. Man hat kaum Zeit, sich um private Sachen zu kümmern, (8 Wochen Zeit stehen zur Verfügung, um einen Themenkomplex zu bearbeiten) zweifelt häufig an sich selbst, wenn man mit dem Thema nicht zurechtkommt usw. Außerdem kostet eine Examensarbeit viel Geld. Man kann während der Semesterferien nicht arbeiten, braucht aber eine Menge Bücher, Papier, Fotomaterial etc. Alle 4 Studenten hatten am Ende der Arbeit immense Schulden.

Diese Erfahrungen waren der Ansatz zur Klausur. Im Fach Kunst wird über acht Stunden geschrieben, weil ein praktisch-ästhetischer Teil gefordert wird. Es bilden sich in der Regel Examensvorbereitungsgruppen heraus, die bestimmte Themenkreise vorbereiten. Die 4 Studenten machten während dieser Zeit Interviews mit anderen Studenten, in denen sie die finanzielle Belastung und die psychischen und körperlichen Störungen während des Examens erfragten. Dabei kam heraus, daß fast alle befragten Studenten während dieser Zeit an Bauchschmerzen, Schlafstörungen, Kopfweh, Angstzuständen usw. gelitten hatten. Zudem hatten fast alle in letzter Zeit 500 - 600 DM Mehrausgaben.
Diese Fakten zeigen, wieviel Streß und Belastung mit dem Examen und dem Kampf um gute Noten, von denen ja gerade für angehende Lehrer die Zukunft besonders abhängt, hervorbringt. So haben z.B. drei Studenten diese Zusatzbelastung nicht verkraftet und sich das Leben genommen.(!) Sehr viele haben die Examensarbeit abgebrochen.

All dieses haben die vier Studenten zusammengefaßt und ausgewertet und als Thema ihrer Examensklausur gewählt. Dabei wurde ihnen klar, daß es nicht das Versagen einzelner ist, was diese Zustände hervorruft. Deshalb haben sie das Prüfungs- und Notensystem in seinem gesellschaftlichen Zusammenhang genauer untersucht. Sie stellten fest, daß das Prüfungs- und Notensystem ein gesellschaftliches Unterdrückungsinstrument ist. Da die meisten in einer Prüfungssituation an persönliches Versagen glauben, hielten es die vier Examenskandidaten für notwendig, ihre Erfahrungen und Untersuchungsergebnisse auch anderen Studenten zugänglich zu machen. Im Fach Kunst ließ sich das besonders gut durch das Mittel der Fotodokumentation bewerkstelligen.

Am Tage der Klausur, die als Einzelleistung gewertet wird, wurde verlangt, daß die Examenskandidaten einen selbstzuwählenden Sachverhalt anschaulich für eine größere Gruppe darstellen sollten. Die Überlegungen zu der Erstellung der Fotodokumentation sollten schriftlich auf Lernschritte für den Unterricht in der Schule übertragen werden. Dieses wurde von den 4 Studenten jeweils als Einzelleistung erfüllt. Der eine wertete z.B. die Fragebögen aus und entwarf übersichtliche Statistiken, ein anderer hielt typische Situationen während der Examensarbeitszeit durch nachgestellte Fotos fest. usw.

Zusätzlich hatten sie in der Vorbereitungsgruppe eine Untersuchung der gesellschaftlichen Funktion des Prüfungs- und Notensystems gemacht. Diese Untersuchung hielten sie als gemeinsame zusätzliche Vorüberlegung im schriftlichen Teil der Klausur fest.
Gerade dieser Teil ist für den stellvertretenden Vorsitzenden des Prüfungsamts, Herrn Ehrenfeuchter der Stein des Anstoßes. Er will durch die formelle Anfechtung der Klausuren (gleiche Teile) den Inhalt der Klausuren vom Tisch haben. Das ist auch kein Wunder, da Herr Ehrenfeuchter die oberste Kontrollinstanz an der Pädagogischen Hochschule über die Anwendung des Prüfungs- und Notensystems ist.

Er hat für die vier Examenskandidaten die mündlichen Kunstprüfungen bis zur Klärung der Situation ausgesetzt. Das bedeutet für die vier Studenten, daß sie ihr Examen nicht zu Ende machen können, und bis jetzt schon drei Wochen lang in der Luft hängen. Dasgleiche gilt für vier Studenten im Fach Politik, deren Klausuren ebenfalls aberkannt werden sollen und deren mündliche Prüfungen ausgesetzt sind.

Das ist aber nicht das einzige, was sich der stellvertretende Vorsitzende des Prüfungsamtes bisher rausgenommen hat:
2 Examensarbeiten im Fach Politik gegen Atomkraftwerke sollen nicht anerkannt werden. Eine Prüfungskommission im Fach Kunst (ein paar Stunden vor der Prüfung) und eine im Fach Pädagogik (3 Tage vor der Prüfung) sind ohne Begründung von ihm und gegen die Bestimmungen der Prüfungsordnung angefochten worden. So mußten die mündlichen Prüfungstermine der betroffenen Studenten verschoben werden. Laut Prüfungsordnung müssen aber sowohl die Termine als auch die Kommissionen für die mündlichen Prüfungen 2 Wochen vor den Prüfungen feststehen.

In allen Sachen, die angefochten wurden, haben die betreffenden Examenskandidaten versucht, eigene Erfahrungen und selbständig durchgeführte Untersuchungen auszuwerten, also Arbeiten zu schreiben, die der Durchsetzung der Interessen der Studenten dienen und somit zwangsläufig eine Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen bedeuten.

An den Eingriffen des Prüfungsamtes kann man ablesen, daß jede kritische Position zum Studium und zur Gesellschaft mit schlechten Noten "belohnt" werden soll.
Unter anderem sollen solche Eingriffe des Prüfungsamtes auf die Inhalte von Studienarbeiten in Zukunft durch das Hochschulrahmengesetz, das z.B. ein Ordnungsrecht und eine Regelstudienzeit beinhaltet, rechtlich abgesichert werden. Um solche und auch andere Disziplinierungsmaßnahmen, die gegen die Studenten gerichtet sind, abzuwehren, wird ab Montag, dem 28.11.77 auch an der Pädagogischen Hochschule in Göttingen aktiv gestreikt. Dieser Streik wird im gesamten Bundesgebiet bis jetzt von 132 (von 170) Hochschulen durchgeführt.

Kontaktadresse:
Fachschaft Kunst, Pädagogische Hochschule, Waldweg 26, 34 Göttingen

STREIK AN BERLINER HOCHSCHULEN

BERLIN
Dez. 77

Vorbemerkung der Redaktion

Erst mal den Berlinern Tausend Dank für das wirklich umfassende Informationsmaterial. Nach der ausführlichen Berichterstattung zu Frankfurt in der letzten Woche können wir diesmal also die Berliner Streiklage etwas näher beleuchten. Der Umfang auch deswegen, weil für unsere Begriffe gerade in letzten teilweise widersprüchlichen Berichten, Einschätzungen, Wahrnehmungen viele Fragestellungen und Probleme stecken, die für die weitere Hochschuldiskussion über den Streik hinaus wichtig sind.(siehe z.B. den Absatz "Wie studieren und/oder sich nicht verlieren? ").

1. Die Streiklage in Zahlen

Evangelische Fachhochschule für Sozialwissenschaften: Streik ab 28.11.

Technische Fachhochschule: Streik ab 28.11.

Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik: Streik ab 28.11.

Fachhochschule Wirtschaft: Streik ab 28.11.

Pädagogische Hochschule: Streik ab 28.11.

Technische Universität: außer einem Fachbereich Streik ab 28.11.

Freie Universität: außer am Fachbereich Tiermedizin läuft der Streik in allen Fachbereichen seit 28.11. (z.T. schon seit 21.11.) 21.11.)

Schulen des 2. Bildungswegs:
Mit über 200 gegen 2 Stimmen empfahl die Vollversammlung des 2. Bildungsweg den einzelnen Schulen, in den Streik zu treten. Außer einem Institut, von dem keine Informationen vorliegen,und einer Privatschule, an der kein Streik läuft, sieht die Situation folgendermaßen aus:

Berlin-Kolleg: unbefristeter Streik seit 25.11., wöchentliche Verlängerung durch VV-Beschluß. Das BK hat die Forderungen der Freien Universität übernommen. (BK = Berlin-Kolleg)

Volkshochschule Schöneberg: Da die von der VV aufgestellten ultimativen Forderungen nach sofortiger Wiedereinstellung zweier entlassener Dozenten (Ricarda Schlittgen und Michael Schröder) und neuer Erarbeitung des Stundenverteilungsplanes von der SChulbehörde nicht erfüllt wurden, wird seit dem 1.12. gestreikt.

Volkshochschule Charlottenburg: Abstimmung über Streik am Donnerstagabend. Leider nach Redaktionsschluß.

Die folgenden Informationen stammen im wesentlichen aus den "Streikkurieren" Nr. 1 und 2 der Freien Universität Berlin.

Am 18.11.77: die Uni-VV empfiehlt den Fachbereichen ab 21.11.77 den unbefristeten Streik aufzubauen. Hier die beschlossenen Forderungen, Parolen und Losungen, die von den allgemeinen altbekannten zum Hochschulrahmengesetz abweichen:

Gegen die Fixierung der Wissenschaft auf die Ideologie des "freiheitlich demokratischen Rechtsstaates"! – Für die Verteidigung materialistischer Wissenschaft!

Gegen die Verschärfung der Staatsaufsicht!
Keine Rationalisierung an den Hochschulen!

Für freie politische Betätigung in allen gesellschaftlichen Bereichen!

Für eine ausreichende finanzielle Absicherung für Schüler, Lehrlinge und Studenten! –
Für ausreichendes Ausbildungsentgelt!

Für den Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze an allen Schulen, Lehrwerkstätten und Hochschulen!

Für vollständige Organisations-, Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit!

Keine Berufsverbote, politische Entlassungen und Gesinnungsschnüffelei!

Erhalt und Wiederaufbau einer Verfaßten Studentenschaft mit politischem und imperativen Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit und rätedemokratischem Aufbau!
Einstellung und Aufhebung aller Ordnungs- und Strafverfahren!
Auflösung der Ordnungsausschüsse!

Keine Zerschlagung des Fachbereichs Theaterwissenschaften!
Keine Ermächtigungsparagraphen (§ 125 u.a.)!

Für uneingeschränkten Übergang der Fachhochschüler und Schüler des zweiten Bildungsweges an die Unis!
Keine Zugangsbeschränkungen!

Sofortige Freilassung der Agit-Drucker (Info-bug) und Einstellung der Verfahren!

Keine Kriminalisierung der 48 "Buback-Nachruf"-Dokumentaristen!
Rücknahme der Entlassung von Prof. Brückner und Jens Scheer!

In fast allen FAchbereichen wird unbefristeter Streik beschlossen. (Streikbeginn zwischen 21. und 28.11.77).

"Deutet nicht alles darauf hin, daß es Nacht wird und nichts, daß eine neue Zeit beginnt. Soll man also nicht eine Haltung einnehmen, die sich für Leute schickt, die der Nacht entgegen gehen? "

Mit diesem Brechtzitat begann ein Germanist, der nur für sich sprach, eine Rede auf der oben genannten Univollversammlung. Aus der Rede:

"Diese Frage scheint für uns heute schon beantwortet. Der Streik soll Widerstand sein, ein wenig hinauszögern, aber wenn wir von Streik reden, denken wir schon an die Fluchtmöglichkeiten danach und während des Streiks hoffen wir, daß es uns mit den Ordnungsverfahren nicht so erwischt, beschließen Streik, in der Erwartung, daß es vielleicht doch irgend etwas bringen könnte.

Nach dem letzten Streik sah es bei uns Germanisten schon so aus, daß viele sich zurückgezogen haben. Es wurde wie wild studiert. Zweierbeziehungen kamen wieder in Mode. Andere Möglichkeiten – also da mein ich eine spezifische Form – waren Wohngemeinschaften oder die linken Kneipen."

Die drei hauptsächlichen Formen, der Universität zu begegnen: Studium abbrechen, sich überaktiv in die politische Arbeit stürzen oder so stringend wie möglich Scheine erschreiben, gipfeln gleichermaßen in dem Wunsch nach der "Großen Flucht

Der Wunsch nach einem "Kaffeehaus in Kreuzberg, Marihuanaplantagen in der Bundesrepublik, Farm in Frankreich, Auswandern usw. Ich weiß nicht, ob ihr das schon miterlebt habt, wie oft hier von Auswandern gesprochen wird.

Viele von uns kennen diese Stadt vor allem als Dahlem (bzw. Lankwitz oder anderen Stadtteil, Anm. der Redaktion) und einen Wust von linken Kneipen und Wohngemeinschaften. Diese Stadt wie die Uni gehören nicht uns, noch nicht einmal zu uns.

Auch die Uni-Politik nimmt mehr und mehr den Charakter der Unterwerfung unter eine abstrakte politische Notwendigkeit an. Ich bekomme einen Zusammenhang dadurch, mein Alibi, daß ich mich mal wehre; aber ich denke mir schon aus, wie ich doch hinterher alles normal weitermachen kann. Deshalb diskutieren viele Seminare am liebsten erst im Streik Politik, denn die Wissenschaft ist für uns nicht nur Erkenntnis. um zu einem besseren Leben zu kommen oder/und anderen dazu zu verhelfen, sondern ist eine perverse Art von Zuhause, eine Identifikationsmöglichkeit. Aber auch wenn diese Wissenschaft so bliebe wie sie ist – ganz abgesehen vom Hochschulrahmengesetz – können wir uns letztendlich nicht damit zufrieden geben. Ich will nicht in ein paar Büchern zuhause sein, auch wenn ich gern lese. Ich will nicht mehr die zehntausend Betonklötze zwischen Dahlmen und Kreuzberg übersehen. Ich kann nicht mehr glauben, daß diese Stadt hauptsächlich aus Studenten be-

steht. Ich will wissen, wo und wie und für wen und mit wem ich das anwenden kann, was ich lerne. Ich will mit diesen Menschen zu tun haben. Wir haben diesen Zusammenhang oft nicht mehr gesehen."

Streiflichter aus den Streikaktivitäten der Freien Universität und der Technischen Universität

Aussperrung

Am 2.12. werden die Wirtschaftswissenschaftler aus ihrem Fachbereich ausgesperrt. Begründung: Es seien Barrikaden errichtet worden. (Hinter diesem großen Wort verbergen sich nichts weiter als ein paar Tische, die die Eingänge zu den Hörsälen versperrten. Eine Bedienstete beschwerte sich über die Aussperrung, Präsident Lämmert klärt das "Mißverständnis". Heute, am 6.12., erfuhren wir aus Berlin, daß die Maßnahme aufgehoben sei.)

30.11.
Die Anglisten protestieren schärfstens gegen die Einlaßkontrollen in ihrem Fachbereich.

Aus dem Veranstaltungskalender wird die hervorstechende Aktivität der Theaterwissenschaftler und Publizisten ersichtlich. Von Flugblattaktionen und Straßentheater vor der Städtischen Theaterhalle ist da häufig zu lesen. Aber auch Veranstaltungen zur Akademikerarbeitslosigkeit, der

Berufsperspektive von Pädagogen als auch Termine der Juristen, die über Stammhei

Berufsperspektive von Pädagogen als auch Termine der Juristen, die über Stammheim und das Kontaktsperregesetz diskutieren, gibt's reichlich. Auffallend ist, daß alle Termine von Fachbereichsgruppen angekündigt sind – praktisch keine unizentrale Veranstaltung.

Die finden allerdings häufig an der Technischen Universität statt.

Ab 28.11. werden dort alle Fachbereiche außer einem (2 Wochen befristet) unbefristet bestreikt Die Beteiligung an der Urabstimmung lag dort bei 50 %.

Die Physikpraktika werden mit fröhlichem Musiktreiben beendet.

Am 28.11. vertreibt eine Riesenvollversammlung Helmut Kohl uns seine RCDS-Anhänger ins Ernst-Reuter-Haus.

Am 5.12. fand eine Mammutt-VV mit dem Wissenschaftssenator Glotz als Ehrengast statt. Es soll heiß hergegangen sein.

Und am 2.12. diskutierten Rudi Dutschke, Narr, Gollwitzer und Wesel unter dem Thema: "Zurück zur politischen Diskussion zwischen Gewalt und Verbot."

Für 1o.12. ist eine Demonstration aller streikenden Schulen und Hochschulen geplant.



Die Suche nach dem verlorenen Streik

Dies ist ein Zitat aus einem Aufsatz der Germanistengruppe aus dem wir im Folgenden noch einige Abschnitte zitieren: (Leider können wir aus Platzgründen nicht das ganze Papier abdrucken.)

Zunächst beschreiben sie den relativ lahmen Verlauf der ersten Streiktage, der sich auch am Dienstag nicht wesentlich änderte, bis zum legendären "Kohlkopfbesuch".

"Die mobilisierende Wirkung des Kohl-Auftritts war ein Lichtblick in der öden Streiklandschaft: Endlich hatten wir einen sichtbaren Gegener vor uns, eine Personifikation der staatlichen Gewalt, kurzum, eine Inkarnation des politisch Bösen, das wir gewöhnlich nur abstrakt und vermittelt erleben."

Mittwoch wieder gähnende Leere, dennoch:

"Ein weiteres kollektives Streikerlebnis war das Fußballspiel im Gang, das sehr schnell den Paragraphenblick der Verwaltung auf sich zog..... Bezeichnend für den bisherigen Verlauf des Streiks ist die mangelnde Koordination der verschiedenen, oft parallel arbeitenden Gruppen, die sich in den Seminaren gebildet hatte, ohne voneinander zu wissen. Durch die Zerfaserung des Streiks in einzelne Arbeitsgruppen ging das kollektive Streikerlebnis verloren."
"Doch die bisherigen Schwächen des Streiks lagen nicht allein in der mangelnden Koordinierung der Aktivitäten. Die größere Rolle spielte hierbei sicherlich die objektive Schwierigkeit, einen Weg zu beschreiten, der uns weder in die Elfenbeintürme, sei's auch linker Wissenschaft, noch auf die Fluchtwege privater Subkultur führt."

Zu diesem im letzten Satz angesprochenen Problem gibt es ein Flugblatt des Hochschulreferats, das für eine Veranstaltung am 30.11. im Audi-Max der Freien Universität geschrieben worden war. Thema: Hochschule als Sozialisationsinstanz – oder: wie studieren und sich nicht verlieren? Wir werden es im nächsten Hochschul-ID abdrucken, da die Fragestellungen bestimmt auch bis dahin noch aktuell sind.

ASTA-RÜCKTRITT IN FULDA

FULDA
November 77

Aus der 'Frankfurter Rundschau' erfuhren wir vom Rücktritt des AStA's der Fachhochschule Fulda. Auf unsere telefonische Anfrage erklärte ein ehemaliges AStA-Mitglied:

„Der AStA der Fachhochschule Fulda ist zurückgetreten, weil ihn die Unibürokratie in seiner Arbeit so stark behinderte, daß eine Arbeit im Interesse der Studentenschaft nicht mehr möglich war. Die AStA-Mitglieder sahen sich überdies einem starken psychologischen Druck ausgesetzt. Sie hatten eine Dokumentation zur Suspendierung des Göttinger AStA herausgegeben, die Stein des Anstoßes für den Rektor wurde.
Der Rektor Wettengel drohte dem AStA mit Suspendierung, falls er sich nicht von seiner eigenen Dokumentation distanziere. Der AStA sah dafür keinen Grund, da er die beiden Mescalero-Artikel als Dokumentation veröffentlicht hatte, weder mit einer Befürwortung oder sonst einer Stellungnahme.

Daraufhin schaltete sich ein gewisser Landrat Kramer ein, der gegen den AStA Strafanzeige stellte und eine Anfrage in den Landtag brachte. Jetzt wurde das Kultusministerium mobil und veranlaßte den Rektor, den AStA erneut aufzufordern, sich von der Dokumentation zu distanzieren, besonders von den beiden Mescalero-Artikeln. Wiederum erklärte sich der AStA dazu nicht in der Lage, sondern er distanzierte sich bloß von „individuellen Gewaltaktionen", trat aber gleichzeitig zurück. So kann der AStA nicht supendiert werden, vielmehr müssen neue AStA-Wahlen stattfinden.
Zur Zeit ist ein Übergangs-AStA gewählt, der entgegen anderslautenden Presseerklärungen zum Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz (HRG) und das Landeshochschulgesetz (LHG) aufruft.

Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß der Rektor der Fachhochschule, Wettengel, zur Zeit nicht rechtmäßig gewählt ist. In einem Urteil des Verwaltungsgerichts Kassel vom 26. Juli dieses Jahres wird bestätigt, daß die Rektorwahl ungültig ist."

ASTA SAARBRÜCKEN UND DER SAARLÄNDISCHE RUNDFUNK



SAARBRÜCKEN
29. Nov. 77

Wie fast überall so hatten die Saarbrücker Studenten wohl auch mit der Berichterstattung über ihre Aktionen und Probleme in der bürgerlichen Presse zu kämpfen. Als eine Konsequenz dieser Berichterstattung ist der folgende Brief an den Saarländischen Rundfunk zu werten.

(Eine ADREMA-Karte ist eine Matrize zum maschinellen Adressieren von Postsendungen.)

"Sehr geehrter Herr Meimeth,

von der Weiterverwendung beiliegender ADREMA-Karte müssen wir leider in Zukunft absehen.
Dies ist keinesfalls mit Materialfehlern in unserer ADREMA-Anlage zu begründen, vielmehr ist Ihre Berichterstattung nicht mehr angetan, uns auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen einrichten zu können. Denn:

1. Ihre Berichterstattung zur Numerus Clausus-Veranstaltung am 28. Juni 77 hat die Stellungnahme der Studentenschaft zu diesem Problem nicht erwähnt, obgleich ich interviewt wurde; während die Parteivertreter und Herr Prof. Tack Gelegenheit zur Stellungnahme hatte, haben Sie uns aus der Sendung geschnitten, obwohl wir heftig wegen des Termins der Veranstaltung angegriffen worden sind.

2. Ihre Berichterstattung zur BAFög-Diskussion im letzten Wintersemester (1976/77) war manipulativ (vgl. Flugblatt und Ihre Honorarforderung über DM 100,--). Nachdem Sie mich journalistisch fair interviewt hatten, haben Sie jedoch durch eine Vor- und Nachkommentierung, über die Sie schon vor dem Interview unterrichtet waren, verfälschende Aspekte in die Diskussion gebracht, indem Sie mir die Gelegenheit absichtlich verwehrt hatten, dazu Stellung zu nehmen.

3. Ihre Berichterstattung zum studentischen Streik in diesem Wintersemester wie auch zu der Veröffentlichung des Referentenentwurfs des Saarländischen Universitätsgesetzes durch die Jungsozialisten-Hochschulgruppe hat wesentliche Information vorenthalten und verfälscht. Die Veröffentlichung des Referentenentwurfs wurde von Ihnen im Aktuellen Bericht lediglich mit der Bemerkung quittiert, 'daß er nun auch nicht mehr unbekannt sei'. Inhalt und die Art und Weise, wie der Entwurf an die Öffentlichkeit gelangt ist, wurde von Ihnen verschwiegen.
Die Berichterstattung zum Studentischen Streik beschränkte sich, sowohl was den Aktuellen Bericht vom letzten Freitag als auch vom letzten Montag angeht, darauf, zu sagen: '... im Moment erreicht uns noch folgende Mitteilung ...' und und eine verkürzte Information hinzuzufügen.
So haben Sie gestern behauptet, der Hochschulbetrieb liefe fast normal weiter, es gäbe keine Gründe für die Beibehaltung der Studentenschaft als Zwangskörperschaft der Universität etc., ohne daß Sie die Stellungnahme der Studentenschaft dazu gehört hatten (und sie deshalb auch nicht veröffentlichen konnten).

Diese Kritik in aller Kürze. Wir können daraus nur den Schluß ziehen, daß Sie entweder bewußt manipulieren oder Ihnen das nötige Sachwissen zu hochschulpolitischen Angelegenheiten fehlt.

Indeskönnen Sie uns nicht vorwerfen, daß die Studentenschaft sich seit länger als einem Jahr um intensive Pressekontakte nicht bemüht hätte. Schließlich hat sich die Zusammenarbeit mit der Saarbrücker Zeitung im letzten Jahr derart gebessert, daß uns im Prinzip kein oder kaum noch ein Grund zur Klage bleibt. Und das bei einer Zeitung, die in ihrer Struktur genauso konservativ angelegt ist wie Ihr Sender. Es kommt halt immer darauf an, was die Redakteure als journalistische Freiheit verstehen und ob sie bemüht sind, korrekt zu recherchieren und zu moderieren bzw. zu berichten.

Noch eines zur Klarstellung: Der Brief betrifft ausschließlich Ihre Person und nicht andere Redakteure und Redaktionen, mit denen wir teilweise gute Kontakte (ohne gleichzeitige Kumpanei) pflegen. Ihre CDU-Kumpanei stützen wir nicht!!!

Dennoch oder gerade weil ... verbleibe ich Ihnen mit freundlichen Grüßen

Ihr
Klaus Walker
(Präsident der Studentenschaft)

„DISTANZIERUNGSPREIS FÜR DIE DISTANZIERTESTE DISTANZIERUNG IM JAHRE 1977"

GÖTTINGEN
5.Dezember

Liebe Leut!
Es ist schon saukalt — das Jahr geht seinem Ende zu, so daß wir Gesagtem und Geschriebenem noch ein paar Gedanken widmen sollten. Neu in der linken Rede war ein Phänomen, das landauf landab ‚Distanzierung' geheißen wurde. Da dieses Phänomen nichts — außer kalter Distanz in die Linke hineingetragen hat, wollen wir unsere Hoffnung nicht verhehlen, da wir wirklich genug Ärger haben, uns im neuen Jahr nicht über erneute ‚Distanzierungen' ärgern zu müssen.

Nichts desto trotz wollen wir diese unfeine Erscheinung zuvor noch einer (hoffentlich) letzten Würdigung unterziehen. So schreiben wir denn hiermit den ‚Distanzierungspreis für die distanzierteste Distanzierung im Jahre 1977' aus. Mitmachen können alle bis auf den Bundeskanzler, gewählt werden können ebenso alle bis auf Hamster Fidel, weil der schon bei der Ausschreibung zu schummeln versuchte.

O.k. schickt Eure Vorschläge, wenn Ihr welche habt, bitte bis Mitte Januar an den Buchladen Rote Straße, Stichwort ‚Distanz', Rote Straße 10, 34 Göttingen.

Die Auswahl findet natürlich ohne richterliche Aufsicht statt und wird von einigen schlitzohrigen Stadtindianern getroffen. Der Rechtsweg ist aussichtslos.

Schwarz-Rote Grüße
Bewegung Undogmatischer Frühling."

P.S. Der Wahlsieger wird Ende Januar öffentlich bekanntgegeben!!

ZUM SELBSTMORD EINES ZIVILDIENSTLEISTENDEN

HAMBURG
6. Dezember

Von der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden:

Am 7.10.77 starb der Zivildienstleistende Robert R. Er war einer der 30 Zivildienstleistenden, die als erste in in einer Kaserne des Typs Vinckehof ihren Zwangsdienst ableisten sollten. Alle 30 Kollegen wurden strafversetzt, weil sie sich gegen die Unterbringung in einer Kaserne zur Wehr setzten und den Einführungslehrgang aus Protest boykottierten.
Am 23.9. wurde den Kollegen ihre Versetzung mitgeteilt. Am 26.9. sollte Robert seinen Dienst in Seesen antreten, die

Dienststelle war über seine Ankunft nicht informiert. Die Arbeit, die Robert verrichten mußte, belastete ihn stark, was nicht unbemerkt blieb. Am 3.10. unternimmt Robert einen Selbstmordversuch; er kommt auf die Intensivstation. Der Regionalbetreuer Tesch und das Bundesamt für Zivildienst werden informiert. Die Dienststelle stellt ein Gesuch auf Versetzung. Am 4.10. wird Robert auf die chirurgische Männerstation verlegt. Am 5.10. unternimmt Robert einen zweiten Selbstmordversuch. Er wird in eine andere Klinik überführt und verstirbt dort nach einer Operation am 7.10. gegen 19.00 Uhr.

Egal, was immer auch von offiziellen Stellen geäußert werden mag, wir fühlen uns betroffen. Wir empfinden Wut und Trauer. Trauer über den Tod unseres Kollegen Robert und Wut, weil wir das Geschehen in Seesen nicht isoliert sehen können. Wir stellen fest, daß es zusammenfällt mit allgemeinen aber um so mehr einschneidenden Maßnahmen zur Militarisierung, so daß das Fernziel, der allgemeine Arbeitsdienst, in diesen Maßnahmen immer unverhüllter zum Ausdruck kommt. Am deutlichsten wird dieses Ziel in der Errichtung von Kasernen, wie es in Castrop-Rauxel schon der Fall ist.

Kasernierung, das bedeutet nichts anderes als die Ausschaltung aller Andersdenkenden und Erziehung zu Befehl und Gehorsam, die den Zivildienst noch mehr zum Planteil militärischer Überlegungen macht. Dies ist der eine Teil der Realität, der die Kollegen des Vinckehofes ausgesetzt sind. Der andere ist der graue Alltag im sozialen Bereich, der Menschen verwaltet, statt sich um sie zu kümmern. Darum sehen wir in dem Selbstmord unseres Kollegen nicht nur die Verzweiflung, sondern auch den Protest, in der Brutalität des Bundesamtes nicht nur die Brutalität sondern auch die Angst vor Protest und Widerstand. Denn im Zivildienst ist nichts in Ordnung.

DENN IM ZIVILDIENST IST NICHTS IN ORDNUNG

Wie auch immer die genauen Umstände des Todes von Robert aussehen mögen, sie lassen das Bundesamt in einem zweifelhaften Licht erscheinen. Das Bundesamt kümmert sich bei seiner Einberufungs- und Versetzungspraxis nicht im Geringsten um die Situation und Probleme der einzelnen Zivildienstleistenden. 30 Kollegen , die gegen die Kasernierung protestierten, wurden hunderte von Kilometern fort von ihrem Heimatort versetzt. Der Strafcharakter ist nicht zu übersehen. Die bewußt herbeigeführte Vereinzelung, die Trennung von Freunden und Bekannten, muß und soll persönliche Probleme verschärfen. Selbst nach dem ersten Selbstmordversuch sah das Bundesamt keine Veranlassung, unseren Kollegen umgehend zu beurlauben und den Selbstmord zu verhindern. Für die Strafversetzung zur Durchsetzung der Kaserne benötigte das Bundesamt nur zwei Stunden.

Das rücksichtlose Verhalten der Verantwortlichen im Bundesamt für Zivildienst läßt sich nicht legitimieren. Sie haben sich durch ihr "in Kauf nehmen" moralisch schuldig gemacht.

Wir können und wollen das nicht vergessen. Wir fordern vom Bundesamt eine Stellungnahme. Über diesen Fall wird kein Gras wachsen.

Wir fordern:

KEINE VERSETZUNG GEGEN DEN WILLEN DER BETROFFENEN
RÜCKNAHME ALLER VERSETZUNGEN
FREIE WAHL DER DIENSTSTELLEN

Kontakt: Jochen Hellmann, Moosberg 14b, 2050 Hamburg 80, Tel.: 040/73 990 63

"ATOMTAUCHSIEDER" OBRIGHEIM GEHIRNWÄSCHE IM "INFORMATIONSZENTRUM" DES AKW OBRIGHEIM

OBRIGHEIM/HEIDELBERG

18. November 1977

Am 18. November nahmen etwa 40 Menschen aus Heidelberg an einer von der Volks-Hochschule veranstalteten Fahrt zum Akw Obrigheim teil. Das AKW Obrigheim liegt etwa 40 km von Heidelberg entfernt am Neckar und machte beispielsweise im Sommer 1974 von sich reden, als in seiner Nähe auf einer Müllhalde ein Beutel mit Mittelradioaktiven Harzkügelchen gefunden worden war. Obwohl dieser Beutel zweifelsfrei aus dem AKW Obrigheim stammte, stritt dies die Werksleitung ab und äußerte die Vermutung, skandalfreundliche Umweltschützer hätten ihn dort deponiert (siehe ID 156/57). Unter den Teilnehmern der Informationsveranstaltung befanden sich auch einige Mitglieder der Heidelberger AG Umweltschutz, von denen wir unterstehenden Bericht erhielten.

Gleich zu Anfang wurden wir darauf hingewiesen, daß eine Besichtigung des Reaktors nicht möglich sei ("Wir müssen uns gegen Terroristen absichern, Sie werden das verstehen"). Nach diesen einführenden Worten begann der Referent mit seinen zwingend einleuchtenden und unter die Haut gehenden Ausführungen über die Probleme der Energieversorgung. Argumentationsverlauf: die Wasserkraft sei unergiebig, Gezeitenkraftwerke funktionierten nicht richtig, Windräder verschandelten die Landschaft ("Stellen Sie sich mal vor, wie das aussehen würde"), und führten zu Klimaveränderungen ("Der Wind könnte keine Wolken mehr heranbringen"), Sonnenkollektoren erbrächten keinen dauerhaften Energiefluß und die Kohlendioxidabgabe von Kohlekraftwerken behindere die Wärmerückstrahlung der Erde, was zum Schmelzen der Pole und zur Überflutung der Tiefebenen führte.

Aus diesem Kreislauf der Umweltzerstörung zeige nur die Atomenergie einen Ausweg ("Damit können wir unsere Umwelt wieder in den Griff bekommen"). Es gebe heute im wesentlichen zwei Reaktortypen: 1. den Siedewasserreaktor ("funktioniert wie Tauchsieder") und 2. den Druckwasserreaktor ("funktioniert wie ein Schnellkochtopf"). Zum Innern des AKW brachte er den vertrauenerweckenden Vergleich: "Hier sehen Sie das Reaktordruckgefäß, es ist so groß wie ein Einfamilienhaus — Sie sehen, sehr wenig ist hier sehr viel."

Im Anschluß sagte er noch einige Worte zu den Nachteilen der Kernernergie: "So ein Kraftwerk muß man auch kühlen, Sie sehen, das ist wie beim Auto, sonst läuft es nicht."

Außerdem entsteht bei der Uranspaltung Jod ("Sie kennen das ja von den Augentropfen"), allerdings in so geringen Mengen, daß man es vergessen könne. Die entstehenden radioaktiven Strahlungen können durch Betonwände v o l l s t ä n d i g zurückgehalten werden ! ! !. Darauf beschränkte sich sein Kommentar zu den Nachteilen. Der Höhepunkt der Veranstaltung war ein Propagandafilm der Kraftwerksbetreiber.

In der darauffolgenden Diskussion stritt der Referent sämtliche Gegenargumente ab(So z.B. die amtlichen Zahlen der Umgebungsüberwachung und eine Studie der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) über Unfälle in Kerntechnischen Anlagen) und verharmloste Gefahren wie Entsorgung und Plutonium.

Wir fänden es daher gut, wenn an jeder derartigen Veranstaltung AKW-Gegner teilnehmen würden, um das Konzept der Verdummung und Verharmlosung zu entlarven.

AG Umweltschutz Heidelberg
c/o Collegium Academicum, Seminarstr. 2, 69 Heidelberg

TREFFEN DER AUTONOMEN GRUPPEN

HAMBURG
7. Dezember

Liebe Freunde,
nach vielen gesprächen und auch nach vielen schwierigkeiten mit dem tagungsort, haben wir das wochende am 16.12. - 18.12. für das bundesweite treffen der autonomen gruppen vorgesehen.tagungsort ist göttingen, m den gruppen aus dem norden und süden einen möglichst kleinen anfahrtsweg zu ermöglichen. wir haben uns schon mehrmals mit verschiedenen gruppen aus dem norden, zuletzt am 19./20.11. in hameln, getroffen, um über die anstehenden fragen der anti-akw-bewegung und über die gemeinsame koordinierung der praktischen arbeit zu reden. hieraus hat sich folgender vorschlag für eine tagesordnung ergeben:

1. entwicklung und stand der anti-akw-bewegung
   spd/fdp beschlüsse
   haltung des dgb
   stand des atomprogramms
2. situation in den bi
   auseinandersetzung mit verschiedenen politischen gruppierungen
3. wie politische prozesse führen
   wie verhalten wir uns, wenn akw-gegener verurteilt sind
4. an den wahlen beteiligen, nutzen oder schaden für die anti-akw-bewegung
5. den praktischen widerstand fortsetzen, neue widerstandsformen
   wie verhalten wir uns, wenn in gorleben gebohrt wird
   wenn in brokdorf weitergebaut wird usw.
6. autonome strukturen-zentralistische strukturen
   ausbau von information, koordination und infrastrukturen
7. wertmaßstab und bedingungen der kapitalistischen produktionsweise (bruttosozialprodukt), wertmaßstab und bedingungen einer menschenfreundlichen produktion
   atomprogramm und arbeitsplätze
   der kampf gegen das atomprogramm in den betrieben

falls ihr diskussionsgrundlagen zur vorbereitung habt, schickt möglichst mehr als 150 an die untenangegebene kontaktadresse. wir schicken sie dann an die verschiedenen gruppen. willkommen ist jeder, der die gleichberechtigung und autonomie der verschiedenen anti-akw-gruppen respektiert.
tagungsort: göttingen
anfahrt: fr. 16.12.nachmittags/abends
beginn: sa. 17.12. ca. 10.00
ende: so. 18.12. ca. 13.00
kontaktadresse: ak politische ökologie, 2 hh 19, lutterothstr. 33
tel. 040/402782, nachmittags/abends
genaue adresse in göttingen erfahrt ihr telefonisch bei der Kontaktadresse ! ! !
teilt uns bitte mit, mit wie vielen ihr kommt, damit die göttinger schlafmöglichkeiten und verpflegung organisieren können."

MOBILE RHEIN MAIN THEATER GMBH

WIESBADEN
22. November

Ein Bericht von fünf Schauspielern, die alternatives Theater machen wollen:

Am 20. Oktober 77 haben sich Eva Hörbiger, Norbert Kentrup, Gregor Lawatsch, Thomas Mönch, Wilfried Weber entschlossen, ihre zusammengerechnet 40-jährige Erfahrung an Stadt- und Staatstheatern für ein Alternativtheater nutzbar zu machen. Das heißt für uns, Kontakt zu Gewerkschaften, Schulen, Jugendhäusern, Kulturämtern, Bürgerinitiativen und anderen fortschrittlichen Gruppen herzustellen. Für uns heißt Theaterarbeit nicht mehr Theater über, sondern mit Menschen zu machen. Wir wollen ein Ergebnis schaffen, das dem Zuschauer seine Probleme nicht nur vorführt, sondern seine Phantasie weckt und ihm Mut macht, sich diesen Problemen zu stellen. Das ist ein wechselseitiger Prozeß, bei dem es keine Konsumenten gibt.

Wir haben einen Themenkatalog zusammengestellt, der uns interessiert. Wir möchten jetzt herausfinden, ob diese Themen interessieren, ob es andere Themen gibt, die wir außer acht gelassen haben und wo sonst noch die inhaltlichen Schwerpunkte einer solchen Theaterarbeit liegen sollten.

Vorläufiger Themenkatalog:
Arbeitslosigkeit; Abbau von Rechten, Deformation des Grundgesetzes; die Jugend, unsere Hoffnung ohne Zukunft? ; Umweltschutz; Information - Unterhaltungsindustrie; Mitbestimmung — Fortschritt oder eine teuflische Idee; Bildung — Ausbildung; Ausländer; Selbstmord; Randgruppen — Alte, Behinderte usw.

Daß die Arbeitslosigkeit an erste Stelle gerutscht ist, war geplant. Dieses Thema scheint uns am Aktuellsten, vor allem weil in den letzten Jahren mehrere Millionen Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen worden sind. Die Reihenfolge der anderen neun Themen ist beliebig. Wir können diesen Themen nur gerecht werden, wenn eine konkrete Zusammenarbeit stattfindet.

Ein Theaterabend mit uns kann so aussehen:
Zu dem Thema, daß sie bestimmt haben, teilen sie uns ihre Erfahrungen und Informationen mit. Daraus erstellen wir ein Stück, das wir mit szenischen und musikalischen Mitteln spielen. Aktuelle Tagesbezüge werden nach Möglichkeit improvisiert. Nach der Vorstellung Diskussion mit dem Publikum. Durch die Diskussion werden wieder Veränderungen am Stück vorgenommen.

Wo spielen wir?

Da wir eine kontinuierliche Zusammenarbeit wollen, erschient es uns angebracht zu sein, unseren Wirkungskreis auf das Rhein-Main-Gebiet zu beschränken. Wir werden jedoch auch außerhalb dieses Gebietes spielen, solange dadurch die Kontinuität der Arbeit nicht gefährdet wird.

Wann spielen wir?

Ab Ende Oktober 1978, wann immer Arbeitnehmer können. Bis dahin sieht unsere Terminplanung so aus: Juni 78 laufen unsere Verträge an verschiedenen Arbeitsstätten aus. Bis dahin werden wir mit Pilotabenden schon auftreten wollen, z.B. zum 1. Mai und anderen aktuellen Anlässen. Pilotabende sind: kurze Programme mit Texten, Liedern, Sketschen, die sich mit den Themen dieses Katalogs befassen. Mit diesen Pilotabenden wollen wir Kontakt mit unserem Publikun herstellen, um mit ihm die Reihenfolge der Projekte und die inhaltlichen Schwerpunkte zu diskutieren. Außerdem schlagen wir einen Termin etwa im April 78 vor, um die Planung unserer Projekte genauer besprechen zu können. Wir wollen versuchen, erste Begegnungen ab Januar 1978 von uns aus zu ermöglichen.

Wie teuer sind wir?

Wir werden eine Preis ermöglichen, den sie bezahlen und von dem wir leben können. Ab Januar sind wir im Handelsregister unter Mobile Rhein Main Theater GmbH eingetragen. Nach einem Namen, den man sich merken kann, wird noch gesucht.

Kontaktadresse bis Juli 78: Norbert Kentrup, Bierstadter Höhe 39, 62 Wiesbaden, Tel. 06121/56 752

LIEDER UND PROSA AUS DER DDR (VON DREI ABGESCHOBENEN)

BOCHUM 6.Dezember Drei Unerwünschte aus der Deutschen Demokratischen Republik, der Schriftsteller Jürgen Fuchs und die Liedermacher Christian Kunert und Gerulf Pannach, bringen Lieder und Prosa aus der DDR. Unter dem Titel „So wie es ist, wird es nicht bleiben" machen sie die folgenden drei Veranstaltungen:

- 14.Dezember, 18.00 Uhr: Düsseldorf, Pempelforter Str.40 (Aula des Humboldt-Gymnasiums)
- 15.Dezember, 20.00 Uhr: Darmstadt, am Schloß (Otto-Bernd-Halle)
- 16.Dezember, 19.00 Uhr: Bremen, Utbremer Ring (Konsul-Hackfeld-Haus).

Zur Unterstützung der DDR-Kritiker innerhalb und ausserhalb der DDR hat sich ein Komitee mit dem kurzen und knappen Namen „Komitee zur Verteidigung und Verwirklichung demokratischer Rechte und Freiheiten in Ost und West – in ganz Deutschland" gebildet. Es veröffentlich einen Informationsdienst und hat Dokumente der Literaturpolitik der DDR-Bürokratie, Texte von DDR-Schriftstellern und andere Schriften über die Ausbürgerungen und die Repression in der DDR herausgegeben.

Kontaktadresse: **G. Brakelmann, Grünstr.10, 4630 Bochum**
Informationsmaterial: **C. Boulboullé, Dorotheenstr. 94, 4000 Düsseldorf 1**

WAS IST DIE "FREIE ARBEITER UNION"?

KÖLN 28. November Auf dem 2. Nationalplenum der Initiative "Freie Arbeiter Union" (F.A.U.) am 8./9. Oktober ist von 12 Ortsgruppen folgende Gründungserklärung angenommen worden:

Seit sich Anfang 1977 einige Genossen organisatorisch zusammengetan haben, um eine anarcho-syndikalistische Organisation aufzubauen, sind Gerüchte über den Charakter der neuen Organisation entstanden, die zum Teil auf Mißverständnissen beruhen. Wir halten es daher für angebracht, unsere Motive und Ziele offenzulegen und zu erklären, warum wir es für notwendig halten, heute mit dem Aufbau einer syndikalistischen Organisation zu beginnen.

1. Die Situation des libertären Lagers in der BRD ist gekennzeichnet durch Desorganisiertheit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit der kleinen Gruppen und Einzelpersonen. Die Kontakte zwischen den einzelnen Gruppen laufen mehr oder weniger zufällig, so daß eine kontinuierliche überregionale Zusammenarbeit weder in bezug auf gemeinsame Arbeitsbereiche noch in bezug auf gemeinsame Kampagnen gewährleistet ist. Auch die zahlreichen autoritär kommunistischen und sozialistischen Ansätze bieten keine organisatorische Perspektive für breite Teile der in ihnen arbeitenden Genossen. Im Anarcho-Syndikalismus sehen wir die Möglichkeit, unsere praktische Arbeit auf freiheitlicher Grundlage zu organisieren.

2. Herstellen eines Diskussionszusammenhangs

In dieser Situation halten wir es für unbedingt erforderlich, einen organisatorischen Rahmen zu schaffen, der eine kontinuierliche überregionale Diskussion gewährleistet. Ziel ist dabei die Klärung theoretischer und praktischer Probleme, die sich aus der anarcho-syndikalistischen Tätigkeit heute in der BRD ergeben. Durch eine ständige gegenseitige Diskussion und Kontrolle der Praxis der einzelnen Gruppen und Individuen kann allmählich eine Perspektive erarbeitet werden. Das Herstellen eines solchen Diskussionszusammenhangs der heute voneinander isolierten Anarcho-Syndikalisten und libertären Sozialisten ist die unmittelbare jetzige Funktion unserer Initiative.

3. Schwerpunkt ökonomischer Bereiche (Betriebsarbeit)

Die Organisierung der Diskussion darf jedoch nicht Selbstzweck sein, sondern muß zu einer Organisierung der Praxis führen. Wir wollen kein Diskussion-Club werden, sondern eine wirtschaftliche (gewerkschaftliche) Kampforganisation. Der erste Schritt zu einer wirksamen praxisbezogenen Organisierung anarcho-syndikalistischer Betriebsarbeit ist der Zusammenschluß libertärer Genossen, die in den Betrieben arbeiten. Die Initiative F.A.U. ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht der Versuch, irgendwelche Massen zu organisieren, sondern der Anfang, uns selbst zu organisieren.
Wenn auch der Schwerpunkt unserer Arbeit im wirtschaftlichen Bereich liegt, so heißt dies nicht, daß alle anderen gesellschaftlichen Bereiche ausgeschlossen sein sollen.

4. Syndikalistische Propagandaorganisation

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind wir noch lange keine syndikalistische Organisation im eigentlichen Sinn als wirtschaftliche Kampforganisation. Unsere Aufgabe ist es, anarcho-syndikalistische Ziele und Kampfmethoden öffentlich zu verbreiten und zu vermitteln. Dies geschieht nicht losgelöst von der praktischen Betriebsarbeit und der inhaltlichen Diskussion der Betriebsarbeit und der syndikalistischen Grundsätze, sondern die drei Bereiche Diskussion/Praxis/Propaganda stehen in einem inneren Zusammenhang.

5. Verhältnis zu Basisgruppen und Bürgerinitiativen

Wir verstehen unsere Organisation nicht als Konkurrenz zu bestehenden autonomen Basisgruppen und Bürgerinitiativen Vielmehr unterstützen wir diese Bewegung und arbeiten selbst in den verschiedenen Betriebs- und Stadtteil- und Projektgruppen mit.

6. Die Funktion der zu schaffenden syndikalistischen Organisation

Unser langfrisitges revolutionäres Ziel ist es, eine herrschaftsfreie und ausbeutungsfreie Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Eine solche anarchistisch-kommunistische Gesellschaft kann sich nur entwickeln aus einer vor der Revolution bestehenden wirtschaftlichen Kampforganisation, welche in der Revolution die Organisation der Produktion und Verteilung der Güter übernimmt. Die Struktur der wirtschaftlichen Kampforganisation ist bestimmt durch das Ziel der Selbstverwaltung. Diese zukünftige Funktion ist jedoch nicht der einzige Zweck einer syndikalistischen Organisation. Ihre Aufgabe ist es, im ständigen Tageskampf mehr Rechte und Freiheiten für die Arbeiter, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Lebensbedingungen, höhere Löhne und mehr Freizeit zu erringen. Eine anarcho-syndikalistische Organisation entsteht nicht spontan von "selbst". Sie erfordert eine langjährige systematische Vorarbeit. Genauso wie die syndikalistische Organisation Strukturen der künftigen Gesellschaft ansatzweise vorwegnimmt, versuchen wir in der Aufbauorganisation bereits die Strukturen einer echten syndikalistischen Organisation im Ansatz anzulegen. Es zeichnen sich also für den von uns angestrebten revolutionären Weg drei Phasen ab:

a) Aufbau- und Propagandaorganisation
b) syndikalistische Organisation
c) Selbstverwaltungsorganisation der Produzenten u. Konsumenten.

Kontakt über:
Ralf Stein, Postfach 101 826, 5 Köln 1

INTERNATIONALES

"FRAUEN UND WAHNSINN" TREFFEN DER ITALIENISCHEN FRAUENBEWEGUNG

ROM/Frankfurt
5. Dez. 77

Am 12./13. November 1977 fand in Florenz ein nationales Frauentreffen zum Thema "Frauen und Wahnsinn" statt. Ursprünglich war der Termin lediglich als Delegiertenversammlung geplant, zur Vorbereitung eines nationalen Kongresses im Januar in Mailand. Tatsächlich wurde jedoch daraus ein Massentreffen: mehr als 4000 Frauen kamen in Florenz zusammen und diskutierten unter meist sehr chaotischen und räumlich völlig unzureichenden Bedingungen; — der für das Treffen vorgesehene Ort, die Nervenklinik San Salvi, erwies sich natürlich viel zu klein. Es ist nun unmöglich, eine "Zusammenfassung", Resultate der Diskussion oder ähnliches zu geben: zu vielfältig waren die Themen und Interessen der anwesendenden Frauen. Hier kann nur versucht werden, einige Motive und Interessen anzudeuten, die das große Interesse am Thema "Frauen und Wahnsinn" erklären könnten.

Frauen aus allen Teilen Italiens kamen nach Florenz, der gleichzeitig stattfindende Eisenbahnerstreik hat vermutlich ein noch zahlreicheres Erscheinen verhindert. Frauen, die selbst in der Psychiatrie gelebt oder dort als Krankenschwestern oder Ärztinnen gearbeitet haben oder arbeiten; Frauen, die an alternativen Therapieprojekten beteiligt sind; Frauen, die sich theoretisch mit dem Problem weiblichen Wahnsinns beschäftigen; Frauen, die sich mit Psychoanalyse beschäftigen und in der überwiegenden Mehrzahl wohl Frauen, die aufgrund ihrer persönlichen alltäglichen Betroffenheit miteinander reden wollten. Dieses erste nationale Treffen in der Bewegung seit Monaten wurde von vielen zum Anlaß genommen, die Probleme, Verunsicherungen, Verwirrungen etc. zu diskutieren, die sich speziell aus der "feministischen Praxis" ergeben haben; so sprachen die Frauen viel über die Krise vieler Selbsterfahrungsgruppen, die sich in Auflösungstendenzen dieser Gruppen und Individualisierung ihrer Mitglieder äußert. Vor allem auch über die möglichen Ursachen der Aggressivität und Angst zwischen Frauen, die, offenbar in den kleinen Gruppen ausgelöst, nicht bewältigt werden können und die auf dem letzten Treffen der Bewegung eine gemeinsame Auseinandersetzung fast unmöglich gemacht hatten, standen zur Diskussion. Die Schwierigkeit, eine reale Gemeinsamkeit von Frauen zu entwickeln, ohne neue Ideologien und "feministische" Normen in der Bewegung aufzubauen und ohne die existierenden Differenzen unter Frauen zuzudekken.

Wie den verschiedenen Erfahrungsberichten über das Treffen zu entnehmen ist, sprach Frau vor allem auch über die — oft als sehr schmerzhaft und ausweglos erlebte Diskrepanz zwischen feministischen Ansprüchen — dem Angriff auf die Familie, die Paarbeziehungen etc. — und der Tatsache, in diesen Familien und Beziehungen zu leben und sie in gewisser Weise auch zu brauchen.

Unklar ist noch, wann und wo genau der Kongress über "Frauen und Wahnsinn" in Mailand stattfinden wird. Sicher aber ist, daß es zu einem der größten und wichtigsten Treffen der italienischen Frauentreffen werden wird.

Nach Lotta Continua, 18./19./20. November

ZUR ENTWICKLUNG DER ITALIENISCHEN LINKEN NACH "BOLOGNA"

Frankfurt
6.12.77

Auf dem Kongress von Bologna im September ist die Spaltung innerhalb der neuen italienischen Jugendbewegung deutlich geworden: der eine Flügel, die sog. "autonomia creativa", die "kreative Autonomie", die nach neuen Ansätzen zur Veränderung der Gesellschaft sucht (u.a. die inzwischen berühmten "Stadtindianer") auf der einen Seite und die sog. "autonomia organizzata", die "organisierte Autonomie", die den bewaffneten Massenkampf propagiert und jeweils (zumeist mit Pistolen und Molotowcocktails) bewaffnet auf den Demonstrationen auftritt und explizit die Auseinandersetzung mit der Polizei sucht, auf der anderen Seite.

Nach dem Kongreß von Bologna nun hat eine Repressionskampagne gegen die organisierte Autonomie eingesetzt, in deren Verlauf einige Genossen verhaftet wurden und drei ihrer Zentren bzw. Treffpunkte (in Rom und Turin) geschlossen worden sind. Wir wollen hier versuchen, einen Überblick über die Aktionen und Diskussionen, die hierzu innerhalb der italienischen revolutionären Linken nach dem Bologna-Kongreß gelaufen sind, zu geben:

In Bologna steckte allen noch die Erfahrung vom 12.März in Rom in den Knochen, als eine Minderheit der "organisierten Autonomie" mit Pistolen und Molotow-Cocktails das Parteibüro der Christdemokraten angriff und sich mit den Bullen eine bewaffnete Straßenschlacht lieferte. Den Horror dieses Tages hatten an die 100 000 mitgekriegt, das wollten die allermeisten nicht mehr erleben. Sie kamen sich instrumentalisiert vor, nur als Schutzschild der organisierten Autonomie. In Bologna begann es zunächst ähnlich wie am 12.März, wenn auch nicht auf der Straße in einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Polizei, sondern im Sportpalast mit über 10 000 Linksradikalen. Auch hier versuchte die organisierte Autonomie wieder die Bewegung zu majorisieren, die gegenteilige Meinung wurde niedergeschrien. Die MLer von dem MLS(Movimento dei Lavoratori per il Socialismo) schrien bzw. schlugen zurück. Die Mehrheit hatte diese Auseinandersetzungen, diese Machtlogik satt. Die "Versammlung der Bewegung" wurde den Stalinisten autonomistischer und marxistisch-leninistischer Prägung überlassen. Die Mehrheit wollte damit nichts zu tun haben, konnte sich aber auch nicht aktiv dagegen wehren.
Aber ein zweiter 12.März lief nicht mehr. Spätestens bei der abschließenden Demonstration stellte sich das heraus. Die Mehrheit ließ sich die Auseinandersetzungsformen nicht von der organisierten Autonomie vorschreiben, und diese akzeptierte die Mehrheitsentscheidung/mußte sie akzeptieren. Innerhalb der Demonstration drückte sich das so aus, daß zunächst noch eine ziemliche Unsicherheit darüber bestand, ob es doch noch zu einer — auch taktisch völlig aussichtslosen — bewaffneten Straßenschlacht kommen würde (Es gab immer wieder Rufe, die Freiheit der gefangenen Genossen nicht nur zu fordern, sondern sie auch praktisch rauszuholen).Erst nachdem diese bedrückende Situation vorbei war, löste sich die Spannung innerhalb der Demonstration und entwickelte sich ein Bewußtsein von der eigenen Stärke als Bewegung.Auch die Waffe der Ironie wurde nach und nach wieder entdeckt, so etwa als auf einer Reklametafel ein zwischen zwei Büschen hervorlugender Mensch die Sprechblase bekam:"Mama mia, so viele Extremisten!"
Paradoxerweise drückten Waffen wie die Pistole P 38 (nach der die organisierte Autonomie auch "Partei P 38" genannt wird) eher eine Schwäche als ein Stärke aus. Ein Ergebnis des Kongresses von Bologna war sicher, daß in Zukunft die Mehrheit der Bewegung nach ihrer eigenen Logik(der Kreativität, der Abkehr vom Machtdenken — wie

unklar auch immer) handeln würde und sich Auseinandersetzungsformen verweigern würde, wie sie von einer Minderheit innerhalb der Bewegung, von den "Volschvichi" (die Autonomisten der römischen Via dei Volsci) praktiziert werden.

Um einen Eindruck von der Situation, in der die Bewegung während der Tage von Bologna sich befunden hat, wiederzugeben, hier vier Meinungen aus der Kongreß-Kommission "Staat und Bewegung"(aus Lotta Coninua 25/26.9.77).

Ein Genosse aus Bologna:
Wenn man von Repression spricht, wollen wir uns nicht nur auf das beziehen, womit uns der Staat konfrontiert, sondern auch auf die Versammlung von gestern im Sportpalast. Ich hab mich beschissen gefühlt, unter dem Druck, unter dem ich stand, weil ich nur Beifall klatschen oder anderer Meinung sein, aber nie hoffen konnte, selbst zu reden. Aber trotzdem hab ich es nicht fertiggebracht, von der Versammlung wegzugehen. Jetzt wollen wir uns nicht mehr geschlossenen, fertigen Meinungen dieser oder jener Gruppe unterwerfen, wir wollen keine Lehrer mehr. Der positive Aspekt der Bewegung seit Februar war ihre Fähigkeit, jeden von uns zu befreien: man vergnügte sich, man lernte sich kennen. Der Tod von Francesco (Lorusso im März in Bologna) hat das alles unterbrochen.Heute müssen wir , um die Repression zu verstehen und zu überwinden, unsere eigene Schwäche verstehen. Wir müssen zur größtmöglichen Stärke zurückkehren und dafür Bedingungen für eine Diskussion und eine positive Einheit schaffen.D.h. eine Kultur schaffen, uns kennenlernen,vergnügen...

Ein Genosse aus Lecco:
1968 sagten wir:"Unternehmer,Bürger, noch ein paar Monate".Heute können wir nicht mehr sagen: ein paar Monate, und noch nicht einmal daran denken, von jetzt an klare Vorstellungen über alles zu haben. Wir müssen und können nur die Voraussetzungen schaffen, um weiterzukommen,ohne die enormen Probleme zu verstehen, ohne so wahnsinnig zu werden, ein Programm und eine Linie für alle schreiben zu wollen.

Ein Genosse aus Neapel:
Ich bin nach Bologna mit ein bißchen Pessimismus gekommen, weil man eine Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Linien und vorgefertigten Meinungen ankündigte und nicht eine offene Auseinandersetzung der Bewegung. Ich will nämlich eine solche offene Auseinandersetzung. Zum Beispiel, ich bin arbeitslos und will nicht allen eine Linie geben, nur deshalb, weil ich organisiert bin. Ich will anderen keine Lektion geben. Ich will aber, daß die Autonomie (nicht die organisierte) der verschiedenen Bewegungen, die besondere Reflektion in jedem Bereich respektiert wird.

Ein Genosse aus Mailand:
Ich will selbstkritisch die Bewegung sehen, die von den Jugendzirkeln (Circoli Giovanili) ausging. Auch uns hat der Staat - wie in Bologna - zu einer Verschärfung der Auseinandersetzung gezwungen. Aber diese Auseinandersetzung auf der Ebene, die von der Polizei gewählt wurde, anzunehmen, war ein Fehler, da das zu einer Spaltung innerhalb der Bewegung geführt hat, viele Genossinnen und Genossen sind nicht mehr gekommen, und außerdem hat es verhindert, eine eigene Praxis zu entwickeln und in ihr positive Ziele zu suchen.
Der Wert unserer Bewegung kann nicht darin bestehen, ein großer monolithischer Block zu sein, sondern aus sehr vielen kleinen Gruppen zu bestehen (in Bologna besteht der wirkliche Kongreß aus den kleinen Gruppen und nicht aus den riesigen Versammlungen),die sich auf ihre Weise auf den Rest der Gesellschaft beziehen und dabei nicht befreite Gebiete nur für sich selbst suchen.

Die Reaktion der Faschisten auf die Tage von Bologna war prompt. Eine Woche nach dem Kongreß erschiessen sie in Rom auf offener Straße Walter Rossi, einen Genossen von Lotta Continua,der selbst in Bologna war.

Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß es bewußter Mord war: im römischen Stadtviertel Balduina, wo es immer wieder und gerade auch in jenen Tagen zu harten Auseinandersetzungen mit den Faschisten gekommen ist, verfolgen MSJ-Leute(Movimento Sociale Italiano = Faschistenpartei) Genossen, die allein durch den Stadtteil gehen. Die Genoss/inn/en tun sich daraufhin zusammen und gehen auf das MSI-Büro zu, eine Gruppe von Faschisten kommt ihnen auf dem Gehweg entgegen, in der Mitte der Straße ein Kleinbus der Bullen; die Genossen wehren sich, indem sie Steine werfen, die aber die Faschisten noch nicht einmal erreichen; die MSI-ler kommen noch näher heran, plötzlich zieht einer von ihnen eine Pistole und schießt in Manneshöhe mitten auf die Gruppe der Genoss/inn/en.Der Schuß trifft Walter Rosse, die Faschisten ziehen sich zurück, die Bullen versuchen, die Genoss/inn/en festzunehmen...
Sofort finden in ganz Italien antifaschistische Demonstrationen statt, mehrere MIS-Büros werden zerstört. Die PCI spricht von der "tragischen Spirale der Gewalt".
In Rom gibt es mehrere Demonstrationen, Gewerkschaften und PCI rufen zu eigenen Zügen auf, zu denen aber jeweils nur wenige Tausende kommen(die größte etwa zweieinhalb Tausend).Der stellvertretende Bürgermeister von Rom erklärt dabei auf der Abschlußkundgebung, der (PCI-)Stadtrat werde an der Beerdigung Walter Rossis von Lotta Continua teilnehmen. Die "Bewegung" in Rom findet nocheinmal die Kraft ihre zwei militanten Demonstrationszüge zu vereinigen(an die 20 000 Leute zusammen); daneben findet ein getrennter Demonstrationszug der organisierten Autonomie statt.Bei allen Demonstrationen der Linksradikalen werden MSI–Büros angegriffen.
Auch in Turin kommt es zu einer militanten Demonstration. Die Polizei verhindert einen Angriff auf das dortige MSI-Büro; in die auf dem Demonstrationsweg liegende Cafebar Angelo Azzurro werden Molotow Cocktails geworfen, dabei wird der 22jährige Roberto Crescenzio getötet. Als Begründung für die Molos wird gesagt, die Bar sei ein Treffpunkt von Faschisten gewesen. Dies stellt sich aber sehr schnell als falsch heraus; zwar haben sich schon seit einiger Zeit dort Faschisten getroffen und es wurde auch behauptet, daß Dealer von harten Drogen dort verkehren, aber ein typischer Faschistentreff ist der Angelo Azzurro nicht. Die Bar gehört einem PCI-Mitglied. Der von den Molos getötete Roberto Crescenzio studierte Pharmazie und mußte nebenbei jobben; er hatte keine rechte politischen Meinungen und auch keine linken; ein Jugendlicher, der zufällig in das Cafe gekommen war.
Innerhalb der Linken gibt es sofort heftige Kontroversen um den Tod Robertos.In der Stellungnahme der Autonomia Operaia Arganizzata von Turin heißt es:

"Wir weisen die Theorie der Verurteilung der "Gewalt" zurück, von welcher Seite sie auch kommen mag. Wir halten die Antwort für richtig, die die proletarische Bewegung in diesen Tagen, auch in Turin, auf die Ermordung des Genossen Walter(Rossi) gegeben hat. Die Ereignisse vom Angelo Azzurro haben aber gezeigt, daß die Fähigkeit zur Organisation und richtigen Führung der Klassenbewegung nötig ist."

Und ein Mitglied der organisierten Autonomie auf einer Versammlung der "römischen Bewegung":

"Spontaneismus und Naivität führen zu den Ereignissen von Turin; dagegen hätte die "Organisation" der von dem Zug der Bewegung getrennten Demonstration der Autonomisten in Rom diese Fehler nicht zugelassen."

In einem Kommentar vom 4.10.77 schreibt Lotta Continua, man dürfe die "Tragödie von Turin" nicht auf einen "technischen Fehler" reduzieren:

"Es ist unser Problem, ein Problem der Genossen und Revolutionäre, die niemand anders außer ihnen lösen kann. Denn es sind die Genossen, die zu Recht den Willen haben, die faschistischen Organisationen zu schlagen und zu zerstören, die schwarzen Zentren wegzufegen,was in diesen Tagen praktiziert wurde. Es sind die Genossen und die Revolutionäre, die sich für das Leben in ihrem Kampf einsetzen. Nur auf die Genossen, auf ihr Bewußtsein, ihre Humanität kann sich das Recht für alle, zu leben, stützen.
Und deshalb müssen wir ohne Opportunismen, ohne Ängste vor Erpressungen den Mut haben, zu diskutieren, ob es für Revolutionäre jemals einen "Unfall" geben kann, der das Leben von anderen zerstört. Wir müssen den Mut haben, zu diskutieren, ob eine politische Praxis der Stärke, die die Möglichkeit des Unfalls mit sich bringt, nicht eine Logik beinhaltet, in der man den Sinn für das Recht anderer Personen, zu leben, verliert."

An der Beerdigung Roberto Crescenzios nehmen neben den Arbeitern und Fabrikräten der Turiner Betriebe auch viele Studenten aus der "Bewegung" teil.

Inzwischen hat der Stadtrat von Rom eine nationale antifaschistische Demonstration angekündigt. Wann er sie zu machen

gedenkt, wurde nicht gesagt. Über diese Initiative der PCI gehen die Meinungen innerhalb der Bewegung weit auseinander, was mit dem unterschiedlichen Verständnis des Antifaschismus zusammenhängt.
In der Versammlung der "römischen Bewegung" hierüber wurden u.a. folgende Meinungen vertreten:

"Mit der nationalen Demonstration, die die PCI angekündigt hat, versucht sie, Teile der Bewegung wiederzugewinnen bzw. militante Energien, die von der Bewegung in weiten Sektoren des Proletariats ausgedrückt wurden, zu neutralisieren...Die Demonstration ist für uns eine gute Gelegenheit, weil wir die Möglichkeit haben, die Spitze der Demo zu bilden. Wir sind die einzigen, die auf dem Gebiet des Antifaschismus weit entfernt von Kompromissen und Verhaltensweisen waren, in deren Schatten die Faschisten Walter Rossi ermorden konnten."

Mit solchen Begründungen setzte sich Lotta Continua für die Teilnahme an der PCI-Demonstration ein; LC rechnete damit daß wegen der Größe der Demonstrationen der letzten Tage und infolge der Schwierigkeiten, die die PCI auf ihren eigenen Demonstrationen und Versammlungen wegen ihrer laschen antifaschistischen Haltung hatte, sehr viele Leute auf einer großen Demo sich inhaltlich den Parolen eines Antifaschismus anschließen würden, der sich auch klar gegen die Christdemokratie richtet(anders als die PCI es tut).

Gegen eine Beteiligung an der PCI-Demonstration wenden sich die Autonomisten; sie werfen Lotta Continua vor, in entscheidenden Momenten weiterhin die Rolle des Bindeglieds zwischen "Bewegung" und PCI zu spielen und die wirkliche Bedeutung des historischen Kompromisses nicht zu verstehen:

"Der Antifaschismus ist die Grundlage des historischen Kompromisses, die antifaschistische Umarmung steht am Anfang der Regierungsvereinbarung(der sechs Parteien)."–"Mit der Ermordung von Walter (Rossi) ist der Sektor der Bourgeoisie zum Angriff übergegangen, der nicht beabsichtigt, die PCI zu gebrauchen, und der das Übereinkommen zwischen Christdemokratie und PCI angreift. Wenn der antifaschistische Kampf nicht zurückgeblieben sein soll, darf er nicht dazu führen, wieder ein Verhältnis mit den Sektoren der Bourgeoisie zu suchen, die die Vereinigung mit den Revisionisten auf Regierungsebene verfolgt haben. Wenn die PCI eine Demonstration macht, um aus ihren Schwierigkeiten herauszukommen, können wir nicht damit rechnen, die Spitze des Zuges zu übernehmen, und wir können auch nicht eine Verhandlung mit der PCI akzeptieren."

Die Kommune von Rom hat die nationale Demonstration angekündigt, aber wartet erst einmal ab, läßt Zeit verstreichen, bis Wut und die spontane Mobilisierung sich gelegt haben. Erst 14 Tage nach der Ermordung von Walter Rossi findet die Demonstration der PCI,DC und der anderen Parteien des Regierungsabkommens statt; nur etwas mehr als [illegible]000 Leute nehmen daran teil.
Die römische Bewegung macht zur gleichen Zeit eine antifaschistische Demonstration, zu der mehr Leute kommen als zur PCI/DC-Demo. Lotta Continua hält inzwischen eine Beteiligung an der PCI-Demo nicht mehr für sinnvoll, da zuviel Zeit vergangen sei und nur eine spontane Empörung von sehr vielen Leuten(auch PCI-Anhängern) hätte erreichen können, daß die Demonstration mehr als die "Rhetork des Antifaschismus" beinhaltet. Deshalb nimmt auch LC an der Demonstration der Bewegung teil.
Die Demo geht zunächst gmeinsam Richtung Stadtmitte; als es dann über den Tiber geht, teilt sie sich: ein Teil der Bewegung(an der Spitze die Freunde Walter Rossis, die "kreative Autonomie", Lotta Continua) geht zu dem Platz, an dem Walter Rossi erschossen wurde (und der inzwischen offiziell nach ihm benannt wurde), ein anderer Teil(die organisierte Autonomie) wendet sich Richtung Piazza Cavour. Dieser Teil der Demonstration macht "proletarische Einkäufe" und will Faschistenbüros angreifen. Dabei kommt es zu Schießereien mit der Polizei.
Es scheint es, als sei die sich abzeichnende Spaltung der Demonstrationen der Bewegung in Rom eine Konsequenz aus den Tagen von Bologna: nachdem die Mehrheit der Bewegung nicht mehr bereit ist, bei den von der "organisierten Autonomie" initiierten Aktionen mitzumachen, trennt sich diese von der Gesamtdemonstration, sodaß diejenigen, die diese Aktionen nicht richtig finden, in sie auch nicht mehr unmittelbar hineingezogen werden. D.h. es gibt keinen Demonstrationszug mehr, der die gesamte Bewegung in Rom repräsentiert. Die "Autonomie", die nicht nur in Rom die stärkste politische Kraft links von der PCI ist, ist in sich gespalten: nur ein Teil(die organisierte Autonomie um die "Via dei Volsci") hält Straßenauseinandersetzungen, die zu Schießereien mit den Bullen führen, weiterhin für sinnvoll.
Auch was die Versammlungen der Bewegung betrifft, ist die Situation schwierig: er herrscht die allgemeine Meinung vor, daß die Versammlungen, so wie sie ablaufen, unnütz sind, daß man in ihnen nichts machen kann. Davon sind auch die 3 000 Genoss/inn/en überzeugt, die trotzdem jedesmal noch hingehen. Die Versammlungen drücken so nur noch einen kleinen Teil der Bewegung aus, die meisten Leute haben sich in Tausende von kleinen Gruppen organisiert. So war die Situation z.B. auch vor der antifaschistischen Demonstration in Rom am 14. Oktober(die sich später gespalten hat): nur 350 Leute haben überhaupt darüber auf der Versammlung abgestimmt, was passieren sollte. Auf der Demo selbst waren dann 30 000 oder mehr. Viele, die hingegangen sind, waren unsicher und hatten Angst; andere sind zuhause geblieben und haben sich schlecht dabei gefühlt und Radio gehört, um zu wissen, ob die "Mutigen" sich mit der Polizei geschlagen haben oder nicht....

(wird fortgesetzt)

RAZZIA DURCH MILITÄRISCHE SCHLÄGERKOMMANDOS

FRANKFURT
23. November *Pressemitteilung der CISNU:*

Am Dienstag, den 22.11.77 versammelten sich ca. 1500 Schahgegner, darunter viele bekannte bürgerliche Oppositionelle, zu einem Treffen in Bagh Golzar in Teheran. Diese Versammlung wurde von Schlägertrupps des faschistischen Schahregimes, die mit 10 Militärlastwagen herausgekarrt worden waren, unter der Führung des Major Jagobi angegriffen. Bei den Auseinandersetzungen wurden etwa 300 zum Teil schwer verletzt, ein Oppositioneller, Gegner des Schahregimes Dariusch Frohar, lebensgefährlich verletzt. Dariusch Frohar schwebt in akuter Lebensgefahr , er liegt zur Zeit im Aban-Krankenhaus (Zi 21).

Kontaktadresse:
CISNU, Postfach 16247, 6 Frankfurt 16

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

3

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

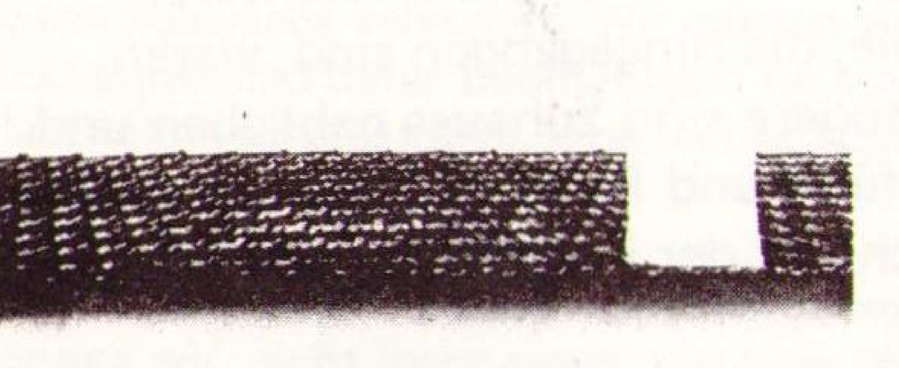
Nr. 207

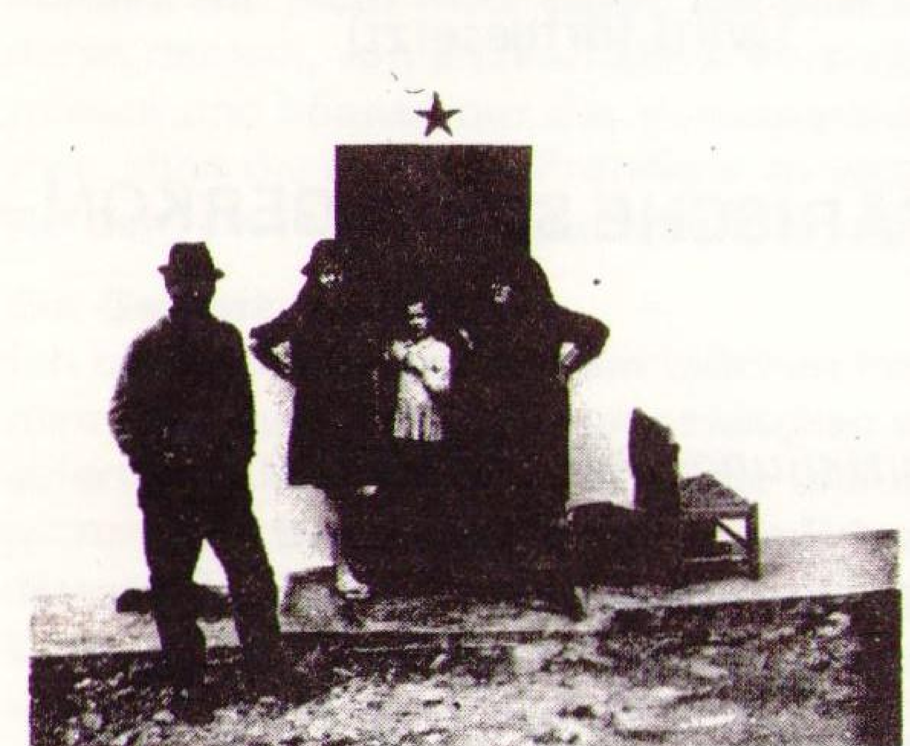
Posteinlieferung des letzten ID: Freitag, 2. Dezember

AMERIKANISCHE ÖLSPEZIALISTEN IN CHINA

Tokio 2.12.77 Acht amerikanische Ölexperten besuchten Ende November auf Einladung der chinesischen Regierung chinesische Ölfelder, Schanghai und Kuangchou, um einen Überblick über die chinesische Ölsituation und die Möglichkeiten zur Weiterverarbeitung zu bekommen. An der Gruppe nehmen auch US-Spezialisten teil, die beurteilen können, ob die amerikanische Öl-Technologie für die chinesischen Bedürfnisse Anwendung finden kann. Es gibt daher wenig Zweifel, daß ein amerikanisch-chinesisches Abkommen über die Ölausbeutung in China in naher Zukunft abgeschlossen wird.

Aus:New Asia News Notes,P.O.Box 5250 Tokyo

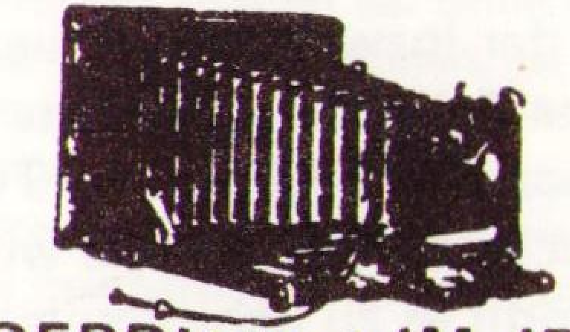








Es gibt eine Mappe mit 15 Fotos (Drucken) in A 2, die 1975 in Portugal aufgenommen wurden und die jetzt wiederaufgelegt worden ist. Der Erlös aus dem Verkauf dieser Mappen kommt den Portugiesen zugute. Bezugsmöglichkeit:
Kritische Politik GmbH
53 Bonn 1
Kaiserstr. 46
Preis: 18.- + 3.- Porto und Verpackung, nur gegen Vorauszahlung auf Konto Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn Nr. 1017596800



BILDERDIENST IM ID
Postfach 90 03 43, Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt/Main 90
Tel.: 0611/ 70 43 52
PSchKto: Ffm 360 811 - 608
Preise: 5 DM pro Sendung plus 1,50 DM pro Bild